Nr. 168 September 1990 DM 6,00 M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt



TÜRKEI/KURDISTAN

außerdem: Kuba ☆ Frauen in Botswana
Kolumbien ☆ Eritrea ☆ Irak

Inhaltsverzeichnis



Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Iris Bauer, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Göde, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christel Opeker, Gunhild Rauch, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Detlev Vogel, Sigi Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten. (ca. 18000 Zeichen)

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich) ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: 55,- DM
übriges europäisches Ausland: DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,50,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 169:
02.10.1990

Anzeigenschluß für Nr. 169:
(Druckfertige Vorlagen) 16.10.1990

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Dieser Ausgabe ist die zweite gemeinsame Beilage der Dritten-Welt-Zeitschriften zum Thema: 500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand beigeheftet.



Berichtigung:

Was fehlte in Heft 167?
Im Themenschwerpunkt: 500 Jahre Kolonialismus sind in der Hektik der Schlußredaktion bzw. beim Umbruch drei wichtige Anmerkungen verlorengegangen:

1) Der Artikel von Michael Berlin ist von der Redaktion stark gekürzt worden. Der Titel hätte vollständigerweise „Der eurozentrische Blickwinkel **zum Fremden** heißen sollen.
2) Das Gedicht in der Vorbemerkung stammt aus Goethes „Faust II"
3) Das Emblem in den Rubriken ist das Zeichen der „Comision Contra la Celebracion del Quinto Centenario" aus Madrid.

Wir bitten um Entschuldigung!

Ungerechte Vermögensverteilung, Bildung von Monopolen, Scheindifferenzierung der Produkte, militärisch-industrieller Komplex, hemmungslose Umweltverschmutzung, Miet- und Bodenwucher, Vernachlässigung nicht-profitabler Bereiche wie Soziales, Krankenversorgung und Bildung, Verschwendungskonsum und Armut, Kommerzialisierung personaler Beziehungen, permanenter Streß durch Leistungs- und Aufstiegsdruck ... - das sind **die wunden Punkte unserer Gesellschaft**, hier zeigt sich deutlich der Grundwiderspruch unseres kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems: der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Hier zeigt sich, wie historisch überfällige Produktionsverhältnisse nicht nur die Weiterentwicklung der Produktivkräfte und ihre Nutzung durch **alle** Menschen hemmen, sondern sogar die Lebensgrundlage der Menschheit insgesamt bedrohen. Die wohl häßlichste Manifestation unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zeigt sich in den **Beziehungen der „freien" zur „dritten Welt"** ... Eine **Strategie**, die sich gegen die Ausbeutung der Dritten Welt richtet, muß, da deren Ursachen bei uns liegen, notwendigerweise auch **antikapitalistisch** sein ... Zur Sammlung und Koordinierung der Kräfte in Deutschland, die der offiziellen Entwicklungsländerpolitik kritisch gegenüberstehen, hat die Aktion Dritte Welt im vergangenen Jahr das **Informationszentrum Dritte Welt** aufgebaut und gibt seither regelmäßig die „blätter des iz3w" heraus."

So schreibt die Aktion Dritte Welt in ihrem Programm zu den Asta-Wahlen an der Uni Freiburg 1971 (Damals erreichte sie einen Stimmenanteil von 20!%). Zwanzig Jahre sind vergangen, seit die erste Ausgabe der „blätter des iz3w" erschien. Die frühen Nummern bestanden aus kopierten Loseblattsammlungen, in denen vorwiegend Seminararbeiten veröffentlicht wurden (wie auch heute noch gelegentlich).

Inzwischen hat es im Blätterwald mächtig gerauscht, viele neue Zeitschriften sind hinzugekommen, Positionen sind revidiert worden, Leichtes und Buntes hat Erfolg. Auch in der (offenen) Redaktion der blätter wird heute über Professionalisierung und Finanzen oft länger diskutiert als über die politischen Inhalte. Die Überzeugung, daß eine **linke Gegenöffentlichkeit** notwendig ist, um den Verdrehungen der bürgerlichen Massenmedien etwas entgegenzusetzen, bröckelt langsam ab. Von „Objektivität" ist sogar gelegentlich die Rede, wenn es um die Medien geht.

Allgemein droht der Diskussionsprozeß zu versanden, weicht einem gewissen Pragmatismus. Im Archiv verstauben indes Regale voll gesammelter Strategiepapiere, Diskussionsprotokolle und Flugblätter aus den vergangenen Zeiten. Wurde nicht alles schon einmal diskutiert?

Was haben die zwanzig Jahre entwicklungspolitischer Arbeit gebracht? Nüchtern zugegeben, für die meisten Menschen in der „Dritten Welt" sicher nichts! Viele Staaten haben ihre formale Unabhängigkeit von den Kolonialmächten in eine Abhängigkeit vom Weltmarkt, vom IWF und von (eurpäischen) Konzernen eingetauscht. Ihre Hoffnung auf Entwicklungshilfe erwies sich schon bald als trügerisch. Die Versuche, nichtkapitalistische Gesellschaften nach dem Vorbild der UdSSR aufzubauen, verhedderten sich meist in Bürokratie, Korruption und den Destabilisierungsaktionen des Westens. Damals wie heute profilieren sich die USA vorwiegend durch den brutalen Einsatz ihrer Kriegsmaschinerie, wenn es darum geht, sozialistische Träume im Keim zu ersticken oder sich billige Rohstoffquellen zu sichern.

Schade eigentlich, daß unsere Zeitschrift nicht überflüssig geworden ist (!?). Wenn auch viele Themen nach zwanzig Jahren noch aktuell sind, einige Illusionen sind sicher auf der Strekke geblieben. Erstaunlich allerdings, wie kontinuierlich die Zeitschrift erschienen ist, wo sich das Chaos bei uns auf Dauer eingerichtet hat. Und da es uns immer noch gibt, wollen wir im Oktober einige Tage dazu nutzen, die politische Arbeit der vergangenen Jahre zu reflektieren, neue Ansätze zu diskutieren - und zu feiern. Dazu laden wir Euch alle ein (auch vergraulte AutorInnen und entnervte ehemalige MitarbeiterInnen). Für eine begrenzte Zahl von Schlafplätzen und Kinderbetreuung können wir sorgen, wenn ihr Euch rechtzeitig anmeldet.

Geplant sind folgende Veranstaltungen:

Programm: *Mittwoch, den 24.10.90*
Mittwochskino, double-feature
Ort: Kommunales Kino, 20.00 Uhr

Donnerstag, den 25.10.90
Kritisches Seminar
Thema: Frauenförderung in der Entwicklungspolitik - Erfolg oder Nützlichkeit des Feminismus?
Referentin: Claudia v. Braunmühl
Ort: Uni, KG III Raum 3043, 20.00 Uhr

Freitag, den 26.10.90
Diskussionsveranstaltung
Thema: Projekte, Projektionen und Perspektiven der Solidaritätsarbeit
Referenten: Barbara Unmüßig, Bernhard Merk
Ort: Kath. Fachhochschule, Raum 100, 20.00 Uhr

Samstag, den 27.10.90
Tag der offenen Tür in der ADW
Ort: Kronenstr. 16 HH, 14.00 bis 18.00 Uhr

abends: Fest
Ort: Kath. Fachhochschule, Keller
20.00 Uhr Rudi Rhode: „Über die Grenzen der Nacht"; ein Theaterstück über 500 Jahre alten und neuen Kolonialismus;
ab 21.30 Uhr - Salsa mit der Gruppe Apocalypso

Liebe Leserinnen und Leser

Wir möchten Sie noch einmal auf die Leseranalyse im letzten Heft aufmerksam machen. Sie können den Fragebogen auch kopieren oder bei uns anfordern. Einsendeschluß ist der 1.11.1990.

Wir bedanken uns für Ihre Mitarbeit.
Verlag und Redaktion

Kuba zwischen Hoffen und Bangen

Wir kommen gerade recht. Erster Mai in Havanna. Seit vier Uhr morgens ist die ganze Stadt auf den Beinen. Aus Lautsprechern dröhnt mal Propaganda, mal Lambada. Von der Ehrentribüne an der plaza de la revolucion haben wir eine privilegierte Aussicht auf jene unverwechselbare Mischung von Karnevalszug und Kampfdemonstration, in der nach Rumbarhythmen getanzt und Fidel, dem ungekrönten König, zugejubelt wird.

Keine Befreiung gegen die Männer

"Ich kämpfe für die lebenslange Ehe genauso wie für den Kommunismus", sagt uns Vilma Espin, die mächtigste Frau im Staate. Sie ist Präsidentin der Frauenföderation, Mitglied des Politbüros und nebenberuflich Ehefrau von Raùl Castro. Eine Frau aus großbürgerlichem Hause, die einst zu den Guerilleros in die Berge ging und bis heute eine gewisse bourgeoise Ausstrahlung behalten hat. "Revolucion o muerte" (Revolution oder Tod) sagt sie uns zum Abschied, und wir verstehen, warum es mit Vilma keinen Feminismus in der FMC, der kubanischen Frauenföderation, geben wird. Frauenpolitik auf Kuba, das ist nach wie vor Gleichstellungspolitik, auch wenn eine gewisse Annäherung an feministische Positionen unverkennbar ist. Auf internationalen Frauenkonferenzen in Lateinamerika und anderswo schien der Konflikt zwischen "realsozialistischen" Frauen und linken Feministinnen lange unüberbrückbar. Letztere galten ihnen als Kleinbürgerinnen, die sich dem Yankee-Imperialismus dienstbar machten, indem sie ihre Befreiung gegen die Männer - die eigenen Genossen - anstrebten. Als gäbe es nichts Wichtigeres zu tun!

Wie überall im "realen" Sozialismus leben auch in Kuba konservative Sexualmoral und Familienideologie ungebrochen fort. Die bürgerliche Kleinfamilie wird zur "Basiszelle der Gesellschaft" erklärt, die es zu stützen und auszubauen gilt, weil durch sie - also faktisch durch die soziale und materielle Arbeit der Frauen - gesellschaftliche Probleme und Mängel abgefedert und ausgeglichen werden können. Eine Logik, die uns zumal in der Offenherzigkeit, mit der sie vorgetragen wird, bekannt vorkommt. Promiskuität, auf Kuba wie überall in der Karibik Normalität, wird ideologisch bekämpft - aus akzeptablen wie aus zweifelhaften Motiven. In einer Gesellschaft, wo es als "muy macho" gilt, wenn ein Mann viele Frauen um sich schart, und wo zumeist Frauen die Leidtragenden promisken Verhaltens sind, hat die Kritik an der "gegenseitigen sexuellen Ausbeutung" (Monika Krause, Leiterin des Zentrums für Sexualerziehung in Havanna) eine frauenfreundliche Komponente. Doch die offizielle Ideologie vom monogamen Pärchenwesen unterwirft die selbstbewußten Frauen Kubas einer Vielzahl neuer, alter Zwänge: der Dreifachbelastung durch Beruf, Hausarbeit und Politik ebenso wie dem Anspruch einer großen Liebe.

Die hohe Frauenerwerbsquote allein, das erfahren die jüngeren Compañeras am eigenen Leibe, macht aus Machos längst keine emanzipierten Männer, die sich mit ihnen die Hausarbeit teilen, wie es in der Verfassung geschrieben steht.
Und mit der offiziellen Familienideologie stimmt die eigene Lebenspraxis zumeist nicht mehr überein. In der FMC beginnt offenbar eine zaghafte Auseinandersetzung über die Grenzen der bisherigen Frauenpolitik. Unser Interesse richtet sich daher vor allem auf bisher tabuisierte Probleme wie z.B. das der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen, lesbischer Beziehungen und Quotierungen für Frauen.
Wir sind einer Einladung der kubanischen Frauenföderation gefolgt. Es ist das erste Mal, daß die FMC grüne Feministinnen nach Kuba bat und sie aufforderte, sich selbst ein Bild von ihrer Wirklichkeit zu machen. "Cuba libre", militärisch bedroht, politisch links liegen gelassen, wirtschaftlich in einer schweren Krise, hat fast keine Chance.

Bedrohung aus dem Norden

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen und außenpolitischen Probleme Kubas treten aber Fraueninteressen, kaum daß sie an Boden gewonnen haben, sofort wieder in den Hintergrund. Während unseres Aufenthalts auf Kuba führten die USA im Umkreis der Insel drei große Militärmanöver durch und hatten zu ihrem eigenen Schutz einen Großteil der Angehörigen vom US-Stützpunkt Guantanama abgezogen. Diese Manöver, in der Westpresse kaum zur Kenntnis genommen, lösten auf Kuba Alarmzustand aus. Eigene kleinere Manöver sowohl der regulären Armee als auch der Milizen sollten wohl demonstrieren, daß man gewarnt sei.

Die kubanische Bevölkerung ist sich der Möglichkeit einer US-amerikanischen Invasion durchaus bewußt, zudem sorgt die offizielle Propaganda für ständige Präsenz dieser durchaus realen Bedrohung. Ernesto Escobar, Leiter der Außenpolitischen Abteilung beim ZK der PCC, schildert uns den wahrscheinlichen Ablauf eines militärischen Überfalls der Yankees: Zuerst würden Havanna und andere strategisch wichtige Zentren mit Bombardements überzogen. Die Invasion würde dann vom Ost- und vom Westende der Insel aus gleichzeitig stattfinden. Bestenfalls würde der Kampf einige Wochen oder Monate dauern, bis schließlich Havanna eingenommen würde.

Der Fall Havannas, damit rechnet die politische Führung, wird die eigene Bevölkerung zur Guerilla machen. Tatsächlich ist das kubanische Volk seit dem Sieg der Revolution systematisch auf einen zähen Guerillakampf vorbereitet worden, sowohl ideologisch als auch militärisch durch die Schaffung der Milizen und der Komitees zur Verteidigung der Revolution. Mehr als zwei Millionen Menschen stehen unter Waffen. Kuba ist in 1500 Teilgebiete aufgeteilt, deren jedes von autonomen Kampfgruppen verteidigt würde, die auch ohne zentrales Kommando auskämen. Außerdem gibt es eine lange Tradition patriotisch motivierter Kämpfe gegen Kolonialherren und imperialistische Besatzer, in der die Revolution von 1959 nur den Höhepunkt bildet.
Man hoffte darauf, sagt uns der Vize-Außenminister José Viera Linares, die gegen-

wärtig als besonders kritisch eingeschätzte Lage noch zwei Jahre lang unbeschadet zu überstehen, denn dann ließe aufgrund zunehmender innerer Schwierigkeiten der USA die Kriegsgefahr vermutlich nach. Eine Hoffnung, die uns nicht sehr begründet erscheint. Gerade innenpolitische Probleme sind schließlich der ideale Nährboden für außenpolitische Ablenkungsmanöver, und ein "Anlaß", das haben wir bei Grenada und Panama erlebt, findet sich immer. Die militärische Bedrohung durch die USA wird von allen unseren Gesprächspartnerinnen immer wieder in den Vordergrund gestellt. Ernesto Escobar beschreibt die gegenwärtige Lage Kubas als "schlimmste Situation seit Bestehen der Volksrepublik", vergleichbar höchstens mit den ersten Jahren nach der Revolution. Wir fragen kritisch nach, denn die militärische Bedrohung erscheint uns nicht als das Hauptproblem Kubas, sondern auch als Instrument, um die Bevölkerung bei der Stange zu halten. Escobar räumt ein, daß die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs der USA gering sei - "eins zu hundert". Kuba müsse aber militärische Stärke zeigen, um die Schwelle so weit wie möglich heraufzudrücken.

Klar ist, daß Kuba keinen Krieg gegen die USA gewinnen kann. Aber der Preis, den die Yankees für einen Überfall zu zahlen hätten, kann durch einen vom Volk getragenen Widerstand erheblich hochgetrieben werden. Genau auf diesen Effekt setzt die kubanische Führung. Zu diesem Konzept paßt eine Propaganda, die in der Bevölkerung die Angst vor der unmittelbaren Bedrohung durch die USA ständig wachhält - und die USA tun das ihrige dazu.

Wirtschaftskrise aus dem Osten

Hinzu kommt der Zerfall des "realen" Sozialismus in Osteuropa, der Kuba auf allen nicht-militärischen Ebenen bedroht. Wie man weiß, wird die Sowjetunion in wenigen Jahren keine politischen Preise mehr zahlen, sondern sich am schamlos niedrigen Weltmarktniveau orientieren. Ungarn verlangt schon jetzt für seine IKARUS-Ersatzteile harte Dollars, die für Kuba nur schwer aufzubringen sind. Auch der Anschluß der DDR an die BRD wird mit einiger Besorgnis gesehen. Mit der DDR verliert Kuba die zweitwichtigste Handelspartnerin nach der UdSSR. Von der Modrow- wie von der de Maizière-Regierung wurde stets versichert, daß die Verträge mit der Sowjetunion eingehalten würden. Von Kuba dagegen ist nicht die Rede. Wird die Bundesrepublik die Joint-Venture-Projekte der (Noch-) DDR mit Kuba fortführen? Wird sie die kubanischen Apfelsinen - im DDR-Volksmund "Castrosinen" genannt, weil sie zwar saftig, ihre Häute jedoch unangenehm hart sind - nach dem Anschluß noch abnehmen? Und müssen die kubanischen Studentinnen zurückgeschickt werden, weil die Währungsunion ihren Aufenthalt zu teuer macht?

Die gnadenlos fortgesetzte Wirtschaftsblockade durch die USA läßt Kuba nur geringe Spielräume, insbesondere auf dem inter-lateinamerikanischen Markt und den Märkten der Dritten Welt. Seinen eigenen Bedarf an Produktionsmitteln und Waren muß Kuba aus weit entfernten Ländern beziehen. Aus diesem Grund trieben die Kubaner ihre Geschäfte mit Noriega, über den sie hinten herum an US-Produkte gelangen konnten. Kubas entsetzte Reaktion auf den Einmarsch der USA in Panama galt außer den politischen auch ihren wirtschaftlichen Interessen.

Auf der Suche nach neuen Partnern hat Kuba - nachdem es dem lateinamerikanischen Kontinent in den vergangenen Jahren die kalte Schulter zeigte, weil es nicht mehr bereit war, sich mit der ablehnenden Haltung diktatorischer und US-höriger Regimes auseinanderzusetzen - inzwischen erste Annäherungen an die Nachbarn bereits vollzogen. Was hinsichtlich der eigenen Region so notwendig wie aussichtsreich ist, führt anderswo ins Abseits. Die verhaltene kubanische Reaktion auf die blutige Unterdrückung der Demokratiebewegung in China, offenbar Ausdruck des Interesses an verstärkten wirtschaftlichen Beziehungen, kann nur als politisch selbstzerstörerisch bezeichnet werden.



Imperialisten: Wir haben absolut keine Angst vor Euch!

Foto: G. Wuttke

Mangelgesellschaft mit sozialistischen Errungenschaften

Unbestritten ist, daß die sozialen und materiellen Errungenschaften Kubas für ein bis zum Zeitpunkt der Revolution abhängig gehaltenes Land vorbildlich sind und eine

gewisse Überzeugungskraft haben. Wer Lateinamerika kennt, weiß, wie wenig selbstverständlich es ist, daß alle Schuhe und relativ hochwertige Kleidung tragen, und daß alle - wirklich alle - ausreichend zu essen haben, auch wenn Rationierungen verschmerzt werden müssen. Das Bildungswesen ist für ein Entwicklungsland ungewöhnlich entwickelt, es gibt keinen Analphabetismus mehr, und Schulpflicht ist keine leere Formel.

Auch das Gesundheitssystem ist, insbesondere aufgrund der Instituion der Familienärzte, die in den Wohnvierteln leben und hauptsächlich für präventive Maßnahmen zuständig sind, vorbildlich, der Hygienestandard ungewöhnlich hoch. Kehrseite der Medaille ist allerdings die damit verbundene soziale Kontrolle. Dem scharfen Blick der Familienärztin und ihrer ehrenamtlichen Helferinnen von der Frauenföderation entgeht es nicht, wenn in einer Familie etwas nicht stimmt, ein jungen Mädchen schwanger ist oder eine ältere Frau sich der Krebsvorsorge entzieht. Zwar wirkt das hierzulande diskutierte "Recht auf Krankheit" unter den Bedingungen eines armen Landes absurd. Aber die Selbstverständlichkeit, mit der auf Kuba durch staatliche Einrichtungen und Massenorganisationen fast jedes private Problem zur öffentlichen Angelegenheit gemacht wird, vermittelt einen Eindruck von der Schwierigkeit, sich deren Zugriff zu entziehen.

Ihre Grenze findet diese kubanische Öffentlichkeit ganz traditionell dort, wo patriarchale Strukturen in den Blick geraten könnten: bei den Macht- und Gewaltverhältnissen innerhalb der Familie. Gewalt gegen Frauen, gar sexuelle Gewalt gegen Mädchen seien auf Kuba so gut wie unbekannt, hören wir immer wieder. So etwas würde der Familienarzt ganz bestimmt merken - doch wie sollte er, wenn er die dafür notwendige Ausbildung nie bekam?

Die schwierige Versorgungslage nötigt der Bevölkerung trotz aller Errungenschaften Verzichtsleistungen ab. Zum Alltag gehört auch stundenlanges Schlangestehen für dieses und jenes und die schlichte Notwendigkeit, Kleidung selbst zu nähen, da sie industriell nicht in ausreichendem Maße gefertigt werden kann. Beides betrifft Frauen, da nach wie vor sie die alltägliche Familienarbeit zusätzlich zur Berufstätigkeit leisten müssen. Notwendig sind bei vielen Gelegenheiten (Reparaturen, Ersatzteile etc.) Improvisationstalent und Durchhaltevermögen - angesichts anhaltend großer Wohnungsnot und vielfach schlechter Qualität einheimischer Produkte ohnehin eine mentale Grundanforderung an die gesamte Bevölkerung. Angesichts der sichtbaren wirtschaftlichen Probleme Kubas ist fraglich, ob selbst dieser gehobene Standard einer Mangelgesellschaft aufrechterhalten werden kann. Eine weitere Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung scheint unausweichlich.



Jugendliche in Kuba — Foto: Birgit Koch

Vor allem die Devisenprobleme Kubas sind gewaltig und werden in absehbarer Zeit ins Unermeßliche steigen. Deshalb wird mit der Vorstellung von wirtschaftlicher Autarkie geliebäugelt. Allenthalben ist die trotzige Rede davon, man werde es notfalls auch alleine schaffen. Doch das bleibt Rhetorik. Zur Lösung des Devisenproblems setzt die kubanische Regierung neben dem Zuckerexport hauptsächlich auf zwei Bereiche: Gentechnologie und Tourismus. Beide werden gegenwärtig kräftig ausgebaut.

Gentechnologie und Tourismus als Rettungsanker?

Innerhalb kürzester Zeit wurde ein biologisches Forschungszentrum aufgebaut, das auch sehr schnell vorzeigbare Ergebnisse lieferte. Zwei Epidemien, die auf möglicherweise absichtlich aus den USA eingeschleppte Viren zurückzuführen sind, konnten in den achtziger Jahren durch gentechnologisch selbst erzeugtes Interferon niedergekämpft werden. Ziel ist es nicht nur, sich auf diesem Sektor von den Industrieländern unabhängig zu machen, sondern darüber hinaus rechtzeitig eine Marktlücke zu füllen: Die bio- und gentechnologisch erzeugten Impfstoffe und Medikamente sollen vor allem an Länder der "Dritten Welt" verkauft werden.

Der Stolz auf den erreichten Forschungsstand und die Hoffnungen in die Möglichkeiten der Gentechnik sind auf Kuba schier grenzenlos - und die Bereitschaft, sich mit kritischen Einwänden auseinanderzusetzen, ist entsprechend gering. "Was schlagt Ihr uns denn als Alternative vor?", werden wir gefragt. Angesichts von Devisenknappheit und importierten Viren fällt uns spontan keine überzeugende Antwort ein.

Während die mit Gentechnik verbundenen Gefahren auf Kuba nach wie vor kein Thema sind, werden die Probleme, die der Tourismus mit sich bringt, gesehen und diskutiert: Sie reichen von der wachsenden (Devisen-) Prostitution bis hin zur andauern-



.den Konfrontation der Kubanerinnen mit dem penetrant wirkenden Reichtum westlicher Touristas, ganz abgesehen von der "ideologischen Infiltration". Es ist fraglich, wie lange Kuba sein Konzept vom kontrollierten Tourismus wird halten können, zumal sich dynamische Alternativtouristinnen auf Dauer nicht werden davon abhalten lassen, die letzten noch unentdeckten Plätzchen der Insel zu besetzen. Schließlich hebt es das Urlaubsgefühl enorm, in einer einfachen Kneipe mit Peseten statt Dollar zu zahlen.

Die restriktive AIDS-"Prävention" Kubas, d.h. die systematische Durchtestung der gesamten Bevölkerung und die Internierung infizierter und erkrankter Personen wird durch die umworbenen Touristen und Geschäftsleute vollends ad absurdum geführt. Sie bleiben selbstverständlich unbehelligt, während Kuba sich darauf einstellen muß, auch AIDS als Folgeproblem des Tourismus zu berücksichtigen.

Verrückt nach Rockmusik und Jeans

Die Hälfte der kubanischen Bevölkerung ist jünger als dreißig Jahre und damit jünger als die Revolution. Zwar wissen die Jugendlichen, daß ihr Lebensstandard - gemessen an dem anderer lateinamerikanischer Staaten - hoch ist. Doch bleiben viele ihrer Bedürfnisse unerfüllt. Daher ist die Wirkung des Tourismus gerade auf die jüngeren Leute nicht zu unterschätzen, die nun verstärkt noch mit westlichen Klamotten und Standards konfrontiert werden.

Längst hat die US-amerikanische Kultur keinerlei abschreckende Wirkung mehr auf sie. Die Jugendlichen auf Kuba repräsentieren das ganze Spektrum westlicher Jugendkulturen, wie auch wir sie kennen. Noch vor einigen Jahren galten lange Haare und schrille Klamotten als geradezu konterrevolutionär. Eine Schülerin betont, daß es die Jugendlichen selbst waren, die - "wie auf der ganzen Welt - ihre Interessen allmählich gegen Eltern, Lehrer und Partei durchgesetzt haben. Doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die meisten "scharfen" Sachen auf Kuba nicht zu haben sind und die Wohnungsnot zum Verbleib in der elterlichen Wohnung oder in Teenagerehen zwingt.

Spekulationen über ein baldiges Ende der kubanischen Revolution nehmen diese Probleme gerne als Aufhänger. "Jaja, Castro stirbt und die Jugend rebelliert, das ist seit Jahren die Hoffnung der Yankees", Ernesto Escobar gibt sich sicher, daß dieses Kalkül nicht aufgehen werde. In der Bevölkerung sei das Wissen tief verwurzelt, daß die einzige reale Alternative zu den Errungenschaften der Revolution die Verelendung ist, die man von anderen lateinamerikanischen Völkern kennt. Die Bereitschaft vor allem Jugendlicher, die Revolution zu verteidigen sei größer denn je, erzählen uns Vertreterinnen verschiedener Jugendverbände. Immer wieder hören wir: Achtzig Prozent der Bevölkerung stehen hinter der Revolution.

Glasnost hat es schwer

Und die anderen, sämtlich Konterrevolutionärinnen? In Haft genommen sind Mitglieder kubanischer Menschenrechtsorganisationen, sie erwarten einen Prozeß. Unter ihnen auch frühere Anhänger der Revolution wie Yanez Pelletier, nach dem Sieg Militärberater Fidels. Die kubanische Regierung verhindert - sicher ist sicher - mit einem Störsender, daß ihr Volk den Einflüssen des reaktionären US-Propagandasenders "Radio Marti" ausgesetzt wird. Dasselbe Schicksal widerfährt auch dem erst seit kurzem sendenden "Tele Marti", der selbst in den USA auf nur wenig Gegenliebe stößt.

Pluralismus, so unser Gesprächspartner Escobar, sei nicht das Problem, allerdings im Rahmen der Revolution. Beim Parteienpluralismus - auch aus unserer Sicht nicht das NonplusUltra an Demokratie - käme ohnehin nur eine Pro-Yankee-Partei heraus.

Generell scheint die vorsichtige Öffnung Kubas wieder ins Stocken geraten zu sein, sind gegenläufige Tendenzen innerhalb der Partei und ihrer Organisationen festzustellen. Dies drückt sich im widersprüchlichen Verhalten uns gegenüber aus. Einerseits wird die Auseinandersetzung mit Feministinnen, mit Grünen, mit kritisch-solidarischen Menschen offensiv gesucht. Andererseits wird Einwänden mit glatten Formeln begegnet, bewegen sich Gespräche an der Schnittstelle zwischen Offenheit und offizieller Verlautbarung. Je höherrangiger unsere Gesprächspartnerinnen, desto geringer ist häufig ihre Aussage- und Diskussionsbereitschaft. Nicht wenige in den staatlichen und halbstaatlichen Apparaten sind an einer weitergehenden Öffnung interessiert, nicht unbedeutend scheinen uns die internen Differenzen. Doch offenkundig sind die Konservativen, die sich in selbstbeschwörerischen Formeln einigeln wollen, gegenwärtig am längeren Hebel.

Kuba, so wird uns versichert, sei nicht Nicaragua. Kuba sei industriell weiter entwikkelt, die Bevölkerung stärker politisiert, keine Contra führe Krieg gegen das eigene Volk und niemand brauche Hunger zu leiden. Vor allem sei Kuba sozialistisch, was Nicaragua nie war. Und seht her, was ihnen die freien Wahlen beschert haben: eine Präsidentin von US-Gnaden! Den Weg Osteuropas wolle man nicht mitgehen, die Bedingungen Kubas seien nicht vergleichbar, es suche sich seinen Weg allein.

Zwei Strömungen gebe es in der kubanischen KP, sagt ein Parteivertreter. Die eine setzt wie zuvor auf eine enge Allianz mit Osteuropa - diesmal im Zeichen der Perestroika -, die stärkere betont wie einst in den sechziger Jahren die Unabhängigkeit und eigene Kraft Kubas.

"Perestroika ist die Braut eines Anderen" (Castro)

Rectificación heißt das kubanische Gegenprogramm zur Perestroika, das seit Mitte der achtziger Jahre läuft. „Gemeint ist damit die Korrektur von Fehlern auf der Grundlage des bestehenden Systems - gewissermaßen die "Quadratur des kubanischen Kreises" (Hannes Bahrmann in Die Andere (DDR)). Im Zuge der Rectificación wurden beispielsweise Privatisierungen zurückgenommen, die zu Beginn der achtziger Jahre zu horrenden Preisen führten, an denen sich einige eine goldene Nase verdient hatten. Nicht unwesentlicher Nebeneffekt dieser Privatisierungen war allerdings auch eine erhebliche Verbesserung des Angebots an agrarisch erzeugten Lebensmitteln. Auch dies wurde mit der Rectificación rückgängig gemacht. Kleine

Handwerker konnten stadtteilnah den Bedarf an alltäglichen Dienstleistungen dekken, während zentralistische Einrichtungen bis heute versagen. Doch nun gelten sie wieder als Kapitalisten und werden in eine Grauzone gedrängt.

Im Wohnungsbau kehrten die Kubanerinnen zu ihrem in den Jahren nach der Revolution entstandenen Konzept der microbrigadas, freiwilligen Arbeitsbrigaden zurück, nachdem Wohnungsbauprogramme nach DDR-Vorbild sich als Flop erwiesen hatten. Ein nicht unwesentlicher Vorteil dieser Arbeitsbrigaden besteht auch darin, daß sie aus den Betrieben die dort nicht benötigten Arbeitskräfte abziehen und für gesellschaftlich notwendige Arbeiten wie z.B. Aufforstungsprojekte oder Wohnungsbau einsetzen. Rectificación soll die gesamte Bevölkerung mobilisieren, Mängel des Systems zu beheben oder sie zumindest abzuschwächen. Schlampereien werden durch schärfere Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen geahndet, und moralische Appelle an die Arbeitsmoral sollen die Motivation heben. "Für's Vaterland sterben heißt Leben" ist eine der gängigen Parolen, in unseren Ohren geradezu reaktionär. Die staatliche Propaganda kommt von allen Seiten - aus dem Radio, von Plakatwänden und sogar von oben, von Hubschraubern werden Zettelchen abgeworfen -, doch sie geht zum einen Ohr rein und zum anderen heraus. Eine Lösung der gravierenden und auch selbsterzeugten wirtschaftlichen Probleme bringt sie gewiß nicht. Korruption, schlechte Koordinierung und das mangelnde Interesse, Arbeit von hoher Qualität abzuliefern, lassen sich nicht durch Appelle an die revolutionäre Moral beheben.

Ein Aufstand findet nicht statt

Trotzdem: Die Identifikation mit den Errungenschaften der Revolution ist bei den meisten Cubanos nach wie vor stark. Eine Alternative zu dem, was ist, ist nicht in Sicht. Das wissen auch die Unzufriedenen, die politisch Unterdrückten. Trotz der brisanten Situation Kubas überzeugt uns deshalb die immer wieder vertretene Auffassung, eine Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft könne man sich angesichts der äußeren Bedrohungen nicht leisten, keineswegs.

Das hohe Maß an gesellschaftlicher Partizipation der Frau, seine sozialen Errungenschaften und sein hartnäckiger Widerstand gegen alle Annektionsgelüste des großen Nachbarn im Norden werden Kuba nicht davor entlasten, Glasnost zu praktizieren und seine innere Demokratisierung voranzutreiben. "Cuba libre" wird nur sein, wenn sich die Bevölkerung mit den politischen Zielen und der politischen Praxis seiner Führung identifizieren kann, wenn sie die Revolution am Leben erhält und nicht ihre Erstarrung duldet und an Perspektivlosigkeit resigniert. Noch besteht zumindest die Chance, daß eine innere Demokratisierung nicht zu demselben Ergebnis führen muß wie in Nicaragua - die bereits genannten Unterschiede zwischen beiden Ländern sprechen jedenfalls dafür. Je länger aber mit einem solchen Schritt gewartet wird, desto gravierender werden die politischen Kosten und desto demoralisierter werden die Menschen sein.

Nicht zufällig ist Kuba kein Identifikationsobjekt für westliche Linke, nicht ohne Grund entstand keine Solidaritätsbewegung vergleichbar mit der Nicaraguas. Nicht alle Gründe gehen dabei zu Lasten Kubas, dessen Alltagsrealität für linke Revolutionsromantik in der Tat wenig zu bieten hat. Doch heute ist die kubanische Revolution in der akuten Gefahr, als allerletzte Insel dem US-Imperialismus zum Fraß vorgeworfen zu werden - eine Gesellschaft, in der trotz zahlreicher Kritikpunkte allen Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben garantiert werden kann.

Die Katze beißt sich in den Schwanz: Kuba braucht unsere Solidarität dringender denn je, aber seine politische Isolation kann es nur durch Veränderungen aus eigener Kraft überwinden.

Verena Krieger/Gisela Wuttke

„See you next year in Asmara"

Seit etwa 2 Jahren verabschieden sich EritreerInnen von ihren Gästen im befreiten Eritrea jeweils mit diesem Abschiedsgruß; er war Ausdruck der Hoffnung, daß der Krieg mit der Befreiung Asmaras endlich zu Ende gehe.
Dieses Jahr allerdings hat er eine konkretere Bedeutung als nur Hoffnung: es gibt nur wenige, die daran zweifeln, daß die Befreiung Asmaras noch dieses Jahr glückt.

Der 10. Februar 1990, die Befreiung der Hafenstadt Massawa hat alles verändert. Das war deutlich am 5. Eritrea-Festival Anfang August in Bologna zu spüren, wo das jährliche europaweite Treffen der EritreerInnen im Exil stattfand. Massawa hat die EritreerInnen mobilisiert, das Eritrea-Festival war geprägt von einer außergewöhnlichen Aufbruchstimmung. Die Organisatoren des Bologna-Festivals mußten vom zu klein gewordenen „Palazzo dei Congressi" in den größeren Sportpalast wechseln, damit die über 5.000 EritreerInnen die Gruß-Botschaften der Eritreischen Befreiungsfront EPLF (Poltibüro-Mitglied Mohamed Sherifu), des Alt-Vaters des eritreischen Widerstandes, Woldeab Woldemariam und der vielen Eritrea-Unterstützungs-Komitees, Parteien und Gewerkschaften anhören konnten.

Wann fällt Asmara?

Nach den Wetten zu urteilen, die Diplomaten und Militärexperten in Addis Abeba abschließen, müßte Asmara längst gefallen sein. Die Wetten beruhen auf rein militärischen Überlegungen, die Herren kennen die Strategie und Taktik der EPLF bei der Befreiung der Städte zu wenig. Spätestens seit Afabet 1988 und Massawa 1990 ist klar geworden, daß die EPLF Städte und strategische Positionen mit hoher Konzentration an äthiopischen Truppen und Kriegsmaterial nur dann angreift, wenn sie mit einem möglichst kleinen Verlust an eigenen Leuten und an Zivilisten rechnen kann. Die EPLF setzt den Schutz der eigenen Kämpferinnen und Kämpfer und der eritreischen Zivilbevölkerung in der Werteskala weit vor militärische Aktionen, die zwar kurzfristig Erfolge versprechen, dafür aber einen hohen Blutzoll fordern würden. Der eritreische Befreiungskampf hat bereits genug Opfer gefordert.
Mengistu hat gedroht, die Bevölkerung Asmaras umzubringen und die Stadt dem Erdboden gleichzumachen, falls die EPLF den Flugplatz angreift und einnimmt.
Die Zivilbevölkerung Asmaras wird als Geisel gehalten, sie darf die Stadt nicht verlassen, um sich in den EPLF-Gebieten mit Nahrungsmitteln zu versorgen.
Die Versorgung der eingeschlossenen zweiten äthiopischen Armee in Asmara und Keren mit Waffen, Munition und Nahrungsmitteln wird von Tag zu Tag prekärer. Die katastrophale Moral der äthiopischen Truppen scheint bis in den Genralstab durchzuschlagen: in einem Interview mit einem britischen Fernseh-Journalisten äußerte sich der kommandierende äthiopische General sehr resigniert über die Chancen seiner Truppen.
Die EPLF ruft die äthiopischen Soldaten zur Desertion auf. Deserteure der äthiopischen Armee werden von der EPLF sofort freigelassen und in jene Gebiete Äthiopiens zurückgeschickt, die nicht mehr von Mengistu kontrolliert werden. Dasselbe geschieht mit den äthiopischen Kriegsgefangenen; sogar jene von Massawa sind teilweise bereits freigelassen.

In zwei dramatischen Reden, am 1. Mai und im Juni vor dem äthiopischen Akklamations-Parlament, dem nationalen Shengo, hat Mengistu vor dem Zusammenbruch des äthiopischen Reiches gewarnt und zur Rettung des Vaterlandes aufgerufen. Es ist diesmal jedoch fraglich, ob es ihm gelingt, noch einmal den amharischen Nationalismus zu mobilisieren. Seine soziale Basis ist sehr klein geworden, nachdem er kürzlich die zwölf Generäle erschießen ließ, die im Mai 1989 gegen ihn geputscht hatten. Seither sind auch die Studenten der Universität von Addis Abeba wieder auf die Straße gegangen, die zuvor noch die wirtschaftlichen Reformen Mengistus und die Entfernung der Standbilder von Marx-Engels-Lenin vom Revolution Square, der Prachtstraße von Addis Abeba, begrüßt hatten.

Die Wende-Reformen Mengistus sollen den Westen dazu bewegen, das Regime zu stützen, nachdem die Sowjetunion nicht mehr bereit ist, im bisherigen Umfang Waffen zu liefern. Israel als Nachfolger bei Waffenlieferungen sorgt zwar bei leichten Waffen, Splitterbomben und High-Tech-Ausrüstung für die äthiopische Luftwaffe für Nachschub, aber nicht im von Mengistu gewünschten Umfang. Daher hat Mengistu die Auswanderung der äthiopischen Juden nach Israel vorläufig gestoppt.

Machterhalt um jeden Preis

Die Kriegsmobilisierung umfaßt inzwischen Männer bis zum 70. Altersjahr. Nach konservativen Schätzungen hat Mengistu seit 1983 in zehn Rekrutierungsrunden über 600.000 Bauern sowie Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren zwangsrekrutiert. Die Armee wurde seit 1976 von damals 45.000 Mann zur größten Armee Schwarz-Afrikas mit heute 300.000 Mann reguläre Truppen und 150.000 Mann Volksmiliz aufgestockt[1]. Die Militärausgaben betragen inzwischen 60% des Staatsbudgets.
Die äthiopischen Oppositionsgruppen, einerseits die EPRDF (Ethiopan Peoples Revolutoinary Democratic Front), ein Zusammenschluß der Tigray-Befreiungsbewegung TPLF und der amharischen Oppositionsbewegung EPDM und andererseits die Oromo-Befreiungsbewegung OLF, verstärken ihren militärischen Druck auf Mengistu. Zwischen diesen Organisationen und der EPLF besteht eine enge militärische Koordination trotz politischer Divergenzen.
Die Hauptstadt Addis Abeba ist bis jetzt zwar noch nicht gefährdet, doch zieht sich die Schlinge um den Hals Mengistus enger zusammen. Nach der Liquidation der zwölf in der Armee und in der amharischen Bevölkerung beliebten Putschgeneräle dürfte sich seine Basis bald nur noch auf die

von Nordkoreanern trainierte Tausend-Mann-Präsidialgarde und den von israelischen Beratern geführten Sicherheitsdienst beschränken.
Um Mengistu ist es sehr einsam geworden. Er soll sich ein Haus in Zimbabwe gekauft haben[2]. Ob er doch noch gedenkt, den zum Bunker umgebauten kaiserlichen Palast in Addis Abeba vorzeitig zu verlassen?

Der Aufbau Eritreas beginnt jetzt

Mit der Befreiung großer Gebiete des dicht bevölkerten Hochlandes von Eritrea werden die Aufgaben der EPLF und der ERA bei der Versorgung der Bevölkerung größer. Sie können die Menschen in den Städten und Dörfern nicht mehr allein versorgen und haben deshalb die EritreerInnen im Ausland zur Mithilfe aufgefordert. Als erste Reaktion auf diesen Appell wurde in Bologna eine private Aktiengesellschaft, die Nakfa-Corporation vorgestellt. Sie wurde kürzlich von eritreischen Geschäftsleuten aus dem Sudan in Eritrea gegründet und untersteht dem EPLF-Gesetz über Privatinvestitionen in Eritrea sowie dem EPLF-Handelsdekret vom Februar 1990. Bisher wurden von EriteerInnen in der Diaspora Aktien der Nakfa-Corporation im Wert von 300.000 US$ gezeichnet. Die Gesellschaft will eine Entwicklungsbank gründen, in Handel, Transport und Kleinindustrie tätig werden, zunächst aber vor allem Güter des täglichen Gebrauchs vom Sudan nach Eritrea bringen. Bereits jetzt hilft die „Vereinigung der eritreischen Lastwagenbesitzer im Sudan" mit über 300 privaten Lastwagen beim Transport von Lebensmitteln, Dieseltreibstoff, Benzin und Gütern des täglichen Gebrauchs vom Sudan nach Eritrea.
Gleichzeitig wurde eine „Rot-Meer-Stiftung für Wiederaufbau und Entwicklung" gegründet, zu der im Sudan lebende EritreerInnen bereits über 3 Millionen Sudanesische Pfund (ca. 400.000 DM) beigetragen haben. Einwohner von Massawa haben 13.000 äthiopische Birr (ca. 17.000 DM) gespendet für die Stiftung, obwohl die äthiopischen Truppen bei ihrem Rückzug aus Massawa alle in den Banken liegenden Gelder mitgenommen haben.
Die Stiftung will in verschiedenen Wiederaufbau-Bereichen tätig sein und vor allem zerstörten Wohnraum in den Städten neu errichten.
Die EPLF ihrerseits investiert alle verfügbaren menschlichen Ressourcen in die Verwaltung und den Wiederaufbau der dicht bevölkerten Hochlandgebiete. Wer immer von den EPLF-Fach- und Führungskräften im Ausland abkömmlich ist, packt in diesen Tagen die Koffer und übernimmt Aufgaben in den befreiten Gebieten.
Zur Zeit kehren etwa 500 Familien der NARA-Volksgruppe, die über Jahre als Flüchtlinge im Sudan gelebt hatten, in ihr angestammtes Gebiet in Mugaraib im Westen Eritreas zurück. Das ist ein untrügliches Zeichen für die zunehmende Stabilität und Sicherheit in den befreiten Gebieten Eritreas.


Kämpfer der EPLF

Keine Hungersnot aber erneut zu wenig Regen

Die von den großen internationalen Organisationen angekündigte Hungersnot ist bis jetzt nicht eingetroffen. Zu verdanken ist dies allerdings nicht diesen Organisationen, die von ihren klimatisierten Büros in Adis Abeba aus wenig zur Hungerhilfe in Eritrea beigetragen haben. Zu verdanken ist es der großen Anstrengung des Eritrea-Hilfswerks ERA und des Tigray-Hilfswerks REST und zu einem kleineren Teil der äthiopischen kirchlichen Hilfsorganisationen Joint Relief Partnership.
Die ERA wird überwiegend von nichtstaatlichen privaten und kirchlichen Hilfswerken unterstützt, während die großen Hilfswerke der UNO (Welternährungs-Programm, UNICEF) und das Internationale Rote Kreuz IKRK sich bisher wegen Angst vor äthiopischen Repressalien noch nicht zu einer Zusammenarbeit mit der ERA entschließen konnten.
Die Hungersnot ist allerdings nur vorläufig gebannt, die Reserven der ERA sind minimal. Die ERA hat bis Mitte Juli 134.000 Tonnen Lebensmittel erhalten, das sind knapp 40% des Bedarfs für 1990 [3]. Schon zeichnet sich eine neue Dürre ab. Die wichtigen Sommer-Regenfälle sind bisher nur ungenügend gefallen. Die ersten Niederschlags-Messungen des EPLF-Landwirtschafts-Departementes lassen keine großen Hoffnungen auf eine gute Ernte im November zu.
Die Ernährungslage der Stadtbevölkerung von Asmara spitzt sich zu. Die EPLF hat erneut an die internationale Gemeinschaft appelliert, der von Mengistu als Geiseln gehaltenen Zivilbevölkerung das Verlassen der Stadt zu erlauben, damit sie sich in den EPLF-Gebieten mit Nahrungsmitteln versorgen kann. Die EPLF hält auch ihr Angebot an die UNO aufrecht, den Hafen von Massawa für Lebensmittel-Einfuhren zu benutzen.

Neues Interesse an Eritrea

Seit Jahren bemühen sich EPLF-Vertreter bei der UNO und den Westmächten um Kontakte, unterbreiten der UNO Petitionen und Memoranden. Der inoffizielle EPLF-Vertreter bei der UNO, Prof. Bereket Habte Selassie, berichtet, daß er vor Afabet 1988 bestenfalls von niederrangigen Botschaftsangehörigen im Hinterzimmer eines abgelegenen Restaurants in New York zu einem Gespräch empfangen wurde. Nach Afabet waren dann Treffen in Restaurants in der Nähe der Botschaft möglich und seit Massawa bemühen sich die Botschaften selber um Kontakte zu ihm[4].
Das sei die Realität internationaler Beziehungen. Obwohl sich an der völkerrechtlichen Legitimität des eritreischen Rechts auf Selbstbestimmung nichts geändert habe, sei erst seit den militärischen Siegen der EPLF das Interesse an Eritrea erwacht. Prof. Bereket sieht alle völkerrechtlichen Bedingungen für eine Anerkennung Eritreas erfüllt: nach der Befreiung Asmaras werde die EPLF das gesamte Territorium Eritreas kontrollieren, die EPLF besitze die Unterstützung der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit. Sie besitze die organisatorische Kapazität, das Territorium nicht nur zu kontrollieren, sondern auch zu verwalten, und schließlich respektiere die EPLF das Internationale Völkerrecht, was sie seit Jahren in der Behandlung der Kriegsgefangenen nach den Regeln der Genfer Konvention bewiesen habe.

Toni Locher

Anmerkungen:
1) BBC/World today, 27.6.90 und ADULIS Nr. 7, Juli '90
2) The Guardin, 21.7.90
3) ERA: Summary of Relief Food Supplies Received 1.1.90-15.7.90
4) Bereket Habte Selassie „Eritrea after the War - Legal Implications towards Independence", Bologna, 5.8.90

Aufrüstung im Irak

Deutsche Unternehmer immer dabei

Kuwait entstand vor 90 Jahren als staatliches Gebilde, weil deutsche Konzerne eine Eisenbahn bis an den Persischen Golf bauen wollten, und die englische Regierung diese Pläne durch einen Schutzvertrag mit dem Emir von Kuwait zunichte machte. Verschwindet Kuwait jetzt von der politischen Bildfläche wieder mit Hilfe deutscher Konzerne, die Rüstungsfabriken, "zivile" Anlagen und Infrastrukturprojekte bauten, die Saddam Hussein zur Verwirklichung seiner regionalen Vormachtbestrebungen nutzte?

1978 kam Eckehart Ehrenberg in der Studie "Rüstung und Wirtschaft am Golf" zu folgendem Ergebnis: Abgesehen von iranischen Rüstungsvorhaben gebe es keine nennenswerten Programme zur lokalen Waffenproduktion am Golf. Über die Rüstungsproduktion im Irak lägen keine zuverlässigen Daten vor, doch deuteten Hinweise von Militärattachées im Nahen Osten an, daß die Herstellung von Infanteriewaffen im Irak inzwischen eingestellt worden sei.[1] 1987 konnten die Wissenschaftler Michael Brozska und Peter Lock eine Wiederaufnahme bzw. Weiterentwicklung der irakischen Rüstungsproduktion verzeichnen. Die "General Organisation for Technical Industries" produziere mit italienischer und französischer Unterstützung Kleinwaffen, Mörser, Granaten und Raketen und die irakische Firma "Yarmouk" Munition. Trotzdem kamen sie in ihrer Gesamteinschätzung zu einem ähnlichen Ergebnis wie Ehrenberg: Irak sei immer noch ein Land mit geringer Rüstungsproduktion. [2] 1990, also nur drei Jahre später, konnte man allerdings in der Presse der BRD ganz andere Einschätzungen lesen. "Weil Saddam Hussein seinen Anspruch auf die Führungsrolle im arabischen Lager untermauern will, entstanden rings um die Hauptstadt, aber auch weit über das Land verteilt, gigantische Rüstungskomplexe. [3] "An vielen Stellen im Lande verbergen sich hinter Wällen und Bunkerwänden Giftlabors, Füllstationen für Raketenstufen, Sprengstofflager, Fließbänder für den Bau von Panzern und Drehbänke zur Produktion von Granaten(...). Maschinen und Technologie dafür beschafft sich der Irak in aller Welt, vor allem aber in Europa(...)." [4] Was war hier passiert?

Giftgasproduktion bei Samarra

Bekannt ist, daß der Irak ab dem Beginn der achtziger Jahre mit dem Bau eines Chemiewerkes nördlich von Bagdad begonnen hatte. Der Auftraggeber für dieses Werk war das "State Establishment for Pesticide Production"(SEPP), das Teil der "State Organisation for Chemical Industries" war. Diese Organisation hatte ihren Sitz im Ministerium für Industrie in Bagdad. Offiziell sollten in dem Werk Pestizide zum Schutz der irakischen Datteln produziert werden. Die Größe und hermetische Abschirmung des Werkes ließen diese Behauptung jedoch fragwürdig erscheinen. In einem Bericht der BBC heißt es: "40 Kilometer südlich der Stadt Samarra haben die Irakis eine Absperrungszone errichtet in der Größe von 160 Quadratkilometern. Fotografieren ist verboten. Wir beauftragten den französischen kommerziellen Satelliten SPOT, ein Bild der Region aufzunehmen(...). Ddiese sehr vergrößerte Version zeigt zum ersten Mal in der Öffentlichkeit, was die Irakis so ängstlich zu verbergen suchen: ein isoliertes Netzwerk von 40 Kilometern Straßen und eine Reihe Gebäude, die dramatisch in der Einsamkeit wirken.(...) Im Westen der Anlage führen Straßen zu ungefähr 15 unterirdischen Silos, die so gebaut sind, daß sie Luftangriffen widerstehen können. Im Norden, durch einen extra Zaun umgeben, befindet sich ein separates Gelände mit mehr als einem Dutzend merkwürdig gestalteter Lagerbunker. Jeder ist bis zu 100 Yards lang, einige sind Attrappen, um feindliche Bomber irrezuführen. Im Zentrum des Komplexes findet die eigentliche Giftgasproduktion statt(...). Da sind zwei Gruppen von Gebäuden, die etwa eintausend Tonnen Chemikalien im Jahr produzieren, und sie können die Produktion noch steigern."[6] Unter der Erde liegen weitere Anlagen. Der ganze Komplex ist von einem doppelten Stacheldrahtzaun umgeben und wird durch besondere SA-2 Luftabwehrraketen geschützt.

Bundesdeutsche Aufbauhilfe für Giftgasanlage

Beim Bau dieses Giftgaswerkes spielten westdeutsche Firmen eine wichtige Rolle. Die Firma Karl Kolb und ihre Tochterfirma Pilot Plant lieferten Labor- und Fabrikausstattung. Diese bestand u.a. aus sieben gläsernen Laboranlagen, zwei Anlagen zur Herstellung von Vorprodukten für "Pestizide" und chemischen Versuchsapparaturen zur Umsetzung von Forschungsergebnissen sowie für Ausbildungszwecke und zur Verfahrensdemonstration.[7] Auf Fernsehbildern konnte man auch einen Behälter mit einer Rührvorrichtung, wahrscheinlich für das Endprodukt erkennen. [8] Die Firma Quast erhielt von Karl Kolb einen Unterauftrag über die Lieferung von Becken, Rohren und Zentrifugen aus Hallostoy [9]. Hierbei handelt es sich um sehr korrosionsbeständiges Material, das in den USA bei der Sarinproduktion (Sarin ist ein Giftgas) verwandt wurde. Die hessische Firma Rhema erhielt einen Unterauftrag über die Lieferung einer Inhalationskammer. Hierbei handelt es sich um eine Art Gaskammer, die dazu benutzt wird, die Wirkung von chemischen Kampstoffen an streunenden Hunden zu testen. [10] "Zusätzlich zu der von Karl Kolb gelieferten Labor- und Fabrikausstattung hat die westdeutsche Firma Herbiger viele der Gebäude errichtet. Eine andere deutsche Firma, die multinationale Preussag, hat die Wasserversorgungsanlagen geliefert. Seitag, eine angloindische Firma, hat Unterkünfte für die Wissenschaftler gebaut, unterirdischen Lagerraum und einen Verwaltungsblock. Hammer aus Westdeutschland sorgte für die Klimaanlage einer Kantine für 600 Leute. Wormold aus Australien hat Brandschutz- und Sicherheitsanlagen installiert."[11]
Chemische Vorprodukte der Giftgasproduktion kamen ebenfalls aus der BRD. Nachdem die holländische Handelsfirma Melchemie bereits 1984 60 Tonnen $POCl_3$ (Phosphoraxitrichlorid), das von der italienischen Firma Montedison pro-

duziert worden war, an den Irak geliefert hatte, [12] lieferte die Hamburger Firma Water Engineering Trading, abgekürzt WET 1985 58 Tonnen $POCL_3$, Isopropulamin, Natriumfluorid und Methylenchlorid. [13] $POCL_3$ ist ein Grundstoff der Tabunproduktion, die anderen Chemikalien sind Grundstoffe der Sarinproduktion(Sarin und Tabun sind chemische Kampfstoffe).

Weitere Giftgasfabrik in Falluja

In Falluja, westlich von Bagdad, wird von Seiten des Irak seit 1985 an einer zweiten Giftgasfabrik gebaut. Der Auftraggeber für dieses Werk ist ebenfalls das "State Establishment for Pesticide Production", abgekürzt SEPP. Der Auftrag sah die Errichtung einer Chemiefabrik für "Pestizide" vor, die PCL_3 in Industriequalität mit einer Kapazität von knapp 4000 Tonnen pro Jahr und 17,6 Tonnen pro Tag produzieren sollte. Vergeben wurde er für 20 Millionen DM an die Hamburger Water Engineering Trading/WET . Die erwarb für 1 Million DM von dem französischen Chemiekonzern Atochemie eine Lizenz für eine PCL_3/ $POCL_3$-Anlage, wobei sie Atochemie vorgaukelte, die Anlage wäre für Nigeria bestimmt. Sie kaufte dann die Einzelteile für die Fabrik zusammen und lieferte diese 1986 in den Irak. Zusammenbauen konnte sie die Anlage allerdings nicht mehr, da 1987 Ermittlungen gegen die Firma eingeleitet wurden. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, daß diese Fabrik mittlerweile von einem anderen Unternehmen fertiggestellt worden ist. [14] In Salman Pak, südlich von Bagdad, existiert außerdem noch ein Forschungszentrum für Giftgase. Über diese Anlage ist allerdings so gut wie nichts bekannt.

Forschungszentrum für Raketentests

Ein weiteres Rüstungsprojekt des Irak wurde in der Nähe von Mossul gebaut. Der Auftrag für dieses Projekt mit dem Namen SAAD 16 wurde von der "State Organisation for Technical Industries" mit Sitz in Bagdad vergeben. Er sah den Bau eines Forschungs- und Entwicklungszentrums, das der Universität Mossul angegliedert werden sollte, vor. Die Aktivitäten dieses Zentrums belegen allerdings eindeutig, daß es sich hier um ein militärisches Forschungszentrum, mit einem Schwerpunkt im Bereich der Raketentechnologie handelt.

* Auf einem Teststand ("free range") erproben Raketentechniker Treibsätze für die "Condor-2"-Rakete und die modifizierten russischen SCUD-Projektile(...)
* In Schießkanälen testen Militärtechniker Panzerabwehrraketen. In den zwölf Meter langen Windkanälen läßt sich die dreifache Schallgeschwindigkeit simulieren.
* In sogenannten Widerstandsgebäuden, die wie in der Condor-2-Fabrik bei Bagdad mit blow-out-walls(Wände, die bei Explosionsexperimenten den Druck abfangen) ausgestattet und von hohen Erdwällen umgeben sind, entwickeln irakische Fachleute Raketenköpfe mit explosiver Submunition, mit denen sich ganze Schlachtfelder quasi "verminen" lassen.
* In diversen Labors arbeiten Chemiker und Biologen an der Synthese tödlicher Nervengase und an der Entwicklung bakteriologischer Toxin-Waffen.
* In Elektronik-Laboratorien experimentieren irakische Atomwissenschaftler an sogenannten Gas-Ultra-Zentrifugen, mit deren Hilfe man Uran zu bombenfähigem Spaltmaterial anreichern kann.(...)
* In Verwaltungsgebäuden mit modern ausgerüsteten Hörsälen unterichten vornehmlich deutsche Experten irakische Offiziere und Wissenschaftler im Umgang mit der Technologie made in Germany, die sich der Irak für das Projekt SAAD16 zusammengekauft hat."[15]

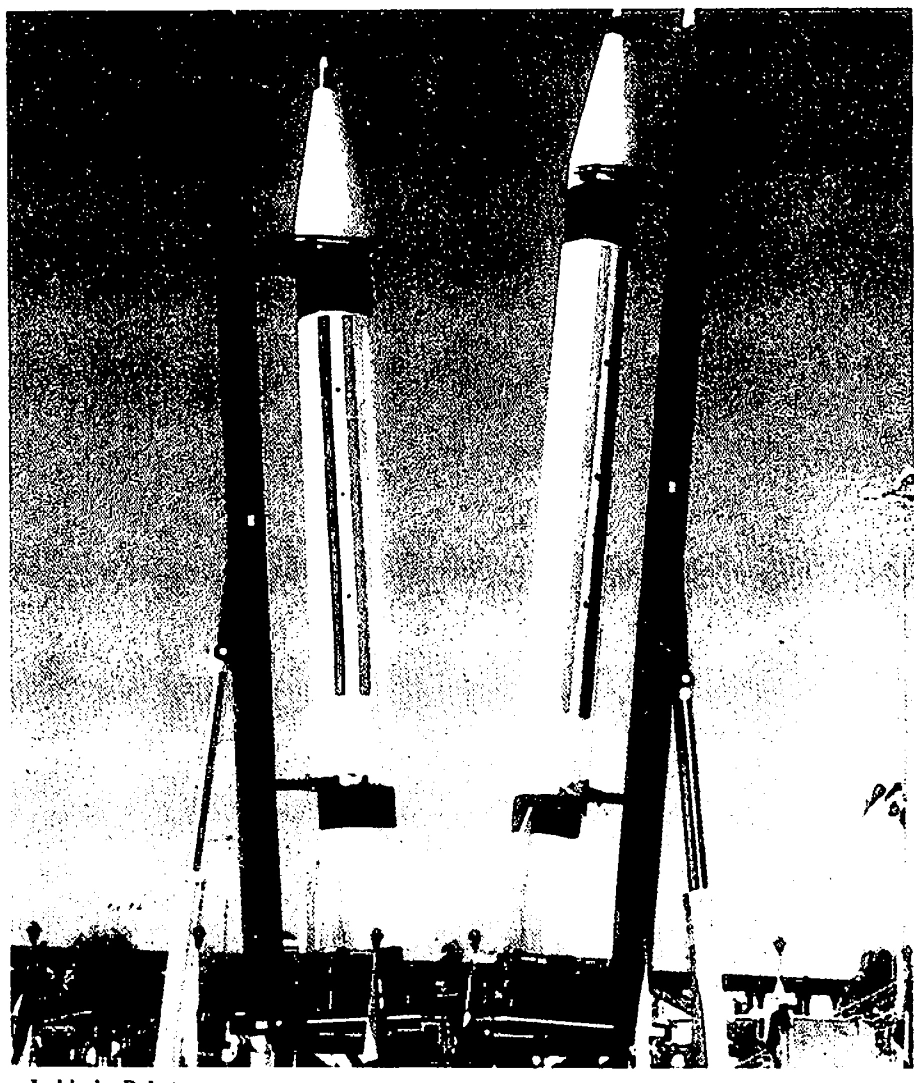
Schließlich enthält SAAD 16 ein Echtzeit-Flugbahnvermessungssystem, mit dem der Flug ballistischer Raketen wie der Condor überwacht und gelenkt werden kann.

Der Bau von SAAD 16 ist fast ausschließlich das Werk deutscher Firmen. Generalunternehmer für den Komplex war die Gildemeister Projecta, eine Tochterfirma des Bielefelder Werkzeugmaschinenherstellers Gildemeister. Weitere an dem Projekt beteiligte Unternehmen waren: MBB, Karl Kolb, Schenk, Integral Sauer und das Wiener Planungsbüro Consultco.

Raketenproduktion bei Mahmudiya

Außer der Raketentestfabrik SAAD 16 bauten die Iraker auch eine "richtige" Raketenfabrik. Diese liegt südlich von Bagdad bei Mahmudiya und Amiriya und soll absolut identisch mit einer von der Firma Consen gebauten Raketenfabrik bei Abu Zabaal in Ägypten sein. In Auftrag gegeben wurde dieses Projekt vom "Technical Corps for Special Projects" (Teco). Dieser ließ drei Anlagenkomplexe, eine Chemiefabrik, eine Montageeinheit und ein Testgelände bauen.

"In der Chemiefabrik DO 1/Projekt 096 wird der Feststoff-Treibstoff aus Ammoniumperchlorat, Aluminiumpulver, einem Bindemittel und Spezialzusätzen gemischt und in der unteren Stufe abgefüllt. In der oberen Stufe kommen flüssiger Sauerstoff und Wasserstoff zum Einsatz. Auf dem Gelände, das cirka fünf Kilometer westlich von Mahmudiya am Ufer des Euphrats liegt, befindet sich auch eine überdimensionierte Spezial-Röntgenanlage, mit der sich



Irakische Raketen

die fertigen Raketenstufen auf Haarrisse überprüfen lassen.(...) In der Produktionsanlage DO 2/Projekt 073 wird die "Condor-2" zusammengesetzt. Das Gebiet liegt einige Kilometer südlich von DO 1 und ist durch eine nur Militärs zugängige Straße über den Euphrat mit der Chemiefabrik verbunden. (...) Auf dem Testgelände DO 3/Projekt 1157 finden die Probeläufe der beiden Raketenstufen und die ersten Abschußversuche statt. Das Areal liegt mitten in der Wüste bei Amiriya und ist über eine für den öffentlichen Verkehr gesperrte Straße innerhalb einer halben Stunde erreichbar."[17]

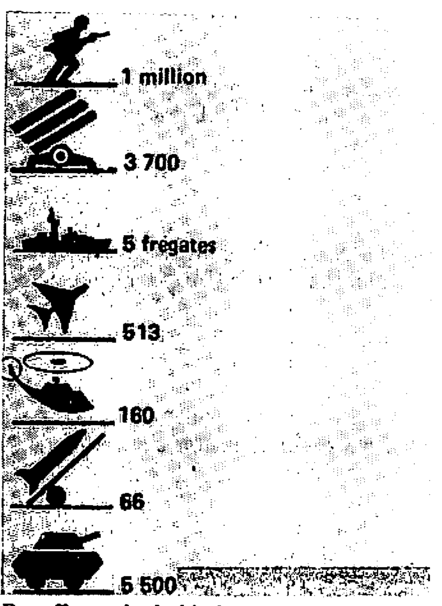
Vergeben wurde der Auftrag für dieses Projekt an keinen Generalunternehmer, da Teco die Fäden in der Hand behalten wollte. Im Juli 1987 schlossen jedoch die Condor Projekt AG für die Consen Gruppe und Teco für den irakischen Staat einen Beratervertrag ab, aufgrund dessen es dann zum Bau des Komplexes kam. Entscheidend für den Abschluß des Vertrages und die Aufnahme der Arbeiten dürften zwei Faktoren gewesen sein: Erstens scheint die Finanzierung des Projektes durch Zahlungen Saudi-Arabiens und der Golfstaaten gesichert gewesen zu sein. Zweitens baute die Consen-Gruppe an einer Raketenfabrik für Condor-2-Raketen in Ägypten. Damit ergab sich die Möglichkeit, Lieferungen für die irakische Raketenfabrik als Lieferungen für die ägyptische Raketenfabrik zu deklarieren.

Gebaut wurde auch diese Fabrik hauptsächlich von deutschen Firmen. Unter Anleitung des Consen-Subunternehmers Feneberg wurden ab August 1987 die drei Anlagenkomplexe in Tag- und Nachtarbeit von 7500 Indern, Pakistanis, Bangladeshis, Polen und Jugoslawen hochgezogen. An der Ausrüstung der Komplexe waren beteiligt: das Wiener Bauunternehmen Ilbau, das für die Bauarbeiten verantwortlich war und die blow-out-walls lieferte, die Firma Siemens, die Schaltanlagen, Transformatoren und sonstige Stromverteilungsanlagen lieferte, und die Firma BBC.[14]

In Hilla, 70 Kilometer südlich von Bagdad, soll eine weitere Raketenfabrik existieren. Bekannt wurde diese Anlage durch eine Explosion am 18.8.1989, bei der wahrscheinlich eine Treibstoffabfüllanlage in die Luft flog und anschließend mehrere Chemikalienlager in Kettenreaktionen folgten.[19]

Bau einer Artilleriefabrik durch deutsche Unternehmen

1989 haben die Iraker schließlich eine Artilleriefabrik für Geschütze größerer Kaliber bei Taji bauen lassen. Koordiniert und organisiert wurde der Aufbau dieser Fabrik durch das European Manufacturer Center (Euromac), das seinen Sitz in Monza in Italien hat und von den beiden irakischen Brüder Kassim und Abbas Hussein geleitet wird. Errichtet werden sollte angeblich eine Universalschmiede, tatsächlich jedoch eine Fabrik, die Geschütze sieben verschiedener Kaliber, von 105 - 203 mm Kaliber herstellen und bereits in der Anlaufphase einen Ausstoß von 1000 Geschützen pro Jahr haben sollte. Dieser Auftrag ging für 130 Millionen DM an die westdeutsche Ferrostahl als Generalunternehmer, die zusammen mit einer Reihe anderer westdeutscher Bau- Stahl- und Technikunternehmen die Fabrik baute. "Der Essener Baukonzern Hochtief errichtete die Fundamente. Die Feldmühle-Tochtergesellschaft Buderus steuerte Fachwissen bei.(...). Die Düsseldorfer MAN-Firma Hasenclever lieferte eine Schmelzpresse. Ein MAN-Betrieb in Nürnberg lieferte über Ferrostahl einen 50-Tonnen Kran in den Irak.(...)



Bewaffnung der irakischen Armee

Die Siegener Dango&Dienenthal fertigte Spezialausrüstungen für die Behandlung von Schmelzen."[20] Wer allerdings die Maschinen und Teile für die Geschoßproduktion herstellte, und wer die Technik oder das Know-how der bis zu 10 Meter langen Kanonenrohre lieferte, ist bis heute unklar. Geliefert und installiert wurde die "Universalschmiede" 1989. Sie stellt den Endpunkt einer Produktionskette dar, die bereits seit längerem von irakischer Seite in Planung war. So entstand mit französischer Hilfe in Khor az Zubair ein Eisen- und Stahlkomplex. Der italienische Konzern Danieli errichtete ein Walzwerk für Kanonenstahl in Taji. Und direkt neben der Artilleriefabrik errichtet der Duisburger Klöckner-Konzern eine Stahlkocherei, die Vormaterialien für die Fabrik liefern wird. Auch diese Anlage ist das Produkt der Tätigkeit mehrerer deutscher Firmen. Die Schweizer Firma Georg Fischer lieferte Gußformen und Maschinenausrüstungen. "Das Stuttgarter Bauunternehmen Züblin wurde für Bauarbeiten eingeschaltet, das Mannheimer Unternehmen ABB lieferte elektrische Einrichtungen und die Öfen, Mannesmann Demag-Hüttentechnik steuerte Gußausrüstung bei."[21] Wenn diese Anlage fertig ist, hat der Irak alles beieinander, was er für eine "unabhängige" Geschützproduktion benötigt.

Der Irak erwarb sich sein Rüstungspotential demnach keineswegs ausschließlich durch Waffenkäufe, sondern ließ sich Produktionsstätten für militärische Kampfstoffe und Raketen bauen. Wie kann man sich nun das massive Engagement von BRD-Firmen im Irak erklären?

Zivile Geschäfte in Milliardenhöhe

Der Irak war in den fünfziger und sechziger Jahren als Handelspartner der BRD faktisch irrelevant. Diese Situation änderte sich ab dem Beginn der siebziger Jahre aufgrund zweier Faktoren: Erstens ermöglichten hohe Öleinnahmen, die die Verstaatlichung der irakischen Erdölquellen und die erste Ölpreisrevolution 1973/74 mit sich brachten, dem irakischen Staat, Aufträge über große Projekte zur "Entwicklung" des Landes auszuschreiben. Zweitens begannen sich große deutsche Konzerne wie Mannesmann, Salzgitter Stahl, Daimler Benz und andere, die über das Know-how zur Ausführung dieser Aufträge verfügten und in der BRD mit den Folgen einer internationalen Weltwirtschaftskrise konfrontiert waren, für den Irak zu interessieren. Infolge dieser Entwicklung stieg der Handel zwischen den beiden Ländern stark an. 1970 hatten die deutschen Exporte in den Irak lediglich 71 Millionen DM betragen. 1975 waren sie bereits auf 2,6 Milliarden DM gestiegen.[22]

Mit der zweiten Ölpreisrevolution 1979/80 und dem Ausbruch des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran kam es aufgrund eines ähnlichen Mechanismus zu einer weiteren Intensivierung des Handels. Erstens ermöglichten die weiter steigenden Öleinnahmen und ein dickes Devisenpolster dem irakischen Staat, eine "Kanonen und Butter-Politik" zu betreiben; das heißt, daß er trotz des Krieges mit dem Iran weiter die "Entwicklung" des Landes voranzutreiben versuchte. Der irakische Entwicklungsplan 1981-85 sah deshalb vor, daß allein im Jahr 1981 Gelder in Höhe von 22,5 Milliarden Dollar für Investitionen zur Verfügung gestellt werden sollten. Das heißt, daß 1981 doppelt so viele Gelder wie im Entwicklungsplan 1971-75 und fast die Hälfte der Gelder des Entwicklungsplans 1976-80 für Investitionen zur Verfügung gestellt werden sollten.[23]

Schwerpunkte der Investitionstätigkeit betrafen die Reparatur zerstörter und beschädigter Anlagen und Infrastrukturprojekte wie den Bau von Auto- und Eisenbahnen, Staudämmen, Brücken und Flughäfen.[24] Die Folge dieser Politik war eine wahre Auftragslawine, die von 1980-82 über europäische und japanische Firmen niederging. Zweitens trafen diese Aufträge auf eine bundesdeutsche Bau- und Anlagenbauindustrie, die im Inland mit Krisenphänomenen wie rückläufigen Aufträgen, steigenden Konkurszahlen und hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert war.[25] Die Aufträge aus dem Irak, denen sich bald ähnliche aus den Golfstaaten und Saudi-Arabien, Li-

byen und Algerien, anschlossen, kamen da gerade recht. Infolgedessen entwickelte sich der Irak für die BRD zum wichtigsten Handelspartner im arabischen Raum. Der deutsche Export in den Irak stieg von 3,3 Milliarden DM 1980 auf 6,6 Milliarden DM 1981 und 7,6 Milliarden DM 1982.[26] Hauptnutznießer dieser Entwicklung war die deutsche Fahrzeugindusrie. Sie konnte 1981 und 1982 Kraftfahrzeuge im Werte von 5 Milliarden DM in den Irak exportieren. Die meisten lieferte Daimler Benz.[27] Weitere Nutznießer waren die Bauindustrie und der Anlagenbau. Sie erhielten von 1980-82 Großaufträge aus dem Irak im Werte von 5,2 Milliarden DM. Unter diesen Aufträgen aus dem Irak befanden sich einige ausgesprochene "Mammutprojekte", die bestimmte deutsche Firmen jahrelang an den Irak banden. So erhielt ein Konsortium der drei deutschen Firmen Hochtief, Züblin und Trapp zusammen mit den drei italienischen Firmen Impregilio, Logefar und Italstrade einen Auftrag über den Bau des Saddam-Staudamms, 60 Kilometer nördlich von Mossul. Dieser Auftrag beinhaltete außer dem Bau eines Staudamms, der dreißig Millionen m³ Wasser stauen sollte, eines Kraftwerks mit 4 155 Megawatt Turbinen und eines Wasserspeichers mit einer Kapazität von 1,6 Millionen m³ auch den Bau einer Pump- und Regulierungsstation für die Bewässerung der Ebenen westlich von Mossul. Auftragswert: 3 Milliarden DM.[28] Ein Konsortium der Firmen Universale Hoch- und Tiefbau, Bilfinger und Berger und Strabag Bau erhielt einen Auftrag über den Bau des internationalen Flughafens von Basra. Diese mittlerweile fertiggestellte Anlage liegt 4 Kilometer nordwestlich von Basra, hat eine 4000 Meter lange Start- und Landebahn und Installationen, die jedem europäischen Vergleich standhalten. Auftragswert: 1,2 Milliarden DM.[29] Die Aufträge über den Bau von drei Abschnitten einer Autobahn - sie führt von der jordanischen Grenze über Bagdad nach Kuwait - wurden ebenfalls an deutsche Firmen vergeben. Der Bau des Abschnittes 8A von Rumaila nach Basra und des Abschnitts 8B von Basra nach Safwan an der kuwaitischen Grenze - ging für eine Milliarde DM an die Firmen Bilfinger und Berger und Dyckerhoff und Widmann. Der Bau des Abschnitts 11 von Tullaha nach Rutba ging für etwa 700 Millionen DM an die Firmen Polensky und Zöllner und Strabag Bau.[30] Über diese Autobahn lief bis 1988 der irakische Nachschub für die Hauptfront im Krieg mit dem Iran und erfolgte 1990 der Aufmarsch gegen Kuwait.

Reduziertes Engagement im Infrastrukturbereich

1982/83 kam es dann zu einem einschneidenden Bruch in den deutsch-irakischen Handelsbeziehungen. Als Syrien die irakische Pipeline nach Banyas am Mittelmeer sperrte und iranische Truppen in mehreren Großoffensiven den Irak aus Khuzestan vertreiben konnten und nun in den Irak vorstießen, entschloß sich die irakische Regierung, die bisher betriebene Politik aufzugeben und sich voll und ganz auf den Krieg zu konzentrieren. Saddam Hussein kündigte vor der Nationalversammlung eine Austeritätspolitik an und der Vizepremier Taha Yassin Ramadan erklärte im September 1982, daß 1983 solche Projekte Vorrang genössen, die bereits gebaut würden und die Fähigkeit des Irak, den Krieg zu führen, nicht beeinträchtigten.[31] Faktisch bedeutete das, daß von 1983-86 keine neuen Großaufträge für "zivile" Entwicklungsprojekte vergeben wurden. Da die irakischen Devisenbestände außerdem rasch schrumpften, stellten sich Zahlungsprobleme ein, und der Irak war gezwungen, Gelder für Entwicklungsprojekte zu streichen oder zu kürzen. Der Handel zwischen dem Irak und BRD schrumpfte deshalb rasch zusammen. Der deutsche Export in den Irak fiel von 7,6 Milliarden 1982 auf 3,7 Milliarden 1983. 1987 erreichte er einen Tiefstand von 823 Millionen DM.[33] Dennoch entschied sich ein Großteil der betroffenen Unternehmen dafür, nicht abzuspringen und von den Aufträgen zurückzutreten, da sie erstens den Irak nicht als Kunden verlieren wollten, zweitens den Irak wegen der großen Ölreserven für potentiell zahlungsfähig hielten und drittens die "Probleme" angesichts der irakischen Pipelinebauten als vorübergehend ansahen.

In der Zeit von 1986- 1989 schien sich diese Politik auszuzahlen. Iraks Staatseinnahmen stiegen infolge der neuen Pipelines trotz des Ölpreisverfalls an. Auch konnte Irak den Iran militärisch zurückdrängen und 1988 zu einem Waffenstillstand zwingen. Damit standen nun wieder umfangreiche Gelder für den "Wiederaufbau" und "Entwicklungsvorhaben" zur Verfügung, die zuvor militärisch gebunden waren. Das machte sich sofort in einer Wiederbelebung des Handels bemerkbar. Der deutsche Export in den Irak stieg 1988 auf 1,6 Milliarden DM und 1989 auf 2,2 Milliarden DM.[34] Alte "Entwicklungsprojekte" wie etwa der Bau der Stahlkocherei in Taji wurden wieder aufgegriffen und neue kamen hinzu. So wollte Daimler Benz zusammen mit dem irakischen „State Enterprise for Automotive Industries" 80 Kilometer südlich von Bagdad ein Werk für die Produktion von jährlich 1100 Lastkraftwagen und Omnibussen bauen.[35] 1990 zeigte sich jedoch, daß eine aus ökonomischen Gründen betriebene Unterstützung einer Diktatur einen "politischen" Preis haben kann, den die Konzernstrategen offenkundig nicht mitkalkuliert hatten.

Hohe Gewinnerwartung im Rüstungsgeschäft

Ein weiterer Grund, warum sich eine Reihe deutscher Firmen 1982 und 1983 nicht aus dem Irak zurückzogen, betraf die attraktiven Gewinnchancen, die sich auf dem neuen Rüstungsmarkt Irak boten und die durch die Konzentration der irakischen Regierung auf die Kriegsführung ab 1982 noch eine zusätzliche Bedeutung erhielten. Irak war vor 1980 für westliche Rüstungskonzerne ein weitgehend verschlossener Markt gewesen. Von 1958 bis 1970 kamen nach Angaben von SIPRI 80-90% der irakischen Großwaffenimporte aus der UdSSR.[36] Dennoch hatte sich der Irak bereits vor 1980 von der einseitigen Abhängigkeit von der UdSSR freizumachen versucht und Beziehungen zu französischen, italienischen und brasilianischen Rüstungskonzernen aufgebaut. Als die UdSSR nach dem irakischen Einmarsch in den Iran 1980 ein Waffenembargo gegen den Irak verhängte und zwei Jahre lang kei-



ne Waffen mehr lieferte, nutzte der Irak diese Kanäle und kaufte in großem Umfang Panzer, Flugzeuge und Schiffe in Italien, Frankreich, Brasilien und später in der Volksrepublik China ein.[37] Tendenziell zeichnete sich damit nicht nur im Bereich der zivilen Zulieferungen, sondern auch im Bereich der militärischen Großwaffenlieferungen eine prowestliche "Wende" des Irak ab. Da der Irak Anfang der achtziger Jahre als ein reiches Erdölland eingeschätzt wurde - er hatte Devisenreserven in Höhe von 30 Milliarden Dollar[38] -, bedeutete das gleichzeitig, daß sich hier ganz unerwartet ein attraktiver Rüstungsmarkt öffnete, auf dem Aufträge in Milliardenhöhe zu holen waren. Es ist deshalb "verständlich", daß ein wahrer "Run" auf den Irak einsetzte, von dem auch deutsche Firmen zu profitieren suchten.

Getarnte Rüstungsexporte aus der BRD in den Irak

Im Unterschied zu ihren Schwesterfirmen in Frankreich und Brasilien gab es für die Rüstungsfirmen der BRD jedoch zwei Hürden, die ihnen eine ganz bestimmte Verkaufsstrategie und -taktik aufzwangen. Erstens gibt es in der Bundesrepblik eine Gesetzgebung, aufgrund derer es grundsätzlich möglich ist, Rüstungsexporte ins Spannungs- und Kriegsgebiete zu untersagen.[39] Zweitens existiert in der BRD eine kritische Öffentlichkeit und eine Friedensbewegung, die von Zeit zu Zeit Druck auf die jeweilige Bundesregierung ausübt, diese Gesetzgebung anzuwenden.[40] Zwar waren diese Hürden keine unüberwindbaren Hindernisse, da es auf Seiten der soziale- und christlich-liberalen Regierungen den "politischen Willen", die tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten gegenüber dem Rüstungskapital auszunützen, nicht gab, und die Friedensbewegung sich gegenüber Kriegen in der 3.Welt ziemlich desinteressiert zeigte. Da ein Druck aus dieser Richtung dennoch ziemlich unangenehm werden konnte, entschieden sich die Rüstungsfirmen der BRD dafür, nur auf Umwegen und mit entsprechender Tarnung Waffenexporte in den Irak durchzuführen. Sie gingen dabei wie folgt vor:[41]

Erstens deklarierten sie Rüstungsgüter als Zivilgüter. So bezeichnete Gildemeier Projecta das militärische Forschungszentrum SAAD 16 als ziviles "Forschungs- und Entwicklungszentrum der Universität Mossul", Karl Kolb und Pilot Plant die Giftgasfabrik bei Samarra als "Pestizidfabrik" und Ferrostahl die Geschützfabrik bei Taji als "Universalschmiede".[42]

Zweitens lieferten sie legal an ein scheinbar unbeteiligtes Drittland, von dem aus dann an das eigentliche Empfängerland Irak weiterexportiert wurde. Eine besonders pfiffige Variante dieser Politik hat sich die Firma Consen einfallen lassen. Sie exportierte Teile für eine irakische Raketenfabrik zunächst nach Ägypten. Angeblich waren diese Ausrüstungsgegenstände für den Bau der ägyptischen Raketenfabrik bei Abu Zabaal bestimmt. Von Abu Zabaal wurden sie dann jedoch zu ihrem Bestimmungsort Mahmudiya im Irak geliefert und zu einer Raketenfabrik zusammengebaut. Daß man schlicht zwei Raketenfabriken baute, eine bei Abu Zabaal in Ägypten und eine bei Mahmudiya im Irak, fiel anscheinend keiner Behörde auf.[43]

Drittens produzierten sie gemeinsam mit ausländischen Firmen Waffen, die diese dann exportierten. So betreibt MBB zusammen mit der französischen Aerospatiale das Unternehmen Euromissile. Von 1980-1987 wurden von dieser Firma 90 Flugabwehrsysteme Roland, 900 Roland-2-Raketen, 638 Exocet-Raketen und 1760 Panzerabwehrraketen des Typs HOT und 4200 Panzerabwehrraketen des Typs Milan an den Irak geliefert.[44] Allerdings nicht von der BRD aus, sondern über Frankreich.

Viertens wurden Lizenzen an ausländische Rüstungsunternehmen vergeben, die die entsprechenden Waffen dann produzierten und exportierten. So wurden 1981/82 24 MBB-Helikopter des Typs Bo 105 teilweise mit 20 mm Kanonen von Oerlikon-Bührle ausgerüstet, von der spanischen Firma CASA in Lizenz montiert und an den Irak geliefert. MBB ist an CASA mit 11% beteiligt.[45]

Offiziell ergab sich damit die Möglichkeit, alles abzuleugnen und so zu tun, als wüßte man von nichts. In was für einem Umfang dennoch Waffen aus der BRD an den Irak geliefert wurden, zeigt ein Blick auf die Daten der amerikanischen Abrüstungsbehörde. In der Zeit von 1982-1986 waren nach deren Angaben nämlich Waffen im Werte von 625 Millionen US-Dollar aus der BRD in den Irak exportiert worden. Nach ihrer Statistik wäre die BRD damit die Nummer vier der Waffenlieferanten des Irak.[46] Daß jedoch auch mit diesen Daten die tatsächlichen Dimensionen der militärischen Lieferungen der BRD an den Irak immer noch nicht vollständig erfaßt sind, zeigt ein Blick auf die Kosten und Preise der eingangs dar-

Politischer Beistand für Exporte in den Irak

Generell vertraten die BRD-Regierungen der letzten 30 Jahre die Politik, Exporte zu fördern und möglichst wenig zu reglementieren, um die Position der BRD als große Exportnation dieser Welt und damit eine Grundlage des Reichtums "unseres" Landes nicht zu gefährden. Diese Politik schlug sich auch in der institutionellen Praxis der Exekutive und der Handhabung des rechtlichen Rahmens durch die Judikative nieder. So ergriff das für die Prüfung von Exportanträgen zuständige Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn eindeutig Partei - Präsident Dr. Rummer: "Wir sind ein Bundesamt für die Wirtschaft". Das Bundesamt bemüht sich um möglichst wenig bürokratische Reglementierung. "In Deutschland ist alles, was mit Einfuhr und Ausfuhr zu tun hat, mit weniger Papierkrieg verbunden als irgendwo anders", behauptete einer, der es wissen muß, Mr. Barbouti. Seine Haupttätigkeit scheint darin bestanden zu haben, darauf zu achten, daß alle Unterlagen beieinander sind, und irgendeine Firma oder ein Empfangsland den Endverbleib der Ware bestätigte. Eine inhaltliche Prüfung der Anträge mußte allein schon wegen der personellen Unterbesetzung unterbleiben. Wenn Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) festgestellt wurden, was äußerst selten war, wurde mit Bußgeldern reagiert. Dabei wurde zwischen einem geringen (200 - 500 DM), einem mäßigen (500 - 1000 DM), einem mittleren (1000 - 10.000 DM) und einem spürbaren Bußgeld (10.000 - 50.000 DM) unterschieden. So etwas steckte ein Großkonzern mit einem 100 Millionen DM-Auftrag natürlich mit einem Grinsen weg. Einleitungen von Strafverfahren und Verurteilungen wegen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) gab es kaum. So wurden 1986 zwar 700.000 Verurteilungen von Strafgerichten ausgesprochen, davon betrafen jedoch nur 60 das KWKG und eine(!!!) das AWG. "§34 AWG ist damit mit Abstand die am seltensten verletzte Strafnorm aller Straftatbestände oder aber die Norm, deren Einhaltung am wenigsten überwacht wird. Geriet ein Waffenexport dennoch einmal in die öffentliche Diskussion und gab es Anfragen im Parlament, dann stellte sich die Bundesregierung jedesmal - fast reflexartig - vor "ihre" Konzerne und verteidigte deren Tarnbehauptungen. Politischen Druck übte sie auf Rüstungskonzerne nur dann aus, wenn sie ihrerseits unter härtestem Druck aus den USA oder Israel stand. Fazit: Die BRD als Staat half eifrig mit, die Aktivitäten "ihrer" Konzerne im Irak abzusichern und zu ermöglichen.

gestellten Militärprojekte von BRD-Firmen im Irak:
Erstens dürfte allein das militärische Forschungszentrum SAAD 16 einen Wert von mindestens 750 Millionen US-Dollar repräsentieren.[47]
Zweitens wurden für die Raketenfabrik Mahmudiya mindestens 450 Millionen US-Dollar bezahlt.[48] Das aber würde bedeuten, daß allein die zwei Hauptprojekte der BRD-Rüstungsfirmen im Irak 1,2 Milliarden US-Dollar wert waren.

Harald Möller

Anmerkungen:

1) E. Ehrenberg, 1978, S.57
2) M. Brzoska und P. Lock, 1987, S.104
3) Der Spiegel Nr.15/1990, S.155
4) Der Spiegel Nr.3/1990, S.147
5) Sendung der BBC 1 vom 27.10.1986
6) Hans Branscheidt, Eine höhere Form des Tötens..., hier referiert nach BUKO-Kampagne"Stoppt den Rüstungsexport" u.a. 1989, S.136
7) Bundestagsdrucksache 10/1710 vom 2.7.84; hier wiedergegeben nach: Patriotische Union Kurdistans, o.J., S. 40
8) Sendung der ARD-Tagesthemen vom 18.8.1990
9) Sendung der BBC 1 vom 27.10.1986, hier wiedergeben nach: Patriotische Union Kurdistans, o.J. S. 47.
10) Egmont R. Koch, 1988, S.277
11) Sendung der BBC 1 vom 27.10.1986
12) ebd
13) Egmont R. Koch, 1988, S. 283
14) Egmont R. Koch, 1988, S. 280-289, s.a. Stern Nr. 51/1987, S. 204-6
15) Holger Koppe und Egmont, R. Koch, 1990, S. 337-8
16) Stern Nr. 5/1989, S. 153
17) Holger Koppe und Egmont R. Koch, 1990, S. 331-334
18) ebd S. 331 und 335-6
19) ebd S. 330
20) Der Spiegel Nr. 28/1990, S.55
21) ebd
22) Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher 1952, 1962, 1972, 1978, 1982, 1989, HB 3/4.8.90
23) MEED 13.3.1981, S.19
24) ebd
25) Wirtschaftswoche Nr. 9/1982, S. 96
26) siehe Anm. 22
27) BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport", 1987, S. 16 und 18
28) MEED 30.1.1981, S.20
29) MEED 10.10.1980, S.33-34
30) MEED 3.4.1981, S. 12-13
31) MEED 4.2.1983, S. 17
32) Der Großauftrag für die Firma Schenker dürfte in einem militärstrategischen Zusammenhang zu sehen sein
33) siehe Anm. 22
34) ebd
35) Die Zeit Nr. 34/1990, S. 21
36) M. Brzoska und T. Ohlson, 1987, S. 344
37) ASTA der Freien Universität Berlin (Hrsg.), Irak-Iran, Internationale Dimensionen eines regionalen Konfliktes, Berlin 1988, S. 13-16
38) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Irak 1984, Wiesbaden 1984, S. 54
39) A. Mechtersheimer und B. Barth, 1988, S. 228-9
40) entfällt
41) BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport", 1987, s. 9-11
42) s. die Angaben im Teil II dieser Arbeit
43) H. Koppe und E.R. Koch, 1990, S. 329-336
44) Die Daten sind berechnet nach: M. Brzoska und T. Ohlson, 1987, S. 191-2
45) BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport", 1987, S. 16
46) US ACDA, 1988, s. 129
47) H. Koppe und E.R. Koch, 1990, S. 339
48) ebd, S. 305

Literatur

BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", medico international, Sozialistische Zeitung (Hrsg), Händler des Todes - Bundesdeutsche Rüstungs- und Giftgasexporte im Golfkrieg und nach Libyen, Köln 1989
BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", Der profitable Krieg Iran-Irak, Bremen 1987
Michael Brzoska und Peter Lock, Rüstungsproduktion und Nuklearindustrie in der Dritten Welt, Frankfurt 1987
Michael Brzoska und Thomas Ohlson, Arms Transfers to the Third World 1971-85, Oxford New York 1987
Eckehart Ehrenberg, Rüstung und Wirtschaft am Golf - Iran und seine Nachbarn (1965-1987), Hamburg 1978
Saddam Hussein, Ökonomie und Management in der sozialistischen Gesellschaft, Bagdad 1988
Egmont R. Koch, Grenzenlose Geschäfte - Organisierte Wirtschaftskriminalität in Europa, München 1988
Holger Koppe und Egmont R. Koch, Bomben-Geschäfte. Tödliche Waffen für die Dritte Welt, München 1990
Alfred Mechtersheimer und Peter Barth (Hrsg), Militarisierungsatlas der Bundesrepublik - Streitkräfte, Waffen und Standorte, Kosten und Risiken, Darmstadt 1988
Patriotische Union Kurdistans, Halabja - Kurdistans Hiroshima, Berlin (West) o.J.
Jürgen Roth, Die illegalen deutschen Waffengeschäfte und ihre internationalen Verflechtungen. Hundert Jahre Kriegskartell, Frankfurt/Main 1988
Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI Yearbook 1988 - World Armaments and Disarmament, Oxford 1988
Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch..., Stuttgart (verschiedene Jahrgänge)



Frauen in Botswana

Die politische, ökonomische und soziale Position der Frauen in Botswana wird durch zahlreiche Faktoren bestimmt. Ausschlaggebend sind insbesondere die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Migration der Männer in die Minen Südafrikas und in die Städte sowie die zunehmende Integration der Frauen in die Marktwirtschaft. Die Auswirkungen dieser Entwicklung, die die Situation der Frauen maßgebend bestimmen, sind jedoch nicht eindeutig positiv oder negativ. Vier Frauen aus Botswana berichten über ihr Arbeitsfeld, ihre politischen Einschätzungen und die spezifischen Probleme von Frauen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen.



Näherinnen vor dem Supermarkt, Gabarone — Foto: Brigitte Hasenjürgen

Botswana, ein dünn besiedeltes semiarides Land in unmittelbarer Nachbarschaft zu Südafrika, wurde nach 80-jährigem Status als englisches Protektorat (Bechuanaland") 1966 unabhängig. Zu diesem Zeitpunkt lebte die Mehrheit der Batswana von den mageren Ernten des Ackerbaus und von der Rinderwirtschaft. In den Dörfern des südlichen Distrikts arbeitete fast die gesamte männliche Erwerbsbevölkerung in den Minen Südafrikas. Die postkoloniale Entwicklung des Landes führte zu fundamentalen Veränderungen der ökonomischen und sozialen Struktur - einige Ökonomen sehen Botswana vorschnell als Beispiel für ein erfolgreiches Entwicklungsmodell und als Vorbild für andere Länder Afrikas. Die enormen Wachstumsraten in der Industrie sind im wesentlichen auf den Bergbau und die Diamantengewinnung zurückzuführen.
Die international zu den größten zählenden Diamantenminen wurden, welch ein Glücksfall, erst zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit entdeckt. Motor der Entwicklung ist die spezifische Interaktion hoher ausländischer Privatinvestoren mit einer stabilen Regierung, die von den führenden gesellschaftlichen Kräften, den traditionellen Führern der Volksgruppen (chiefs), den Viehbaronen und der neuen afrikanischen Elite (LehrerInnen, Angestellte im öffentlichen Dienst, LadenbesitzerInnen) gestützt wird. Die Diamantengesellschaft „Debswana" ist ein joint venture der Regierung Botswanas und dem südafrikanischen De Beers-Konzern (50%).
Die expandierende Minenindustrie hatte in den letzten 20 Jahren jedoch nur wenig Ausstrahlungseffekte auf die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes und die Schaffung von arbeitsintensiven Beschäftigungsverhältnissen in den Dörfern und Städten. Auch die ländliche Bevölkerung ist heute auf Lohnarbeit angewiesen.
Obwohl es die erklärte Politik der Regierung ist, ihre Einnahmen aus dem Berg- und Tagebau zur Entwicklung von Infrastruktur, Bildung und der ländlichen Gebiete zu verwenden, in denen immer noch fast 80% der Bevölkerung leben, wurde dort bisher kaum investiert. Die Landbevölkerung kann sich immer weniger ausreichend versorgen, die meisten sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Etwa 90% der Nahrungsmittel werden importiert. Die Produktion der Grundnahrungsmittel Sorghum, Mais und Bohnen ist in den 80er Jahren sogar gesunken. Die traditionelle Rinderzucht führte zu einer katastrophalen Überweidung weiter Landstriche. Sie bildet immer noch eine wichtige, aber nicht ausreichende Lebensgrundlage der Landbevölkerung. Denn 2-3% der Bevölkerung besitzen allein 50% der Rinder. Landflucht in großem Ausmaß ist die

Folge. Zur Überlebenssicherung von Frauen und Männern ist heute eine möglichst effektive Kombination von verschiedenen Tätigkeiten innerhalb des sogenannten Haushalts: Ackerbau, Viehhaltung und Lohnarbeit wichtig.

Die folgenden Berichte basieren auf qualitativen Interviews, die ich im Sommer 1988 durchgeführt habe - ausgewählt unter 16 Interviews mit Parteifrauen, Mitarbeiterinnen in Ministerien, Forscherinnen, Sozialarbeiterinnen, Entwicklungshelferinnen und Mitgliedern von autonomen Gruppen.[1] Meinen Interviewpartnerinnen ist gemeinsam, daß sie einen höheren Schul- bzw. Universitätsabschluß, eine längere Berufserfahrung und ein eigenes Einkommen besitzen. Fast alle wohnen und arbeiten in der Hauptstadt, aufgewachsen sind die meisten im Dorf. Thema ihrer praktischen oder theoretischen Arbeit sind frauenspezifische Probleme im städtischen und ländlichen Raum.

Leitende Fragestellung für meine Interviews war, wie diese botswanischen Frauen ihre Situation einschätzen, welche Probleme sie für dominant halten und wie sie sich selbst zu Themen wie Subsistenz, Modernisierung und Emanzipation äußern, die in Westeuropa diskutiert werden. Das Interesse der international noch nicht sehr zahlreichen, insbesondere englischen, US-amerikanischen und skandinavischen ForscherInnen an der Situation der botswanischen Frau konzentriert sich auf deren Rolle in der Subsistenzwirtschaft und die weiblichen Haushaltsvorstände.

Darüberhinaus interessierte mich die national verfügbare Literatur zur Frauenfrage und die Organisation von Frauen. War ich doch von zurückkehrenden Reisenden gewarnt worden: die Batswana seien ein rückständiges Volk ohne eigenständige Kultur und ohne Bereitschaft, in irgendeiner Form effektiv zu arbeiten. Diese völlig unsinnige, eurozentrische Beurteilung von AfrikanerInnen ist, wie ich feststellen mußte, auch unter westlichen Experten und Entwicklungshelfern verbreitet; das historische Gewordensein von Produktions- und Reproduktionsverhältnissen berücksichtigen sie nicht.

Meine Recherchen in Botswana haben meine Vermutungen bezüglich der Situation von Frauen teils bestätigt, teils korrigiert.

Die in Westeuropa und den USA mit Vehemenz geführte Subsistenzdebatte lenkt die Aufmerksamkeit der ForscherInnen auf das traditionelle, in seiner gesellschaftlichen Relevanz jedoch nicht anerkannte Arbeitsfeld der Frauen.[2] Damit begegnet sie der Diskriminierung eines wesentlichen Bereichs der Reproduktion, der zur Lebenspraxis von Frauen gehört.

Ein Streitpunkt des Diskurses betrifft die Frage der Verwertung von Frauenarbeit - weltweit. Einige Konzepte vernachlässigen die konkreten, auf Basis unterschiedlicher historischer, ökonomischer und kultureller Traditionen gewachsenen Formen der Subsistenzarbeiten. Diese Forschungsrichtung richtet ihr Interesse auf scheinbar international wirkende Ausbeutungsmodelle - z.B. die Appropriationsgewalt des weißen Mannes, die zur Zerstörung der Subsistenzproduktion führt. Einen Gegenpol bildet in diesem Ansatz die Subsistenzarbeit leistende Frau. Ihre naturverbundene und nicht für den (Welt-) Markt produzierende, spezifisch weibliche Tätigkeit wird zum Ausgangspunkt gesellschaftsverändernder Praxis erklärt.

Die skizzierte Herangehensweise blendet gesellschaftliche Widersprüche landesspezifischer Entwicklungsprozesse zugunsten ahistorischer (Geschlechter- und Natur-Technik-) Dualismen aus. Das Beispiel Botswana - wie wohl jedes andere Land auch - zeigt aber, daß z.B. eine Verklärung der Subsistenzproduktion bei der Analyse der realen Situation der botswanischen Bäuerin nicht greift: ländliche Subsistenzproduktion in Botswana ist ein historisch gewachsenes Produktionsverhältnis, das für die Frauen schon immer auch eine Schattenseite hatte - die fehlende Verfügung über gesellschaftliche Macht. Heute ist die Bedeutung der Frauen in der Landwirtschaft laut meiner Interviewpartnerinnen immer noch groß, doch in der Regel nicht ausreichend zur eigenen Existenzsicherung; viele Landfrauen leben in bitterer Armut. Hierfür läßt sich keine einzelne primäre Ursache - etwa die Modernisierung - ausmachen; es handelt sich um ein komplexes Zusammenspiel landes- bzw. regionalspezifischer Prozesse und Strukturen.

Die befragten Frauen schätzten die Veränderungen der letzten Jahre positiver ein als von mir erwartet. In der Diskussion westlicher Feministinnen findet sich immer wieder die pauschale Negation der "Modernisierung", die mit der Ausbreitung der Marktwirtschaft einhergeht, als Ursache der Unterdrückung von Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Hinter dem ideologischen Etikett gesellschaftlicher Modernisierung verbirgt sich jedoch, wie hier beispielhaft für Botswana deutlich wird, ein sehr heterogener Prozeß der Veränderung wie Konservierung struktureller Abhängigkeiten und Ungleichzeitigkeiten: traditionelle, kollektive Handlungsmuster auf dem Land werden durch Differenzierungsprozesse innerhalb der Dorfbevölkerung und durch neue städtische Lebensweisen aufgebrochen; für Frauen eröffnen sich Möglichkeiten der Emanzipation, neue Abhängigkeiten entstehen durch von Marktmechanismen diktierte Arbeits- und Produktionsverhältnisse. In diesem Prozeß tiefgreifender Strukturveränderungen sind auch die Frauen mit teils konträren gesellschaftspolitischen Interessenlagen involviert.

Die Interviews machen deutlich, daß es die Frau in Botswana so wenig gibt, wie die Deutsche; so teilt z.B. die botswanische Akademikerin mit mir Gemeinsamkeiten, die sie von der botswanischen Bäuerin eher trennen. Was bedeutet es, wenn westliche AkademikerInnen, wie ich es immer wieder beobachtet habe, die botswanische "Elite" als nicht repräsentativ für das Land ignorieren und sich der Mehrheit, der Landbevölkerung zuwenden? Versuchen wir etwa in fernen Ländern gut zu machen, was uns hier an Träumen verloren gegangen ist: die praktizierte Solidarität mit den unmittelbaren ProduzentInnen gegen einen gemeinsamen Feind?

Für mich hat sich eine systematische Anknüpfung an den in Botswana bereits vorhandenen Arbeiten zur Frauenfrage als sinnvoll erwiesen. Ich lernte Botswana als ein Land in einer besonderen historischen Situation kennen, dessen Probleme teils den unseren ähneln (z.B. die kulturelle und ökonomische Dominanz der Männer) und teils ganz spezifisch sind (z.B. die ökonomische Dominanz Südafrikas und dessen Einfluß auch auf einkommenschaffende Maßnahmen für Frauen). Zu allen Fragen des Alltags sowie zu wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten besten private und öffentliche Diskurse, es existieren entsprechende Verwaltungs- und Ausbildungsstrukturen; Männer und Frauen erfahre ich als Subjekte ihrer Geschichte. Ich fand ein Netzwerk von Frauengruppen und -organisationen sowie Einzelpersonen verschiedener politischer Strömungen und gesellschaftlicher Situierungen mit differenzierter Strategie- und Bündnispolitik.

Demgegenüber legt die in Teilen der Frauenforschung praktizierte ausschließliche Diskussion von Unterdrückung und Diskriminierung der sogenannten Dritte-Welt-Frau diese auf eine Opferrolle fest. Die Analyse der sehr komplizierten Prozesse der sozialen Reproduktion des Geschlechterverhältnisses in Botswana negiert die Konstruktion der botswanischen Frauen als homogene machtlose Gruppen die über den Objektstatus nicht hinauskommt. Die Interviews verdeutlichen die widerspruchsvolle Einbindung von Frauen und Fraueninteressen in gesellschaftliche Strukturen und zeigen Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen und Lernprozesse auf, die die Akteurinnen selbst initiieren.

Im folgenden berichten vier Expertinnen des botswanischen Entwicklungsprozesses: eine Gewerkschafterin, eine Soziologin im Agrarministerium, eine Sozialarbeiterin im Dorf und die Mitarbeiterin einer autonomen Frauengruppe. Sie vermitteln die Bandbreite der Lebenswirklichkeit der Frauen in Botswana - auf einen Kommentar wird bewußt verzichtet.

Brigitte Hasenjürgen

Ich habe die Nase voll von „small is beautiful"

Mrs. Onalenna Letamo
Botswana Trade Unions
Gaborone

Seit einem Jahr arbeite ich in der Gewerkschaft. Diese Stelle habe ich wegen meiner hohen Ausbildung bekommen; sie ist für drei Jahre finanziert von ausländischen Geldgebern. Ich arbeite an einem Konzept für ein Ausbildungsprogramm für Frauen, die in der Gewerkschaft organisiert sind. Ich bin hier die einzige Frau, außer Sekretärinnen, Putzfrauen und Botinnen. Es ist ein harter Job, sich in einer reinen Männerwelt zu behaupten. Sie haben Angst vor mehr gut ausgebildeten Frauen, geben nichts ab.

Die Gewerkschaft vertritt ausschließlich den formellen Sektor, also ca. ein Drittel der Erwebsbevölkerung - davon 40% Frauen. Die Schulausbildung der Mädchen verglichen mit anderen developing countries ist relativ gut. Es gibt Klassen in den Grundschulen, in denen mehr Mädchen als Jungen sitzen; die Jungen werden zum Rinderhüten gebraucht. Unser Hauptproblem ist der Eintritt von Frauen ins Berufsleben.



Tankwärterinnen, Gabarone **Foto: Brigitte Hasenjürgen**

Es gibt nur wenig ausgebildete weibliche Fachkräfte, die meisten Frauen arbeiten auf Hilfsarbeiterinnenniveau und verdienen entsprechend wenig. Der monatliche Durchschnittslohn in Botswana ist 200 DM, der Verdienst der maids (Hausangestellte, B.H.) ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Eine Primarschullehrerin bekommt z.B. 360 DM im Monat, eine einfache Schreibkraft 200 DM, eine Arbeiterin in der Fabrik kann 300 bis 400 DM verdienen, eine Putzfrau oder Botin hat 100 DM und maids werden mit 20 DM aufwärts bezahlt.

In höheren Positionen fehlen Frauen, nur im Bankenwesen ist das anders: von 80 Managern und ihren Stellvertretern sind 20 Frauen; allerdings muß auch hier eine Frau Akademikerin sein, ein Mann muß das nicht.

Frauen ergreifen meist bestimmte Berufe im Dienstleistungsbereich. Sie werden Krankenschwester, Lehrerin, Friseuse usw. Meiner Meinung nach könnten Frauen durchaus auch in den Minen arbeiten, etwa als Ingenieurin, als Krankenschwester usw. Ich bin dagegen, daß ausländische Entwicklungsdienste Nähprojekte unterstützen - sie sollten lieber für eine vielfältige Berufsausbildung der Mädchen sorgen.

Seit kurzem haben wir ein neues Gesetz für Schwangere: 3 Monate Mutterschaftsurlaub mit 50% des Lohns - die Frauen müssen nach den 3 Monaten wieder eingestellt werden, und sie können pro Tag eine gewisse Zeit stillen. Als nächstes setzen wir uns jetzt für die volle Auszahlung des Lohns während des Mutterschaftsurlaubs ein.

Insgesamt kann ich sagen, daß das Schlimmste die geringe berufliche Ausbildung und Erfahrung von Frauen im Berufsleben ist. Dadurch fehlt vielen der Mut zur Eigeninitiative, auch halten immer noch einige Väter ihre Töchter von der Ausbildung fern.

Ein weiteres großes Problem sind die hohen Mieten, die die Löhne kaputt machen. Es kommt vor, daß eine Putzfrau, die 100 DM verdient, 70 DM Miete für einen kleinen Raum bezahlt, in dem sie mit ihren Kindern wohnt. Die servants' quarters, die eigentlich für maids vorgesehen sind, werden häufig an besser bezahlende Mieter weitergegeben; die maids, die neu in die Stadt kommen, schlafen auf engstem Raum bei Verwandten.

Nein, die domestic servants vertritt die Gewerkschaft nicht. Ihre Situation ist Tabu bei allen - bei der Gewerkschaft und bei den Akademikerinnen in Frauenorganisationen. Es besteht ein handfester Interessenkonflikt z.B. zwischen Müttern, die arbeiten gehen wollen und eine billige Kinder-

aufpasserin brauchen und den maids, die oft für einen Hungerlohn arbeiten, weil sie nichts besseres finden. Selbst eine Putzfrau mit 100 DM kann sich eine maid für 20 DM leisten. Ich selbst zahlte z.B. 60 DM dafür, daß meine maid kocht, wäscht, saubermacht und auf meine Kinder aufpaßt, sonst müßte ich meine Mutter in meinem Heimatdorf weit weg von hier darum bitten. Von diesen 60 DM zahlt meine maid 30 DM für einen kleinen Raum; ich weiß auch nicht, wie sie überlebt.
Die Berufsgruppe der domestic servants ist groß - insgesamt sind es ca. 20.000. Alle Frauen vom Land fangen so an, sie hoffen auf etwas besseres. Sie besuchen Abendschulen, um z.B. tippen zu lernen. Sie kommen, weil sie auf dem Land kein Geld verdienen können, bleiben aber in Kontakt zu ihren Dörfern und kehren oft nach einigen Jahren in der Stadt zurück. In der Gewerkschaft wird die Forderung nach einem Mindestlohn von 100 DM für domestic servants diskutiert, der Staat kontrolliert ja auch alle anderen Löhne. Doch ich glaube, ein Mindestlohn wird unterlaufen - oder die maids werden ihre Jobs verlieren.
Warum ich meine Kinder bei mir haben will? Die Mehrheit der Batswana lebt noch nach dem alten Muster: auf die Kinder wird von der Großmutter auf dem Land aufgepaßt und die junge Mutter arbeitet in der Stadt - doch das ist ein schreckliches Leben. Untersuchungen, die diese alten Kommunikationsformen positiv sehen, sind oft unrealistisch. Die Großfamilien auf dem Land geben uns nicht mehr den Halt, sie befinden sich allmählich in Auflösung; Sozialfälle, besonders unter den Alten, im Dorf nehmen zu. So werden Kinder zunehmend bei der Mutter in der Stadt gelassen. Und wenn meine Kinder im Dorf blieben, müßte ich nicht nur für sie, sondern für die ganze Familie sorgen.
Welche Vorteile und welche Nachteile die letzten Jahre gebracht haben? Frauen leben heute selbständiger - Du kannst sie überall antreffen, in den Läden und Bars, in Büros, ja sie gehören zum öffentlichen Leben.
Unser größtes Problem ist die Landflucht. Es ist eine verrückte Idee der Leute zu glauben, daß es ihnen ohne Schutz der community im Rücken in der Stadt besser geht. Besonders Männer ziehen in die Städte und vergessen ihre Familien. Was wir dringend brauchen, sind Ausbildungsplätze auf dem Land - und zwar für Männer und Frauen. Zur Zeit werden nur Männer z.B. zu Maurern ausgebildet, obwohl das Häuserbauen traditionell Frauenarbeit ist.

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Landwirtschaft

Die Bäuerinnen haben eine bedeutende Rolle in der Landwirtschaft; sie übernehmen z.B. die meisten anfallenden Arbeiten im Ackerbau.
Das Herzstück der Ökonomie, die Viehwirtschaft, liegt jedoch bis heute im wesentlichen in den Händen der Männer. Viehbesitz bestimmt den gesellschaftlichen Status und versetzte Männer aufgrund der Akkumulationsmöglichkeiten in eine andere historische Position: mit wachsender Angewiesenheit der Tswana-Völker auf den Handel seit Anfang des 19. Jahrhunderts hatten sie die Möglichkeit, Vieh gegen notwendige Güter wie Kupfer und Pflüge zu tauschen; Frauen waren von dieser Entwicklung ausgeschlossen. So waren Tswana-Frauen unabhängige Produzentinnen in der Subsistenzwirtschaft, aber unfähig, sich Surplus anzueignen. Nicht die Arbeitsaufteilung an sich ist die Ursache der Unterdrückung der Frau, sondern die mit ihr verknüpfte Aufteilung der Rechte und des Besitzes.
Heute spielt der Getreidebau ökonomisch endgültig ein Schattendasein gegenüber der Vieh- und neuerdings auch der Diamantenwirtschaft. In den Getreideanbau wurde noch nie investiert, er verbleibt auf Subsistenzniveau.

Mrs. Yvonne Merafe

Ministry of Agriculture
Rural Sociology
Gaborone

Über 90% der ländlichen Haushalte können nicht genügend Nahrung produzieren und der Getreideanbau hat nur für 4% der Haushalte ausgereicht. Und trotzdem geht es nicht darum, entweder die Subsistenzwirtschaft auszubauen und zu stützen oder den Frauen zu anderen einkommenschaffenden Möglichkeiten zu verhelfen, um die Landwirtschaft aufgeben zu können - diese Alternative ist rein theoretisch. Immer noch leben fast 80% der Menschen auf dem Land, sind ländlich orientiert und wollen es auch bleiben. Zudem fehlt ihnen die entsprechende Ausbildung für den formellen Sektor in der Stadt, es gibt dort auch keine Wohnungen und immer weniger Arbeit. Von daher muß eins unserer Ziele auch die Beratung und Ausbildung der Frauen in der Landwirtschaft sein. Frauen können nicht nur handarbeiten, sie sollen auch Elektrikerinnen werden. Frauenprojekte müssen mit mehr Technologie ausgestattet werden, ich habe die Nase voll von 'small is beautiful', das klingt wie 'it's enough for women'.
Auf dem Land leben heißt nicht nur Ackerbau, also das Anbauen und Ernten von Hirse, Mais und Melonen. Es gab schon immer eine breite Palette von Beschäftigungen für Frauen: das Bierbrauen, die Bienenzucht, Verkauf von Nahrung. Männer haben natürlich wie überall mehr und gewinnbringendere Möglichkeiten: die tradionelle Viehzucht und die Minenarbeit - früher gingen sie alle nach Südafrika, heute arbeiten sie in den eigenen Diamantenminen.

Wir kritisieren die bestehenden Agrarprogramme in Botswana. Sie setzen zu allgemein an, nach dem Motto: alle sitzen in einem Boot. Es hat sich gezeigt, daß das nicht stimmt: die Frauen konnten die Programme in der Vergangenheit weniger für sich nutzen. Allmählich versuchen wir den Frauen Gehör zu verschaffen; denn sie haben spezifische Probleme. Wir wollen Probleme nicht wie bisher mit technischen Lösungen angehen, sondern durch Forschungen zu den soziokulturellen Hintergründen feststellen, welche Unterstützungen die Frauen selbst wollen und worin sie sich jeweils von anderen Frauen unterscheiden. Im Gegensatz zu bestehenden Versuchen der Nivellierung der Bevölkerung zu einer Nation, betonen wir die Heterogenität der Zielgruppe. Z.B. haben die Fischerfrauen in Ngamiland im Norden andere Probleme als die Bäuerinnen im südlichen Distrikt, ihre Kultur und ihre Traditionen sind verschieden. Oder ein anderes Beispiel: die weiblichen Haushaltsvorstände in Botswana sind nicht per se benachteiligt, auch wenn sie statistisch zu den marginalen Gruppen auf dem Land gehören.

Frauenförderung auf dem Land kann auch heißen, besondere Kredite zu vergeben - bisher sieht nur ein Programm eine spezielle Vergabe vor. Sie kann auch bedeuten, den Frauen Esel statt Ochsen zum Pflügen zur Verfügung zu stellen, weil sie leichter zu handhaben sind. Oder wir können das Bierbrauen stützen, diese traditionelle Frauentätigkeit ist neben Vieh die wichtigste Möglichkeit der Umverteilung von Geld hin zu den Armen. Wichtig sind auch Änderungen der gesetzlichen Lage. Auch verheiratete Frauen müssen wie alleinstehende Frauen das Recht haben, Land zu erwerben.

Was die Gesetze angeht, so stehen unverheiratete Frauen besser da, was glaubst Du, warum so viele allein leben? Doch auf dem Land sind viele Frauen unfreiwillig allein oder haben nur für kurze Zeit einen Freund. Ihre Männer sind in den Minen in Südafrika oder in der Stadt, sie kommen oft nicht zurück.

Was ich von der Modernisierung halte? Sie hat viele Vorteile und Nachteile für Frauen - es ist ein komplizierter und widersprüchlicher Prozeß. Wir müssen das noch genauer untersuchen.

Ms. Moilwa

Central district department of social and community development
Serowe

Die Frauen auf dem Land sind die beasts of burden. Z.B. kann es bei einem Umzug durchaus passieren, daß die Frau mit Sachen von oben bis unten bepackt ist, während der Mann, sich auf einen Stock stützend, nebenherläuft. Sobald ein Mann im Haus ist, ist er der Herr und Meister, ist die Frau allein, übernimmt sie die ganze Arbeit und Verantwortung.

Ich arbeite hier als ausgebildete Sozialarbeiterin. Im Schnitt stehen drei Sozialarbeiterinnen jeweils vier Dörfern zur Verfügung. Ich selbst leite den Bereich home economis für den ganzen Distrikt. Sonderprogramme für Frauen gibt es nicht, doch praktisch arbeite ich hier nur für Frauen - man nennt mich hier: 'the poison to our women'. Zum Bereich home economics gehören Stricken, Nähen, Kochen Wissen über die richtige Ernährungsweise, den Gartenbau und Haushaltsführung. Bei unserer Arbeit geht es um zwei Ziele: zum einen um die Erhöhung des Lebensstandards der einzelnen Haushalte, und zum anderen um einen Zuverdienst für Frauen. Sie brauchen Geld, um Ochsen auszuleihen, die Schuluniformen für die Kinder zu kaufen, für Seife. Wir gehen so vor, daß wir an den traditionellen Formen der Organisation von Frauen anknüpfen. Schon immer haben ja viele Haushalte zusammen die Arbeit organisiert. Oder wir hören uns an, welche Probleme auf den kgotlas (traditionelle Versammlungsorte in den Dörfern, B.H.) auftauchen, die wir dann in Kursen und Versammlungen vertiefend bearbeiten. Ein aktuelles Thema ist z.B. die Beteiligung von Frauen in den Dorfentwicklungskomitees; dort schmeißen die Frauen die Arbeit. Das ist ungewohnt für die Männer, traditionell ist die Frau das Kind des Mannes und hat nichts zu sagen. Ich lache mich manchmal kaputt, wenn ich die Frauen auf den kgotlas beobachte. Früher durften sie gar nicht teilnehmen, heute haben die chiefs[3] es manchmal schwer, sie kommen mit ihren Argumentationen in die Zwickmühle. Die Frauen sind im Kommen, doch es ist ein schwerer Weg. Viele wissen nicht um ihre Rechte und was ihnen Selbstorganisation nützen kann. Frauen zu organisieren ist hier schon deshalb schwierig, weil sie mehrere Monate im Jahr auf den Feldern sind, die oft weit weg vom Dorf liegen.
Dann haben wir noch eine lange Liste von Projekten, in fast jedem Dorf dieser Region befinden sich ein bis zwei oder sogar drei Projekte. Viele scheitern, viele sind erfolgreich wie z.B. die Kindertagesstätte oder das Nähprojekt für Schuluniformen. Die Regierung fördert insbesondere Gruppenprojekte. Doch damit haben die Frauen die größten Schwierigkeiten; selbst wenn die Zusammenarbeit im Projekt klappt, können die ins Projekt getragenen Familienschwierigkeiten das Projekt kippen. Dann macht uns die Konkurrenz der südafrikanischen Waren zu schaffen, da sich die Mehrzahl der Projekte noch in der Aufbauphase befinden. Sobald einmal ein Projekt Produkte in ausreichender Stückzahl und Qualität aufweisen kann, werden wir die Regierung zur Protektion gegen südafrikanische Waren auffordern. Auf der letzten großen Frauenversammlung am 8. März haben die Projektfrauen gesagt, was ihre Hauptprobleme sind: zum einen brauchen sie Geld. Leider haben die Entwicklungshilfeorganisationen keinen Draht zu den Dörfern; einmal hat eine Organisation ein Frauenprogramm gestoppt, weil ihr angeblich die Zielgruppe fehlte, das ist lächerlich. Zum anderen fehlen ausgebildete Kräfte und Ausbilderinnen.

Neben unserer Arbeit gibt es noch die kgotla - die traditionelle Form der Beratung und des Streitschlichtens durch den chief auf dem Dorfplatz. Sozialarbeiterinnen und der chief arbeiten nebeneinander. Manchmal überwiegt die Konkurrenz, manchmal schickt auch der chief Leute zu uns. Ich glaube, daß Menschen mit geringerer Ausbildung eher den chief um Rat bitten, viele nutzen auch beide Anlaufstellen. Zu uns kommen hauptsächlich Frauen, sie haben die meisten Probleme. Ihre Themen sind, daß sie von ihren Männern geschlagen werden oder daß ihre Männer nicht nach Hause kommen und daß ihre Kinder nicht zur Schule gehen.

Was ich gut finde an der Entwicklung? Auf jeden Fall hat sich der Lebensstandard auf dem Land gebessert. Es gibt jetzt Toiletten und sauberes Wasser, die Ernährung ist vielfältiger geworden, nur die Alten legen darauf keinen Wert. Ich begrüße auch die zunehmenden Aktivitäten der Frauen im Dorf. Unser Problem ist die Landflucht. Auch kommunizieren die Menschen heute weniger miteinander, es ist weniger Verlaß aufeinander, was durch die Abwanderung in die Städte gefördert wird. So lebten die jungen Leute früher in engster Nachbarschaft zu ihren Eltern und Verwandten, die wenn nötig auch Streit schlichteten, je nach Sachlage für die Frau oder den Mann. Wird heute eine Frau, die in der Stadt lebt, vergewaltigt und von der Polizei zur Klärung des Falles in ihr Dorf geschickt, so sind der Weg oft weit, die Eltern vielleicht nicht erreichbar, oder die community hat für den Mann an Autorität verloren, er hört nicht mehr auf sie.

Migration und Women Headed Households

U.a. aufgrund der die Sozialstruktur bis heute bestimmenden Migration der Männer nach Südafrika und in die Städte gibt es in Botswana 30-40% Haushalte, die von Frauen geführt werden.
Von Frauen geführte Haushalte sind im Vergleich zur statistischen Mehrheit gekennzeichnet durch geringe Anbauflächen, Ernten und Einkommen. Weibliche Haushaltsvorstände haben im Schnitt weniger Geld zum Ausleihen von Arbeitskräften, von Zugkraft in Form von Ochsen und zur Bezahlung des Traktorservice; ihre Pflugzeit liegt besonders spät, alleinstehende Frauen werden zuletzt bedient. Viele sind nicht in der Lage, die Arbeiten des Mannes zu übernehmen - sie geben den Nahrungsmittelanbau ganz oder teilweise auf.
Migration ist jedoch nicht allein Männersache. Obwohl Tswana-Frauen in der Geschichte schon immer migriert sind - zu den von den Dörfern weit entfernt liegenden Feldern, als Saisonarbeiterinnen zu den wenigen privatwirtschaftlich arbeitenden Großfarmen, in die Städte Südafrikas und zunehmend des eigenen Landes und nicht zu schweigen von ihrer Ortsveränderung aufgrund patrilokaler Heiratsregeln -, sind sie als Arbeiterinnen und Migrantinnen in den Forschungen vernachlässigt worden (Izzard 1985). Tswana-Frauen sind nicht „the women left behind", ihr Leben besteht in der Regel aus unterschiedlichen Phasen, in denen sie mal als Migrantin oder Zurückkehrende, mal als Zurückbleibende und Bäuerin aktiv zum Lebensunterhalt der Familie beitragen.
In diesem Sinne ist die Mehrheit der Frauen in Botswana in einer Phase ihres Lebens Haushaltsvorstand; die sogenannten women headed households sind keine geschlossene Gruppe.

Ms. Motsei Madisa

Emang Basadi
Gaborone

Emang Basadi haben wir 1986 gegründet.[4] Anlaß war ein neues Gesetz, das die verheirateten Frauen diskriminiert. Die Gesetzeslage ist für die alleinstehenden Frauen im Moment besser als für die verheirateten Frauen. Je mehr Ausbildung eine Frau heutzutage genossen hat, desto weniger denkt sie an Heirat. Tendenz ist, daß gut ausgebildete Männer sich lieber weniger qualifizierte Frauen suchen, die sie besser kontrollieren können.
Heute hat Emang Basadi 70 Mitglieder, auch einige Männer. Finanzielle Unterstützung erhalten wir von einer Entwicklungsorganisation, die keine Bedingungen stellt, aber es reicht nicht.

Die meisten von uns sind gut ausgebildet und wohnen in den Städten Gaborone, Francistown und Lobatse. Wir haben kein Büro, treffen uns oft informell, offiziell in der Regel alle drei Monate. Unser größtes Problem ist, daß wir so wenig Zeit haben; wir sind berufstätig, einige haben Kinder. Neulich schrieb mir eine Freundin,die zur Zeit in den Niederlanden ist, sie sei schokkiert über die Probleme der Holländerinnen, Kinder und Beruf nicht vereinbaren zu können - wir haben hier die maids.

Am Anfang stieß Emang Basadi auf viele Feindseligkeiten und zwar von Seiten der Männer und der alt eingesessenen Frauengruppen, die Angst vor Konkurrenz hatten. Man warf uns Militanz vor, daß wir von zu Hause weggelaufen wären und daß wir ja alle zur Elite gehören würden. Andere bezeichneten uns als U-Boot der Botswana National Front BNF (Oppositionspartei, B.H.), in der außer mir noch einige Mitglieder sind.
Doch Emang Basadi hat alles unternommen, um in einen Austausch mit anderen Frauengruppen zu treten, mittlerweile haben wir das auch geschafft. Es ist doch so, daß wir nur deshalb entstehen konnten, weil andere Gruppen den Boden bereitet haben. Heute übernehmen wir oft die Funktion der "Antreiberin"; z.B. fordern wir immer die Women's Affairs Unit (staatliche Frauenstelle, B.H.) heraus.
In Botswana sind die Frauen seit der Unabhängigkeit kein Thema gewesen. Wir haben nur eine einzige Frau, die Macht hat, das ist die Ministerin für Außenpolitik; sie ist nicht frauenbewußt. Die Parteien sind reine Männerparteien, obwohl Frauen an der Basis die Aktiveren sind. Ich selbst bin z.B. seit 1974 in der Partei, man hat mir noch keinen guten Posten angeboten. Ein Mann, der erst 10 Jahre später eintritt, wird sofort gefragt.

Das Programm der Regierung und die Praxis gehen oft auseinander. Ein Beispiel: Immer mehr Schülerinnen werden schwanger; sie sitzen zwischen zwei Stühlen, weder funktionieren die traditionellen Formen der Erziehung - z.B. mußten sie früher bei einbrechender Dunkelheit zu Hause sein-, noch werden sie für das moderne Leben aufgeklärt, über Sexualität wird nicht gesprochen. Das Erziehungsministerium sichert den jungen Müttern nach 12-monatiger Pause einen Schulplatz zu. Doch alle anderen Probleme sind nicht geregelt und konterkarieren diese Maßnahme. Meistens muß die Mutter als maid arbeiten, um genug Geld für sich und das Kind zu haben. Der Vater kann sich seiner gesetzlichen Unterhaltsverpflichtung von 40 DM im Monat oft entziehen - 140 Anfragen können mangels Personal derzeit nicht bearbeitet werden. Auch muß auf das Kind aufgepaßt werden, ein Hort ist zu teuer und die Menschen auf dem Land arbeiten auf Subsistenzbasis, sie haben kein cash. Obendrein müssen die Schülerinnen dann noch an eine andere Schule. Genaue Zahlen über drop outs liegen nicht vor, doch sie sind sehr hoch.

Über solche und andere Probleme informieren wir, organisieren mit Betroffenen Versammlungen und diskutieren überall die Frauenfrage, um die wirtschaftliche und soziale Situation der Frauen zu verändern. Unsere Hauptaufgabe ist die Aufbereitung und Verbreitung von Informationen von und für Frauen - auch in Setswana. Was ich von der Modernisierung der letzten Jahre halte? Die Entwicklung hat den Frauen im Großen und Ganzen Vorteile gebracht. Frauen verlassen das Haus. Selbst wenn sie als maid arbeiten, haben sie mehr Selbständigkeit als in dem alten Familienverband; in der Subsistenzwirtschaft hängen sie vom Mann ab, der über das wenige eingenommene Geld verfügt.

Wir können nicht die Entwicklung zurückschrauben und zur traditionellen Lebensweise zurückkehren. Die chiefs und andere Konservative lieben den Ausspruch "traditionally we don't do that". Sie gebrauchen ihn, wann immer er ihnen in den Kram paßt. Für mich ist das eine Form, Frauen weiterhin zu unterdrücken; denn traditionell hat sie eine ziemlich niedrige Position. Ich habe schon immer behauptet, daß Kultur nicht statisch ist und in diesem Punkt stimmen alle zu. Warum soll sie statisch sein, wenn es um Dinge geht, die Frauen betreffen?

Die Interviews führte Brigitte Hasenjürgen

Anmerkungen:
1) Die Interviews wurden in englicher Sprache durchgeführt. Die vier vorliegenden Texte sind keine wortwörtlichen Übersetzungen, sondern sinngetreue Zusammenfassungen der Interviews.
Die Autorin arbeitet zu internationalen und frauenspezifischen Fragestellungen. 1986-88 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im interdisziplinären Aufbaustudium "Dritte Welt", Bremen. In diesem Rahmen stand auch die Reise nach Botswana. Die Auswertung der Interviews und weiterer Untersuchungen zur frauenspezifischen Situation des Landes fanden u.a. Eingang in die Lehrveranstaltungen der Autorin an der Universität Bremen.
2) Lenz, Ilse 1988: Liebe, Brot und Freiheit: Zur neueren Diskussion um die Subsistenzproduktion, Technik und Emanzipation in der Frauenforschung. In: beiträge 21/22, Köln 167-181.
3) Die chiefs spielen immer noch eine wichtige Rolle, sie sind nicht chief im alten Sinn, aber Teil des modernen Systems. Sie sind nicht eindeutig zu beurteilen. Viele unter ihnen benutzen ihre Autorität und den Verweis auf die Kultur, um keine Veränderung zuzulassen; ein chief (von Mochudi) sticht nach Meinung meiner Interviewpartnerinnen positiv ab, da er Frauen aktiv unterstützt. In jedem Fall ist eine Zusammenarbeit mit den chiefs unvermeidlich - auf dem Land, aber wenn auch in geringerem Umfang in der Stadt.
4) Emang Basadi bedeutet ungefähr "Frauen, steht auf"

Eine ausführliche Literaturliste kann beim iz3w angefordert werden.

Organisationen und Kontakte

Emang Basadi
Women's Association
P.O. Box 1829
Gaborone

Business and Professional
Women's Club of Botswana
Mrs. Nozibho Mabe
Bank of Botswana
Gaborone

Mosadi (Frauenzeitschrift)
Business Manager
P.O. Box 41042
Gaborone

Botswana Council of Women
Mrs. Rosina Mannathoko
P.O. Box 339
Gaborone

Botswana Young Women's
Christian Association
Mrs. M. Vanga
P.O. Box 359
Gaborone

Botswana Democratic Party
(Regierungspartei)
Women's Wing
Botswana Road
Tsholetsa House
Gaborone

Botswana Federation of
Trade Unions
Women's Wing
P.O. Box 440
Botswana

Demokratie auf kolumbianisch



Fast wie in der guten alten Zeit regiert nun unter dem neuen kolumbianischen Präsidenten Gaviria ein Kabinett das Land, dem nicht nur Mitglieder seiner liberalen Partei, sondern auch Mitglieder der konservativen Partei und sogar der Vorsitzende der ehemaligen Guerillaorganisation M-19, Navarro Wolff, als MinisterInnen angehören.
Bis in die 70er Jahre hatten sich konservative und liberale Partei in Präsidenten- und Regierungsämtern abgewechselt und diese nach genauen Absprachen untereinander aufgeteilt. Die Wahlen fanden dann nur noch als formaler Akt der Bestätigung dieser Parteiabsprachen statt. Die Interessen der Herrschenden fanden so ihre optimale Verwirklichung. Die Aufnahme von Konservativen und von Navarro Wolff in die neue Regierung signalisiert ein Zusammenrücken in schwierigen Zeiten. Interessant ist, daß sich die M-19, die sich als linke Opposition zum Kurs der Herrschenden betrachtet, in diesen Konsens mit einem Ministerposten einbinden ließ.


Carlos Pizarro

In Kolumbien sind 18,5 Mill. Menschen wahlberechtigt. Hiervon gingen 5,9 Mill. zu den Wahlurnen. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 32%. Von den abgegebenen Stimmen hat Gaviria knapp 50% erhalten. D.h. Cesar Gaviria reichten die Stimmen von 15% aller Wahlberechtigten, um bei den Präsidentschaftswahlen am 27.5.90 als Sieger durchs Ziel zu gehen. Ein Wahlergebnis also, das einem US-Präsidenten würdig ist.
Damit wird deutlich, wie relativ die kolumbianische Demokratie, die von bürgerlicher Presse bis taz hoch eingeschätzt wird, in Wirklichkeit zu bewerten ist.
Wichtige linke Organisationen hatten von vornherein zum Wahlboykott aufgerufen (A Luchar) oder ihre Teilnahme an der Wahl zurückgezogen, nachdem ihr Kandidat ermordet worden war (Union Patriotica, UP).
Ein weiterer Grund für die hohe Wahlenthaltung ist sicher auch die historische Erfahrung der kolumbianischen Bevölkerung mit dem Zwei-Parteien-System.

Gaviria hatte bei den Wahlen ein leichtes Spiel, nachdem sein parteiinterner Gegenkandidat Galan im letzten Jahr ermordet wurde, die sozial-konservative Partei gespalten war und die wichtigsten Kandidaten der Opposition (Bernardo Jaramillo, UP und Carlos Pizarro, M-19) 'rechtzeitig' vor der Wahl ermordet worden waren.
Morde, die praktischerweise dem Drogen-Kartell zugeschoben wurden, in Wirklichkeit aber ihre Ursachen in den brutalen Methoden, mit denen nahezu alle Teile der Herrschenden gegen eine auch nur gemäßigte Opposition vorgehen, begründet liegen, egal wer im Einzelfall jeweils den konkreten Mordauftrag gibt und den Killer bezahlt.
Eine der wichtigsten Wahlversprechungen von Gaviria war der Kampf gegen die Para-Militärs und die Drogen-Kartelle.
Während er eine gnadenlose Verfolgung der Drogen-Barone ankündigte, ließ sein Parteifreund und Vorgänger Barco geheime Verhandlungen mit den Kartellen führen, um eine allzu große Eskalation des sogenannten Drogenkrieges zu verhindern. Nach seiner Amtseinführung hat Gaviria eine Überprüfung und Einschränkung der Auslieferungspraxis angekündigt.

Wissen doch alle, daß ohne die Einnahmen aus dem Drogengeschäft - nach Schätzungen fließen hieraus immerhin 10 Mrd. US-$ jährlich nach Kolumbien - dessen Wirtschaft noch schlechter dastehen würde. Mit den Drogendollars steht die kolumbianische Wirtschaft im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern halbwegs stabil da, und Kolumbien kommt - für die Metropolen besonders wichtig - seinen Schulden- und Zinszahlungen regelmäßig nach. Der - zumindest vorgegebene - Kampf gegen die sogenannte Drogenmafia ist, ebenso wie die Durchführung 'demokratischer' Wahlen, Teil des Preises für die Unterstützung der kolumbianischen Regierung durch die USA und diese wiederum ist Voraussetzung für einen halbwegs erfolgreichen Kampf gegen die Guerilla in Kolumbien, der ebenso im Interesse der kolumbianischen Oligarchie wie der USA liegt. Die USA befürwortet den Kampf gegen die Guerilla, weil diese das kapitalistische Gesellschaftssystem und insbesondere den Einfluß der USA in Kolumbien und den Profit von US-Konzernen z.B. im Erdöl- und Bananensektor angreift. Beispielsweise mit ihrer Forderung nach einer Nationalisierung der Bodenschätze.
Auf dem sogenannten Drogengipfel von Cartagena hat US-Präsident Bush Kolumbien, Bolivien und Peru nochmals klar gemacht, daß zumindest öffentlich eine harte Gangart gegen den Drogenhandel einzuschlagen ist.
Ist das Drogenproblem - nach dem Wegfall des Kommunismus als Feindbild - doch praktisch zur ideologischen Haupt-

schablone geworden, dem alle Übel dieser Welt angelastet werden können. Entsprechend intensiv ist der Kampf der USA dagegen zu führen.
Wen kümmert es da, daß der Drogenhandel eigentlich das Problem der USA und der EG-Staaten ist, wo die Drogen vermarktet werden und das dortige Kapital den größten Teil der Gewinne aus diesem Geschäft abschöpft, während die Länder des Trikonts nur eine in den Metropolen bestehende und von dort gesteuerte Nachfrage befriedigen.
Daß die Bauern und Bäuerinnen, weil sie für Koka höhere Preise erzielen als für andere landwirtschaftliche Güter, lieber Koka anbauen, entspricht exakt den ansonsten so geschätzten Gesetzen des freien Marktes. Ebenso marktrational wie die einzelne Bäuerin verhält sich auch die Wirtschaft Kolumbiens, die beispielsweise den Zusammenbruch des Kaffeepreises, der nach der Nicht-Verlängerung des internationalen Kaffeeabkommens eingetreten ist, verkraften und ausgleichen muß.
So hat der kolumbianische Staat kein Interesse daran, den Drogenexport zu unterbinden, muß dies aber aus außenpolitischen Gründen der Weltöffentlichkeit, die jedes Kilogramm beschlagnahmtes Kokain begierig abfilmt, vorgaukeln.

Angesichts einer Politik, die sogar Drogenbosse verfolgt und ausliefert, ist es nicht einfach, die Interessengegensätze und -übereinstimmungen zwischen einzelnen Gruppen der kolumbianischen herrschenden Klasse zu erkennen und zu differenzieren.
Wie oben bereits dargestellt, findet sich die Oligarchie, soweit sie sich parteiförmig organisiert, in der liberalen und konservativen Partei wieder. Die Drogenkartelle als 'neue' Oligarchie förderten und finanzierten traditionell Personen in beiden Parteien und waren dort auch personell vertreten. Mit der Zunahme ihrer ökonomischen Bedeutung 'bedrohte' sie die Macht der 'traditionellen' Oligarchie, woraus sich ein Teil des bestehenden Widerspruchs zwischen 'neuer' und 'traditioneller' Oligarchie erklärt, ein anderer erklärt sich aus der beschriebenen außenpolitischen Rücksichtnahme gegenüber dem Ausland und insbesondere den USA. Bei der Auslieferung spielen auch Meinungsunterschiede zwischen den einzelnen Drogen-Kartellen ein Rolle.
Die Auseinandersetzung zwischen 'traditioneller' Oligarchie und Drogenkartellen hat jedoch nie - und das gilt bis heute - zu einem Bruch zwischen den beiden Gruppen geführt. Ein weiterer Grund, weshalb der kolumbianische Staat ein Interesse daran hat, seinen Kampf gegen die Drogenkartelle möglichst groß erscheinen zu lassen, sind die Waffenlieferungen aus den USA, die angeblich zum Einsatz gegen die Drogenbarone nötig sind, in Wirklichkeit jedoch im schmutzigen Krieg gegen die Bevölkerung, oppositionelle Bewegungen und die Guerilla eingesetzt werden. Diese Lieferungen lassen sich innenpolitisch viel besser legitimieren, wenn damit der neue Erzfeind Drogen bekämpft wird.
Dieser Krieg gegen Bevölkerung und Linke ist auch im Interesse der USA, wird doch damit eine Regierung stabilisiert, deren Politik im wesentlichen den Interessen der USA entspricht. In der Tat legt die USA ihren 'Hinterhof' noch enger an ihre Kette, indem sie Soldaten - bisher noch als Ausbilder deklariert - in Kolumbien stationiert und verschiedene Militärinstallationen, wie Radarstationen, aufbaut, die zur Kontrolle des ganzen Kontinents benützt werden.
Womit sich der vielfältig verflochtene Kreis aus US-Regierung, kolumbianischer Regierung und sogenannter Drogenmafia, in ihrem gemeinsamen Interesse jede und insbesondere die bewaffnete Opposition zu bekämpfen und damit jede grundsätzliche Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen zu verhindern, schließt.
Wenn dabei hin und wieder ein Politiker einer der herrschenden Parteien (Galan) oder der Drogenkartelle erschossen wird, dann ist das Teil der Austragung von Meinungsunterschieden zwischen den Herrschenden, ohne daß das über ihre grundsätzliche Interessenidentität hinwegtäuschen sollte.
Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Aufstellung, Finanzierung und Ausbil-



Heute Kartoffeln, morgen Koka?

dung von Todesschwadronen durch die Drogenkartelle. Diese Todesschwadrone nehmen der Regierung einen Teil des schmutzigen Krieges gegen Linke und Bevölkerung ab, werden jedoch vom Militär und der Justiz gedeckt, wie sich zuletzt bei den Untersuchungen gegen die Verantwortlichen am Massaker von Segovia, die im Sande verlaufen sind, gezeigt hat. In der Öffentlichkeit kann sich die Regierung jedoch von den Morden distanzieren und die Todesschwadrone als Verantwortliche deklarieren und ihre eigene Verantwortung negieren.
Wenn zwei von ca. 200 Todesschwadronen ihre Auflösung im Zuge des Friedensprozesses bekanntgeben, kann dies nur als Augenwischerei gesehen werden.



„Wächter der Demokratie" in Medellin

Dem Unmut großer Teile der Bevölkerung und dem vielfältigen Widerstand gegen das Regime sollte mit einem Reformprojekt begegnet werden, der sogenannten verfassungsgebenden Versammlung (asamblea constitucional). Damit wird versucht die Forderung breiter Teile der Opposition nach einer neuen Verfassung und nach einer die realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse widerspiegelnden verfassungsgebenden Versammlung (constituyente) aufzufangen. Der Vorschlag eine solche Versammlung einzurichten, wurde bei den Präsidentschaftswahlen zur Abstimmung gestellt und erhielt über 90% Zustimmung.
Zwar unterstützten nahezu alle politischen Kräfte dieses Projekt, nur meinen sie jeweils etwas anderes damit.
Die traditionellen Parteien (liberale und sozial-konservative) wollen die asamblea constitucional im wesentlichen entsprechend den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen zusammensetzen, auch wenn der Text, der zur Abstimmung gestellt wurde, lautet: „Zur Stärkung der Demokratie, stimmen Sie für die Einberufung einer asamblea constitucional unter Einbeziehung der sozialen, politischen und regionalen Kräfte des Landes, demokratisch und das Volk einbeziehend, um die Verfassung Kolumbiens zu reformieren." Mensch kann sich denken, daß trotzdem, angesichts einer über 80%igen Mehrheit der Parteien der Oligarchie, nur kosmetische Änderungen geplant sind.
So hat Gaviria in ersten Gesprächen nach der Wahl, in der es um die Zusammensetzung der asamblea constitucional geht, auch nur mit den VertreterInnen der traditionellen Parteien und nicht mit denen der linken Opposition oder mit solchen von Massenorganisationen verhandelt.
Die Opposition wird sich mit ihrer Forderung nach einer Zusammensetzung der Constituyente entspechend den wirklichen gesellschaftlichen Mehrheitsverhältnissen, und das heißt insbesondere unter Berücksichtigung der Massenorganisationen (Gewerkschaften, Bauernorganisation etc.) kaum durchsetzen. Entsprechend läßt sich auch ihr Ziel, über die Constituyente eine Verschiebung im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis zugunsten der Unterdrückten und Benachteiligten zu erreichen, nicht verwirklichen. Die Forderungen nach einer Constituyente sind jedoch Bestandteil ihrer Strategie der breiteren Politisierung der Bevölkerung.
Kein Wunder, daß in einem Land, das seit Jahrzehnten mit dem Mittel des Ausnahmezustandes regiert wird und wo über Jahrzehnte immer wieder von Verfassungs- und grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen nur geredet wird, die Linke kein Zutrauen in die Versprechungen der Regierung hat. So stellt die Zeitung Opcion fest, daß die asamblea constitucional der Versuch der Bourgeoisie ist, „ihren Weg erneut zu legitimieren", daß es aber nicht darum geht, „die Tür zur Beteiligung der Bevölkerung zu öffnen". (Opcion 5/90, S. 12ff)
Neben dem Versuch ihre demokratischen Intentionen nach innen und außen zu beweisen, versuchen die Herrschenden mit der asamblea constitucional zugleich den Druck auf die Opposition zu erhöhen und deren Unterstützung in der Bevölkerung zu vermindern.
Diese Strategie ist auch nicht ganz erfolglos, haben doch Teile der Opposition den Verlockungen nachgegeben, dem bewaffneten Kampf abgeschworen und sich der parlamentarischen Arbeit zu den Bedingungen der Oligarchie gestellt. In der Linken können jetzt im wesentlichen zwei Lager beobachtet werden. Eine Gruppe, die sich deutlich von jeder Gewalt und damit auch der Guerilla distanziert und eine zweite, die den bewaffneten Kampf als legitimes Mittel der Auseinandersetzung mit den herrschenden Kräften betrachtet.

An der Spitze der 'gewaltlosen Bewegung' steht die M-19. Diese ehemalige Guerillabewegung, die aber schon seit einigen Jahren militärisch faktisch keine Rolle mehr spielt, hat Anfang März dieses Jahres ihre Waffen endgültig niedergelegt und sich zur politischen Partei gewandelt. Die Waffenniederlegung erfolgte in einer spektakulären Übergabeaktion an VertreterInnen der sozialistischen Internationale, die aus den Gewehren ein Denkmal schmelzen wollte.
Die Aufgabe des bewaffneten Kampfes erfolgte ohne Gegenleistungen der Regierung in wirtschaftlichen oder sozialen Fragen, nur unter der Zusicherung, daß die M-19 als legale Partei zugelassen wird und die Mitglieder unbehelligt am politischen Leben teilnehmen dürfen.
Es ist bekannt, daß die Sozialistische Internationale und in ihr die SPD der BRD schon seit langem gute Kontakte zur M-19 und ihrem bisherigen Chef, Carlos Pizarro hatte und diesem zu einer Aufgabe einer bewaffneten Politik geraten und davon weitere Unterstützung abhängig gemacht hat.
Bei einer Bewertung der Politik der M-19 ist außerdem zu berücksichtigen, daß sie niemals eine sozialistische Ausrichtung hatte, sondern sich immer als primär nationalistische Bewegung verstand. Ihre Mitglieder setzen sich - im Gegensatz zu den anderen bewaffneten Gruppen primär aus intellektuellen und studentischen Kreisen der Mittel- und Oberschicht zusammen.
Da in Kolumbien bis heute eine sozialdemokratische Partei fehlt, und die Parteien der Oligarchie mehrheitlich reaktionär geprägt sind, scheint der Spielraum für ein sozialdemokatisches Politikprojekt zu bestehen. Damit sollen - wie überall auf der Welt - die sozialen und gesellschaftlichen Konflikte abgefedert werden, um die Mehrheit der Bevölkerung mit dem kapitalistischen System zu versöhnen.
Die M-19 ist die Keimzelle dieses Projekts und mit 12% für ihren Kandidaten Navarro Wolffbei den Präsidentschaftswahlen 1990 hat sie fürs Erste auch ein relativ beachtliches Ergebnis erzielt, wenn dieses auch durch die tatsächliche Stim-

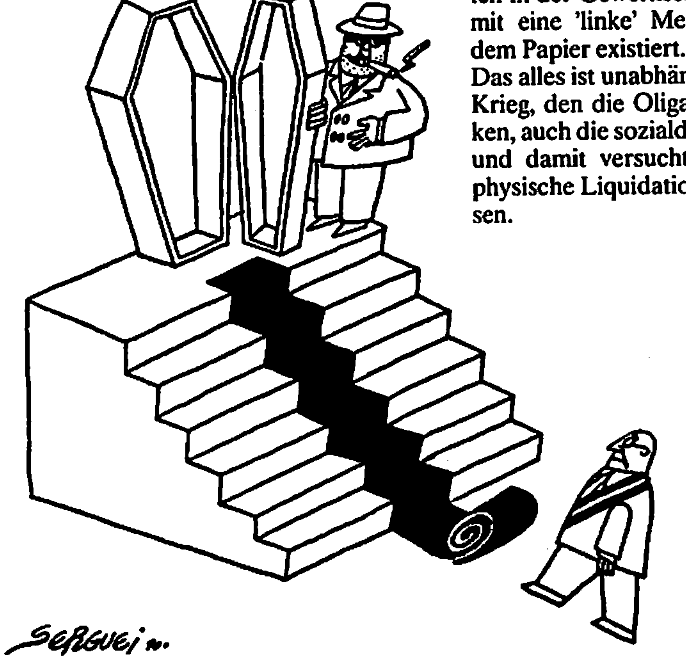

Navarro Wolff

menzahl deutlich relativiert wird. Ihre Politik wurde jetzt mit einem - wenn auch unbedeutenden - Ministersessel honoriert.
Auch wenn die M-19 in den letzten Jahren militärisch unbedeutend war, so stellte ihre Waffenniederlegung doch einen ideologischen Erfolg für die Herrschenden dar.
Ein -wenn auch kleiner Teil - des EPL (eine weitere der in der Koordination Simon Bolivar zusammengefaßten Guerilla-Gruppen) unter der Führung des EPL-Kommandanten Bernardo Gutierrez ist ihr gefolgt und ist jetzt ebenfalls dabei sich in das zivile Leben zu integrieren. Neben der M-19 gehören der 'Neuen Bewegung für den Frieden' Teile der Union Patriotica (UP) und der kommunistischen Partei, die Frente Popular, eine relevante Massenorganisation und zahlreiche kleinere Gruppen der Linken an.

Pizarro und nach dessen Ermordung Navarro Wolff waren die Präsidentschaftskandidaten dieser Bewegung. In der Gründungserklärung der Bewegung heißt es, daß Kolumbien den Frieden benötigt und der einzige Weg zum Frieden der Dialog und Verhandlungen sind.
Mit dieser Passage war die klare Trennung zu allen Gruppen, die entweder im bewaffneten Kampf stehen (FARC, UC/ELN u.a.) oder diesen zumindest als legitimes Mittel der Auseinandersetzung betrachten, vollzogen. Trotzdem honorieren nur Teile der Herrschenden diese Politik. Dies wird durch die Ermordung von zwei Spitzenkandidaten dieser Bewegung (Jaramillo und Pizarro) deutlich.
Damit droht sich das Schicksal der Union Patriotica (UP), die in ihrer legalen Existenz von knapp 5 Jahren bereits mehr als 1000 ermordete aktive Mitglieder zu beklagen hat, zu wiederholen. Bernardo Jaramillo, der offizielle Kandidat der UP wurde am 26.4.90 ermordet. Die UP (-Mehrheit) zog daraus die Konsequenz, ihre Beteiligung an der Farce der Wahlen aus Protest gegen diesen Mord an ihrem Spitzenkandidaten zurückzuziehen. Die 'Neue Bewegung' stellte einen Kandidaten auf und erhielt prompt die Quittung, auch Carlos Pizarro wurde ermordet.

Der Versuch der Regierung, die Morde der Drogenmafia in die Schuhe zu schieben ist durchsichtig. Diese hatte kein unmittelbares Interesse, Jaramillo und Pizarro zu ermorden, da beide aus Gründen nationaler Souveränität gegen eine Auslieferung von Mitgliedern der Drogenkartelle an die USA öffentlich aufgetreten waren. Entsprechend erklärte der Chef des Drogenkartells von Medellin, Pablo Escobar, nach der Ermordung Jaramillos in einem Zeitungsinterview, daß er mit diesem Mord nichts zu tun habe. Diese punktuelle 'Gemeinsamkeit' ändert nichts an der Tatsache, daß die Drogenkartelle an einer grundsätzlichen Änderung der gesellschaftspolitischen Strukturen (z.B. einer Landreform) kein Interesse haben, da dadurch die ökonomische Basis ihrer Macht angegriffen würde.

Die Zuordnung der Morde - deren Urheberschaft nicht aufklärbar ist - macht angesichts der Verfilzung der herrschenden Sektoren von Oligarchie, Regierung, traditionellen Parteien, Drogenkartellen, Militärs und Paramilitärs auch nur einen propagandistischen Sinn. Offensichtlich will der reaktionäre Teil der Bourgeoisie, der durchaus vorherrschend ist, nicht einmal eine sozialdemokratische Beteiligung an der Verwaltung seiner Machtpositionen hinnehmen, sondern setzt weiter auf die Karte der brutalen Repressionen zur Machterhaltung.
Diese wird allerdings vereinfacht, wenn Teile der Opposition sich als demokratisches Feigenblatt für solch eine Politik zur Verfügung stellen.



Die Politik der radikalen Linken in Kolumbien ist heute in einer schwierigen Situation. „Der Vorschlag der asamblea constitucional hat die Linke und die Revolution in einer schwierigen Situation getroffen. Der Zerfall des 'realen' Sozialismus, begleitet von einer Verstärkung der reformistischen Politik in Kolumbien hat der Rechten Aufwind gegeben" (Opcion a.a.O.).
Dies trifft zunächst die bewaffneten Organisationen. Dadurch, daß ein Teil der in der Koordination Simon Bolivar zusammengefaßten Gruppen ihre Waffen niedergelegt haben, hat sich deren militärische Schlagkraft vermindert. Die größten Gruppen FARC und UC/ELN sind jedoch von dieser Tendenz zur Niederlegung der Waffen bis heute nicht betroffen, doch erhöht sich auch auf sie der Druck, durch Verhandlungen zu einem 'Kompromiß' mit der Regierung zu kommen. Solche Verhandlungen hat die UC/ELN bisher immer abgelehnt. Sieht sie darin doch nur einen Versuch der Schwächung des Widerstandes durch die Herrschenden, ohne daß diese zu realen Zugeständnissen in gesellschaftlich wichtigen Fragen bereit sind. Die kämpfende Guerilla hat dagegen immer reale Veränderungen in den bestehenden Unterdrükkungsverhältnissen ins Zentrum ihrer politischen Forderungen gestellt.
In den gesellschaftlichen Massenorganisationen, und das gilt insbesondere für den Gewerkschaftsdachverband CUT, konnte die Linke und in ihr die radikale Linke (A Luchar, UP) zwar ihren Einfluß stärken. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, daß sich die reformistischen Tendenzen verstärken werden, und daß die Gruppen, die jetzt der 'Neuen Bewegung für den Frieden' angehören, teilweise mit den Rechten in der Gewerkschaft stimmen und damit eine 'linke' Mehrheit nur noch auf dem Papier existiert.
Das alles ist unabhängig vom schmutzigen Krieg, den die Oligarchie gegen alle Linken, auch die sozialdemokratischen, führt, und damit versucht ihr Problem durch physische Liquidation ihrer Gegner zu lösen.

Thomas Fruth

Vorbemerkung

Zehn Jahre sind seit dem letzten Militärputsch in der Türkei am 12.9.1980 vergangen — für die „blätter" ein Anlaß, den Entwicklungen in diesem NATO — Staat einen Themenblock zu widmen. Im Vordergrund sollen dabei neben einer Bilanz der von den Militärs und der Özal-Regierung verfolgten Politik die wirtschaftlichen und politischen Konstellationen stehen, welche sich als bestimmend für die 90er Jahre erweisen könnten.

Die alle Bereiche des gesellschaftlich-politischen Lebens der Türkei durchziehende Repression ist Ausgangspunkt vieler Beiträge dieses Blockes. So wählt der Artikel über ArbeiterInnenwiderstand und Gewerkschaften als Ausgang die von der Autorin persönlich beobachtete blutige Niederschlagung der Demonstrationen und Proteste am 1. Mai dieses Jahres in Istanbul.

Ein Artikel beleuchtet die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, unter dem Blickwinkel der Umsetzung der vom IWF verlangten Exportorientierung und der diese begleitenden sozialen Verelendung. Die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen und die sich trotz aller Exporterfolge weiter verschärfenden ökonomischen Krisenerscheinungen stellen eben dieses Modell in Frage.

Die Rolle der Frauen im gesellschaftlichen Leben der Türkei und im politischen Widerstand ist Thema eines weiteren Beitrags.

Die übrigen Artikel und damit gut die Hälfte dieses Themenblockes kreisen um das Thema Kurdistan. Das große Gewicht dieser Thematik erscheint uns deshalb gerechtfertigt, da die Ereignisse in türkisch-Kurdistan sich seit einiger Zeit erheblich zuspitzen und heute wesentlich die politischen Diskussionen und Entwicklungen in der Türkei beherrschen. Auch von offizieller Seite wird die Tatsache des Kriegszustandes in Kurdistan inzwischen allgemein zugegeben. Die Analyse der politischen Lage in Kurdistan im Artikel „Nachrichtensperre über Kurdistan" wird ergänzt durch einen Reisebericht, der aus der Sicht der Autoren u.a. das Verhältnis der Bevölkerung zur Guerilla der PKK beschreibt.

Eine weitere wichtige Komponente der Situation in türkisch Kurdistan bildet das „Südostanatolien Projekt" (GAP). Mit diesem zur Zeit weltweit gigantischsten Staudammprojekt hofft die Türkei nicht nur einen Prozess der Durchkapitalisierung und damit verbunden der Befriedung der kurdischen Region durch die endgültige Zerstörung der Grundlagen kurdischer Identität zu erreichen. Die GAP-Region spielt auch eine wichtige Rolle für die Ambitionen der Türkei als regionale Ordnungsmacht für den nahen und mittleren Osten und als ökonomische Drehscheibe auch zu den sich neu öffnenden Märkten des ehemaligen Ostblocks, z.B. in der südlichen Sowjetunion. Vor allem diese zuletzt genannten Aspekte stehen daher im Mittelpunkt der abgedruckten Beiträge zum GAP-Projekt und der Bedeutung Nordwest-Kurdistans für die Außenbeziehungen der Türkei.

Bei der Themenblockplanung hat uns die aktuelle Entwicklung der durch den Überfall Iraks auf Kuwait entstandenen Golfkrise sozusagen „überrollt". An den in den abgedruckten Artikeln geäußerten Einschätzungen hat sich dadurch allerdings im grundsätzlichen u.E. nichts geändert, was sich u.a. in dem doch recht vorsichtigen Taktieren der Türkei im Rahmen ihrer Verpflichtungen als NATO-Mitglied zeigt. Natürlich ist mit der Beteiligung der Türkei an den westlichen Sanktionen gegen den Irak eine deutliche Abkühlung bzw. mögliche Konfrontation zum südlichen Nachbarn Irak verbunden. So dürften die in dem Artikel „Außenbeziehungen..." erwähnten Sonderkredite von 800 Mio Dollar der Türkei an den Irak für die Türkei vorläufig abgeschrieben sein (sie sollten in irakischem Öl abgeglichen werden) und einen gewichtigen Teil der Rechnung von 2 Mrd. Dollar darstellen, die der türkische Präsident Özal US-Außenminister Baker bei dessen Besuch in Ankara als Preis der türkischen Beteiligung am UNO — Boykott aufmachte. Die kurdische Bevölkerung fühlt sich bei dieser Entwicklung zurecht zwischen allen Fronten, selbst ein militärischer Schlagabtausch zwischen Türkei und Irak dürfte v.a. zu ihren Lasten geführt werden.

Schließlich wird in einem letzten Beitrag die hoffnungslose Lage der irakisch-kurdischen Flüchtlinge in den Lagern der Türkei dargestellt. Auch diese wird sich durch die Golfkrise zusätzlich komplizieren, da sich die Türkei dadurch einem weiteren unerwünschten Flüchtlingsstrom aus dem Irak ausgesetzt sieht.

Auf eine ausführliche Darstellung der Realität von Repression und Menschenrechtsverletzungen hinter der Fassade der „Demokratie" in der Türkei mußten wir aus Platzgründen verzichten. Einige neuere Publikationen zum Thema Menschenrechtsverletzungen, politische Prozesse, Folter etc. werden aber im Themenblock vorgestellt. Die Tatsache, daß mit der Verfassung von 1983 wesentliche Bestandteile der Militärdiktatur institutionalisert wurden, ist auch in den blättern bereits mehrfach thematisiert worden (vgl. z.B. Heft 129). Sie zeigt sich aktuell an den im Zusammenhang mit den Aufständen im türkisch besetzten Teil Kurdistans getroffenen Maßnahmen um das (in verschiedenen Artikeln des Themenschwerpunkts erwähnte) „Dekret mit Gesetzeskraft Nr.413". Dazu gehören eine Verschärfung der Pressezensur, die Schaffung sogenannter „verbotener Zonen" und Sondervollmachten des Militärgouverneurs in den kurdischen Provinzen unter Ausnahmerecht.

Diese in verschiedenen linken und liberalen türkischen Publikationen als „kalter Putsch" bezeichnete Machterweiterung der im nationalen Sicherheitsrat immer noch bestimmenden Militärs zeigen auch, daß die „klassischen" Elemente eines Militärputsches (Auflösung des Parlaments, Aufhebung der Verfassung, Einsetzung einer Junta etc.) zur Herstellung diktatorischer Verhältnisse heute in der Türkei überflüssig sind. Dies kann alles per Dekret im Rahmen der bestehenden „demokratischen" Verfassung geregelt werden, und findet meist auch die Zustimmung bzw. widerspruchslose Hinnahme der im Parlament vertretenen Parteien.

Der 1. Mai und die Gewerkschaften

Die Bilanz des 1. Mai 1990 in der Türkei — über 3000 Verhaftungen, offiziell mehr als 50 Verletzte und nicht zu vergessen, die Studentin Gülay Beceren, die durch Polizeikugeln, die sie in Rücken und Schultern trafen, ihr Leben lang querschnittsgelähmt sein wird. Doch seit dem Putsch von 1980 war es das erste Mal, daß zehntausende von Arbeiterinnen und Arbeitern am Internationalen Tag der Arbeit demonstriert haben.

Der 1.Mai ist in der Türkei von den Regierungen bis heute nicht als Kampftag der ArbeiterInnen anerkannt worden. Deshalb hatten 43 Gewerkschaften in diesem Frühjahr eine Plattform verabschiedet, in der sie die Legalisierung des 1.Mai und die Freistellung vom Arbeitsplatz forderten. Die Polizei verhaftete daraufhin bereits im Vorfeld 40 GewerkschaftsvertreterInnen. Die Regierungspartei ließ verlautbaren, daß Demonstrationen und Aktionen am 1.Mai mit allen Mitteln verhindert werden würden.

Tatsächlich verwandelte sich Istanbul am 1.Mai in ein großes Gefängnis. Alle nicht touristisch aussehenden Menschen, die sich auf den Straßen bewegten, wurden durchsucht. Sobald sich Gruppen nur ansatzweise gebildet hatten, wurden sie von der Polizei zerschlagen. 20000 Polizisten, Panzer, Schäferhunde, Zivile und Polizeihelikopter bestimmten das Bild. Die bundesdeutsche Hilfe war offensichtlich: die Maschinengewehre stammten von der Firma Heckler & Koch und die Schäferhunde waren aus Hannover angeliefert worden. Besonders rund um den Taksim-Platz, der seit dem blutigen Massaker am 1.Mai 1977, bei dem es 35 Tote gab, zum Symbol des Widerstandes und der Unterdrückung geworden ist, wurde ein Polizeiheer stationiert, um sofort jeden Ansatz einer Demonstration zu zerschlagen.

In letzter Sekunde hatten sich die Gewerkschaften an der Frage, ob sie für eine zentrale Demonstration zum Taksim-Platz aufrufen sollten oder nicht, gespalten. Die einen sahen in dieser Demonstration ein offensives Vorgehen, die wirkliche Erkämpfung des 1.Mai. Andere schätzten dies angesichts des zu erwartenden Polizeiterrors als unverantwortliches Vorgehen ein [1]. Revolutionäre und demokratische Organisationen hatten beschlossen, sich den Gewerkschaftsaktivitäten anzuschließen. Es wurde geplant, dezentral illegale Treffen und Kundgebungen in den ArbeiterInnenvierteln zu veranstalten und je nach Organisationsgrad in den Fabriken die Arbeit niederzulegen, Bummelstreiks, Verlängerung der Mittagspause etc. durchzusetzen.

Einerseits konnten sich so viele ArbeiterInnen an den Aktionen beteiligen (um an Demonstrationen teilzunehmen, waren die Leute gezwungen, sich krankzumelden) und andererseits wurde der Widerstand auch in die Fabriken getragen, was mindestens für genauso wichtig wie eine Demonstration eingeschätzt wurde.

Aber auch in den ArbeiterInnenvierteln waren Polizeieinheiten stationiert, die manchmal soweit gingen, ganze Fabriken zu umstellen damit niemand an der Demonstration teilnehmen konnte. So ist es nicht verwunderlich, daß es schwere Auseinandersetzungen zwischen Polizei und ArbeiterInnen gab.

In Habiye schossen Zivilpolizisten aus ei-



1. Mai 1990 in Istanbul: Straßenszene im Viertel Güngören

nem VW-Bus ohne Kennzeichen auf eine Gruppe von Demonstranten. Dabei wurden die Studentin Gülay Beceren schwer verletzt und nach Zeugenaussagen fünf weitere Personen getroffen. Die meisten der 3000 Verhafteten wurden am nächsten Tag freigelassen. Diejenigen jedoch, die in Verdacht stehen, einer illegalen Gruppe anzugehören, wurden ausgesiebt und der politischen Polizei übergeben (Gayrettepe, 1.Polizeikommando). Dort wurden sie gefoltert und geschlagen.
Der Menschenrechtsverein verurteilte in einer Presseerklärung das Vorgehen von Polizei und Regierung.



Der Mindestlohn reicht nicht für Tee und Brot

Die Forderung, den 1.Mai zu legalisieren, wurde nicht nur von den Gewerkschaften und Oppositionsparteien gestellt, selbst Stimmen auf Arbeitgeberseite kritisierten das rigorose Vorgehen der Regierung und forderten vorgezogene Neuwahlen. Der Regierungspartei ANAP („Mutterlandspartei" des Staatspräsidenten Özal) wird nicht zugetraut, die sich seit dem Frühjahr 1989 entwickelnden Streikbewegungen zu schlichten. Im Gegenteil, durch die Unterdrückung des 1. Mai, so wurde befürchtet, könnte der Unfrieden in den Fabriken weiter eskalieren. 50000 ArbeiterInnen hatten im Frühjahr dieses Jahres offiziell ihre Arbeitsniederlegung angekündigt. Deshalb befürchtete die Arbeitgeberseite Massenstreiks.
Den Regierungskurs von ANAP charakterisierten unabhängige Gewerkschaften folgendermaßen: „Die Polizei beruft sich beim Recht, auf Bürger zu schießen, auf eine Regierung, die Terror zur Staatspolitik erklärt hat." Özals Taktik, sich mit Hilfe von Polizeiterror durchzusetzen, läßt sich zum Teil aus einer Regierungskrise erklären, die sich darin ausdrückt, daß die ANAP laut Wählerumfrage nur noch 10 bis 15 Prozent der Stimmen erhalten würde. Die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) diktierte und von der Regierungspartei übereifrig verfolgte Wirtschaftspolitik hat die Mehrzahl der türkischen Bevölkerung in die Verelendung getrieben (zur IWF-Politik siehe Artikel in diesem Heft). Die Löhne und Gehälter sind inzwischen dermaßen gesunken (durchschnittlich um 50 Prozent) und die Inflationsrate ist so hoch (ca. 60 Prozent), daß allein die Ausgaben für Lebensmittel oder nur Miete ein ganzes Monatseinkommen verschlingen. Offiziell verdienen 600.000 der 2,6 Millionen ArbeiterInnen und BeamtInnen den Mindestlohn von 81876 Lira[2]. Nach Untersuchungen der „Gewerkschaft für Energie, Wasser und Gas der Arbeiter in der Türkei" muß eine Familie mit einem Kind im Monat jedoch 87000 Lira ausgeben, wenn sie täglich nur Brot ißt und Tee trinkt. Sonst kann sie sich nichts leisten[3].
Um überleben zu können, muß die ganze Familie arbeiten. Es ist fast normal geworden, daß neben einer Vollbeschäftigung noch andere marginale Tätigkeiten wie Los- oder Teeverkauf ausgeübt werden. Prostitution, Kinderhandel und -arbeit, zunehmende Unterernährung und die damit verbundene steigende Kindersterblichkeit sind Folgeerscheinungen der bitteren Armut. 1985 verhungerten nach Angaben des Staatlichen Statistischen Instituts (DIE) zum ersten Mal seit der Gründung der türkischen Republik allein in den Städten Hunderte von Menschen. Die Verarmung ist auch ein Grund für den Sympathieschwund für ANAP, der weit bis in den Mittelstand der türkischen Bevölkerung reicht.

Die Rolle der Türk-Is

Die Türk-Is (Verbund Türkischer Gewerkschaften) ist seit 1980, nach der Zerschlagung der Disk (Konföderation Progressiver Gewerkschaften) der einzig legale Gewerkschaftsverband. Sie wurde 1952 nach amerikanischem Vorbild als antikommunistische, sogenannte gelbe Gewerkschaft gegründet. Eine grundsätzlich regierungskonforme Politik, ein hoher Bürokratisierungsgrad und weitreichende Machtkompetenzen des Vorstands sind die Hauptmerkmale dieses ,Dachverbands. Die Türk-Is sollte bald nach dem Putsch die integrative Funktion übernehmen, die ArbeiterInnen in die Wirtschaftsumstrukturierung einzubinden und den befürchteten Widerstand zu kanalisieren.
Als die Militärgerichte die führenden Kader der Disk zu langen Gefängnisstrafen verurteilten oder zu Tode folterten, schwieg die Türk-Is. Als die Verfassung 1982 durchgesetzt wurde, und daraufhin Gewerkschaftsrechte massiv eingeschränkt und die Tarifautonomie abgeschaft wurden, brachte der damalige Vorsitzende der Türk-Is, I.Denicier gegnüber dem Führer des Putsches, Evren, die Zufriedenheit der Gewerkschaft zum Ausdruck und wünschte, „daß die Haltung der Armee für das Land und die Nation glückbringend ist."[4]
Diese Beispiele charakterisieren bereits das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsführung und Regierung. Die Führung der Türk-Is hat zugelassen, daß fast alle der erkämpften Rechte der ArbeiterInnen wie Tarifverhandlungs- und Streikmöglichkeiten beseitigt wurden.
Die Basis der Türk-Is hat dagegen in den letzten Jahren immer mehr Formen gefunden, die offizielle Gewerkschaftspolitik zu unterlaufen und ist damit für die Regierung außer Kontrolle geraten. Phantasievolle Methoden wurden erfunden, um das Streikverbot in einigen Branchen zu umgehen. Letztes Jahr meldeten sich zum Beispiel 500 ArbeiterInnen der Gelddruckereien gleichzeitig zum Blutspenden und konnten so einen wilden Streik organisieren. Andere Formen des Protests sind massenhafte Krankmeldungen, Essensverweigerung, Barfußgehen, sich Bärte wachsen lassen und vieles mehr. Die fast 100-prozentige Beteiligung der betroffenen Gewerkschaftsbasen an „nichtlegalen", mit hohen Risiken verbundenen Demonstrationen zeigen, daß die Widersprüche zwischen der Vorstandsebene und der Basis von Türk-Is eskalieren und nicht mehr mit einer passiven Folgebereitschaft ihrer Mitglieder zu rechnen ist.
Eine Umstrukturierung der Türk-Is von unten hat wenig Chancen, da der Hauptvorstand nach eigener Satzung mit solchen Kompetenzen ausgestattet ist, daß er sowohl Vertrauensleute berufen oder abberufen als auch den durch den Bezirkstag gewählten Bezirksvorstand abberufen kann. Unliebsame Personen werden aus der Gewerkschaft geworfen, Wahlfälschungen sind an der Tagesordnung. Die Vorstellungen einiger linker Kreise, daß die Türk-Is aufgrund der Entwicklungen an der Basis zu grundsätzlichen Verände-

Bücherschau Türkei - Themenblock

Fünf neuere Publikationen zum Thema Repression und Menschenrechte:
ai - Report: **"Türkei. Die verweigerten Menschenrechte."** Bonn 1988, ISBN 3-89290-016-7; engl. Original London 1988
Zu beziehen über die örtlichen ai-Gruppen oder: ai Bonn, 5300 Bonn Hausdorffstr. 165
Der bislang letzte umfassende Report der internationalen Menschenrechtsorganisation zur Lage der Menschenrechte in der Türkei. Themen sind u.a.: Gewaltlose politische Gefangene - Politische Vergehen nach türkischem Recht - Die türkischen Sicherheitskräfte - Vom Exil in die Folterkammer - Jagd auf die Guerilla - Schafft die Todesstrafe ab...
Zwei Publikationen, die auf persönliche Erfahrungen ehemaliger politischer Gefangener beruhen:
K. Gökdemir: **"Danke, mir geht es gut!"** Gefoltert in türkischen Gefängnissen. Bielefeld 1987, AJZ Verlag: ISBN 3-921680-64-6: Bezug: AJZ Druck und Vertrieb, Heeperstr. 132, 4800 Bielefeld 1
Erlebnisbericht eines linken Aktivisten, der nach dem Putsch vom 12.9.1980 mehrere Jahre in türkischen Gefängnissen in Untersuchungshaft zubringen mußte und nach seiner Freilassung mangels Beweisen nach Europa fliehen konnte. Schildert eindrücklich die Bedingungen des türkischen Knastalltags wie ständige Erniedrigungen und Folter, aber auch Solidarität und Widerstand der Gefangenen.
S. Bilkin: **"Jeden Tag weint die Sonne".** Drei Jahre in türkischen Militärgefängnissen. Köln 1988, Weltkreis-Sachbuch, Pahl-Rugenstein Verlag: ISBN 3-88142-438-5; Bezug über den Buchhandel.
Die Geschichte des Kölner Lehrers, GEW-Mitgliedes und Texters der Gruppe "Bläck fööss", der 1983 bei einem Heimaturlaub in der Türkei verhaftet wurde. Dank der relativen Bekanntheit seines Falles und einer internationalen Solidaritätskampagne wurde er 1986 freigelassen.
Zwei Bücher, die auf journalistischer Recherche beruhend verschiedene Einzelschicksale und Teilaspekte der Repression darstellen:
K. Istanbulla: **"Verhaftet und Verschwunden".** Türkei heute: Beispiele einer "wehrhaften Demokratie". Frankfurt/M 1988, Zambon Verlag, ISBN 3-88975-027-3
Das Buch beruht auf intensiven Recherchen über die Schicksale von Foltertoten und Verschwundenen in der Türkei, über die Folterer und ihre Hintermänner: Mediziner, hohe Militärs und Politiker, welche die Folterpraktiken decken und ihre Folgen zu vertuschen suchen. Das Buch konnte zunächst in der Türkei publiziert werden und erregte großes Aufsehen. Nach 5 Monaten wurde es verboten, der Autor mußte vor der politischen Justiz fliehen und lebt heute als asylsuchender politischer Flüchtling in der BRD. Übersetzung von K. Engin.

Ö. Erzeren: **"Septemberspuren"**, Türkei: Von Menschen, die der Folter widerstanden. Reinbeck 1990, rororo bei Rohwolt Verlag: ISBN 3-49912-728-8
Anhand verschiedener Einzelgeschichten über Menschen, die in die Mühlen des Repressionsapparates gerieten, über Massenprozesse, den Krieg in Kurdistan u.a. wird facettenartig die Realität von Unterdrükkung in der "Septemberdemokratie" beleuchtet.

---

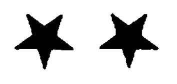
rungen gezwungen werden könnte, hat sich während der Generalversammlung im Dezember 1989 als falsch erwiesen. Zwar wurden für Türk-Is-Verhältnisse über ungewöhnlich fortschrittliche Anträge positiv abgestimmt. So wurde der 1.Mai zum ersten Mal als Kampftag der ArbeiterInnen anerkannt und es wurde beschlossen, den Tag 1990 in der Türkei zu feiern. Dies war aber eher ein Zeichen dafür, daß die Türk-Is-Führung innere politische Differenzen zurückstellte und Absprachen traf, um weiterhin an der Macht bleiben zu können. Das wichtigste Thema des Kongresses waren die Vorstandswahlen, die die Liste von Sevket Yilmaz, bekannt als Vertreter des rechten Flügels, gewinnen konnte[5].

Das Verhältnis der linken Bewegungen zur neuen Arbeiterbewegung

Durch den Putsch ist die Disk (Dachverband der Progressiven Gewerkschaften), in dem von revolutionären, demokratischen bis moskauorientierten Flügel fast alle damaligen kleinen Parteien vertreten waren, zerschlagen worden. Daraufhin entbrannte die Diskussion unter den ehemaligen Disk-Mitgliedern, sich entweder in der Türk-Is zu organisieren, um diese zu unterwandern oder die unabhängigen Gewerkschaften, die in Branchen organisiert sind, zu stärken und für den Aufbau einer neuen Disk zu kämpfen.
Ein dritter Flügel, deren Presseorgan die Zeitung „Iscelerin Sesi" (Arbeiterstimme) ist, führt eine Diskussion um die Gründung einer neuen Gewerkschaft mit basisdemokratischen Strukturen, die sich aus Fabrikkomitees und Arbeiterräten zusammensetzen soll. Die Selbstorganisation und der Kampf innerhalb der Fabriken wird dafür als wichtige Voraussetzung angesehen. Trotz all der verschiedenen Konzepte muß man aber feststellen, daß sich die neue ArbeiterInnenbewegung nach dem Putsch unabhängig von den sich reorganisierten linken Gruppen zu einer Massenbewegung entwickelt hat. Sie hat, wie weiter oben dargestellt, neue unorthodoxe Aktionsformen gefunden, die es ihr selbst unter den repressiven Bedingungen des jetzigen Regimes möglich macht, Widerstand zu organisieren. Von linken Organisationen wird bemängelt, daß der Kampf der ArbeiterInnenbewegung unorganisiert ist und in ihren Zielen zu einseitig ökonomisch ausgerichtet ist, um sich zu einer revolutionären Kraft entwickeln zu können.
Um ein Diskussionsforum zu schaffen, wurden im letzten Jahr mehrere kleine Zeitungen gegründet (z.B. Iscelerin Sese, Dev Genc, Halk Gergeyi). Diese müssen jedoch ständig damit rechnen, in die Illegalität abgedrängt zu werden. Denn zur Arbeitsteilung zwischen Putschgenerälen (jetzt Nationaler Sicherheitsrat) und ANAP gehört, daß, während Özal für die monetaristische Umgestaltung der Wirtschaft zuständig ist, das Militär die dafür notwendige Friedhofsruhe durchsetzt. Wie sich der Nationale Sicherheitsrat die Presseberichterstattung vorstellt, zeigte sich am 28.März 1990. Bei einem Treffen führender türkischer Journalisten mit Turgut Özal und hochkarätigen Generälen des türkischen Heeres führten die Militärs das Wort und verboten den Zeitungen strikt, auf nicht genehme Weise über Kurdistan zu berichten. Der Pressezensurerlaß trifft den Lebensnerv dieser neuen linken Zeitungen, da er jegliche politische Berichterstattung angreift. Die Zeitung Ikebine Dogru wurde aufgrund ihrer Berichterstattung über Kurdistan verboten. Gegen alle Redakteure, mit denen wir in der Türkei sprachen, waren Verfahren wegen des Pressezensurerlasses eingeleitet worden. Eines der größten Probleme der Zeitungen ist, eine Druckerei zu finden, da diesen mit Schließung gedroht wird, falls sie Schriften drucken, die unter diesen Erlaß fallen. Ferner übergab die Polizei den Kiosken Listen mit den Zeitungen, die nicht mehr verkauft werden dürfen. Alle diese Methoden zur Ausschaltung der Opposition sind rein administrativ und keiner gerichtlichen Überprüfung unterworfen.

Maria Stehle

Anmerkungen:
1. Iscerlerin Sesi (Arbeiterstimme) meinte dazu: „Es ist nicht so wichtig auf dem Taksim - Platz zu demonstrieren, Kontinuität der politischen Arbeit und Treffen innerhalb der Fabriken sind wichtiger."
2. Die Anzahl der Menschen, die vom Mindestlohn oder weniger leben müssen ist viel höher als die offiziell festgestellte Zahl.
3. nach: I. Tomanbay, „Wie sozial ist die Türkei? Die Stellung der Sozialarbeit und Sozialpolitik in der Türkei"; VWB Verlag, Berlin 1990
4. express 5/1990
5. Türkei Information, Januar 1990





Gemeinsame Beilage der Dritte-Welt-Zeitschriften
Auflage: 30.000

500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Starkes Interesse an der BUKO-AG 500 Jahre ...

Auf dem diesjährigen Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen stieß das Thema 500 Jahre Kolonialismus auf breites Interesse — die AG war überfüllt. Aber nicht nur quantitative Aspekte überraschten. Das politische Spektrum reichte von kirchlichen Basisgruppen über VertreterInnen aus staatlichen Institutionen, wie z.B. UNIs, Menschen aus der Solidaritäts- und Internationalismusbewegung, parteipolitischen Repräsentanten und dem Libertären und Autonomen-Spektrum, bis hin zu TeilnehmerInnen aus der DDR. Das starke Interesse zeigte sich außerdem an der Vielzahl von geplanten Veranstaltungen und Aktionsvorschlägen. Bspw. das Projekt „Silberbrücke", in dem die verarbeiteten Rohstoffe auf zentralen Plätzen plastisch die Ausplünderung Lateinamerikas veranschaulichen sollen. Regionale Koordinationen gibt es bspw. in NRW und Berlin.

Perspektivisch erscheint uns über die Aktionsvorschläge hinaus wichtig,

- daß kurzfristige Forderungen und längerfristige Perspektiven, wie in der IWF- Weltbankkampagne, nebeneinander gestellt und diskutiert werden können,
- viele regionale Bündnisse sich frühzeitig formieren und Plattformen, Resolutionen und Arbeitspapiere nicht als Endergebnisse verstanden werden, sondern der prozeßhafte Charakter nicht abgewürgt wird.

Es bleibt zu hoffen, daß über das Thema 500 Jahre eine breite Öffentlichkeit mit unseren Inhalten erreicht wird.

MitarbeiterInnen von verschiedenen „Dritte Welt" Zeitschriften haben während des BUKO die „Elemente einer Plattform", aus der letzten Beilage weiterentwickelt. Leider blieb weder in der AG noch in der Abschlußdiskussion genügend Zeit, um einige kontroverse Stellen ausreichend zu würdigen, geschweige denn den „Baumeistern des Kapitals" eine positive Utopie entgegenzusetzen.

Im folgenden werden Kernpunkte aus der weiterentwickelten Fassung vorgestellt und kommentiert:

1. Die erdrückende und zerstörende Kontinuität des Kolonialismus zeigt sich in unterschiedlichen Formen:

a) Er legte die Grundsteine für den heutigen Weltmarkt.
Die Profiteure der Plünderung und des Sklavenhandels schufen die Voraussetzungen für die Herausbildung einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung, die „sich durch strukturelle Ungleichheit und Ungerechtigkeit auszeichnet".

b) Diese ökonomische Formation wird ergänzt durch das politischen Hegemonialsystem und die kulturelle Dominanz über die Länder der „Dritten Welt" mit Hilfe des US-Europäische Zivilisationsmodells.

c) Heute tritt der europäische Imperialismus mit der Durchsetzung des EG-Binnenmarktes auf eine qualitativ neue Stufe.
„Der EG Binnenmarkt bedeutet eine Zusammenballung ökonomischer und politischer Macht, deren Auswirkungen absehbar ist": die Verarmung und Verwüstung wird weiter zunehmen.

d) „500 Jahre Kolonialismus verhinderten systematisch Versuche selbstbestimmter Entwicklung". Es wurden selbstständige Kulturen zerstört bzw. instrumentalisiert. Dem konnten auch die nationalen Befreiungskämpfe wenig entgegensetzen. Heute sind breite Bevölkerungsschichten mit einer immer härter werdenden Verelendung konfrontiert.

2. Geschichte besteht allerdings nicht nur aus Unterdrückungsmechanismen.
„Diese 500 Jahre sind auch die Geschichte des Widerstandes". Seine Kontinuität entwickelt sich in Widerstandskulturen und Volksorganisationen. Die Unterdrückten sind gleichzeitig autonome Subjekte, die trotz allem in ihren Lebenswelten kreativ handeln können. Selbst wenn sich ihr Widerstand oft in Resistenzhandlungen ausdrückt und mit europäisch-ideologischen Maßstäben zunächst nur mißverstanden werden kann.

3. Heutige Erfahrungen in Lateinamerika sind geprägt durch die „Widersprüchlichkeit zwischen dem Erbe der politischen Ideale, der bürgerlichen Revolution und der menschenverachtenden, tatsächlichen Herrschaftsmechanismen".
Die Grundlage dieser Widersprüchlichkeiten lassen sich einerseits an hehren Idealen der christlichen Nächstenliebe und den Ideen der französischen Revolution festmachen. Andererseits dienten diese Schalmeientöne als ideologische Begleitmusik bei den Eroberungsfeldzügen und stützt heute die Herrschaftsstrukturen in Lateinamerika. Wenn diese Widersprüchlichkeit immer wieder an verschiedensten Punkten von uns aufgezeigt wird, z.B. in der Auseinadersetzung um den Demokratiebegriff, besteht gerade hier die Möglichkeit den politischen Hebel anzusetzten.

4. Schutz unserer natürlicher Lebensgrundlagen ist in aller Munde. Die Tatsache, daß die naturzerstörenden Produktionsweise mit den herrschenden Produktions- und Machtverhältnissen einhergeht, wird von vielen Öko-Gruppen verdrängt.
„Zynischerweise lasten ausgerechnet die Regierungen der europäischen Staaten die Verantwortung für die sich abzeichnende ökologische Katastrophe den Dritte-Welt-Ländern an".
Hier heißt es in Zukunft ökologische und ökonomische Mechanismen analytisch zu verknüpfen, um aus diesen einseitigen Betrachtungsweisen herauszukommen.

5. Daß sich die angestrebte „multikulturelle Gesellschaft" gegen Eurozentrismus, Rassismus und Patriarchat wehren muß, zeigen die wachsenden rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Tendenzen in Europa.
„Diese Tendenzen bilden die Legitimationsgrundlage für einen neuen Eurochauvinismus: viele z.B. in der BRD mit deutschem Nationalismus konfrontierte OsteuropäerInnen setzten ihrerseits das chauvinistische „Wir in Europa" gegen „Die Anderen", die Menschen aus der Dritten Welt. Diese Entwicklung wird von den Herrschenden gefördert und genutzt, um Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt gegeneinander auszuspielen". Hier gilt es an klareren Aussagen zu arbeiten und vor dem Schlagwort Multi-Kulturell zu warnen.

Georg Lutz

Der Entwurf der Kampagnen-Plattform ist im letzten FORUM abgedruckt (FORUM, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421 - 325156).

Kampagnenbeilage 1992, erscheint vorerst unregelmäßig

Herausgeber: blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Cuba libre, Dritte Welt, EPD-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, iles, ika, ila, Lateinamerika-Nachrichten, Lateinamerika Anders, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief, Trialog.

Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg, Tel.: 0761-74003
V.i.S.d.P.: Uwe Hartwig
Wir danken dem Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) für die finanzielle Unterstützung

★

Die Madrider „Comision Contra la Celebracion del Quinto Centenario"

Innerhalb der letzten zwei, drei Jahre wurden in Spanien unabhängige „Kommissionen" gegen die Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Inbesitznahme Amerikas gegründet. Die Gegenorganisationen verurteilen diese Beweihräucherung christlich abendländischer Kultur, wie sie von kirchlichen und staatlichen Institutionen geplant wird. Eine der Gruppen, die diese Feiern ablehnen, ist die Madrider „Kommission". Ihre Arbeit konzentriert sich auf Pressemitteilungen, Interviews und Veranstaltungen, auf denen sie auch außerhalb Madrids, in Galizien oder Navarra (Pamplona, Zaragossa), zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Gründung von weiteren Anti-Quinto Centenario Initiativen aufruft.

Im Symbol der „Comision Contra la Celebracion del Quinto Centenario" sind die letzten fünfhundert Jahre geschichtliche Kontinuität und die Elemente der Hegemonie über Lateinamerika deutlich miteinander verknüpft. Gleichzeitig thematisieren die Madrider auch die Geschichte und die Gegenwart des spanischen Staats auf der iberischen Halbinsel. So beschreiben sie einerseits die Revitalisierung der Spanisch-Europäischen Macht und Profitinteressen zwischen Mexiko und Feuerland und andererseits die fünfhundertjährige Dominanz des kastilischen Zentralstaates über die iberischen Kulturen und autonomen Regionen.

Die ersten Aktivitäten der Madrider „Kommission" gehen auf den Oktober 1988 zurück. Damals wurde das Thema 500 Jahre ... von Schriftstellern, Journalisten und Religionswissenschaftlern im Rahmen eines Kolloquiums problematisiert. Die Debatten machten den Interessierten aus dem internationalistischen Solidaritätsspektrum, sowie PazifistInnen und den Mitgliedern der Ökologiebewegung die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Auseinandersetzung und Öffentlichkeitsarbeit deutlich.

In dem dann bis zum Frühjahr 1989 verfaßten Manifest, „1992: La conquista continua", klagt



die Madrider „Kommission" die offizielle Geschichtsaufarbeitung an. Für die „Kommission" verschleiern diese Darstellungen die Banalität der eigentlichen Hintergründe: Reichtum und Gewinn durch Gold, Silber und Rohstoffe bei gleichzeitiger Überausbeutung der Arbeitskraft und der Sklaverei als Motoren der Eroberung. Diese Überausbeutung bedeutete Verwüstung von Lebensgrundlagen, Genozid und Völkermord, die widerrechtliche Aneignung und Plünderung des Landes, sowie Knechtung und Arbeitszwang. Die Verschleppung von Millionen von Schwarzen als Sklaven, um die dezimierte Bevölkerung Amerikas zu ersetzen, reiht sich ein in die Rücksichtslosigkeit christlich- abendländischer Interessen.

In ihrem Manifest beschreiben sie die Herausbildung des spanischen Staates. Pfeiler dieser Entwicklung waren die Inquisition, zur Uniformierung der spanischen Gesellschaft, sowie der kastilische Herrschaftsanspruch über die Regionen der iberischen Halbinsel. Beides ist Ausdruck der inneren Kolonisierung und begann mit der Vertreibung von Juden und Moslems, der Zerstörung relevanter und unabhängiger Gesellschaftsschichten.

Die Einschätzung der „Kommission" enden mit dem Vergleich der tatsächlichen Nord-Süd Beziehungen in den offiziellen Interessensdarstellungen der Jubelfeierlichkeiten. In dem offiziellen 4,5 Mrd. DM — Programm (500 Jahre = 500 Programme) werden wiederum die wahren Motive verschleiert. In diesen „Quinto Centenario" Programmen werden nicht nur imperialistische Epochen gefeiert, es werden gleichzeitige ähnliche Vorhaben in moderner Verpackung in Mittel- und Südamerika organisiert und finanziert. Eine moderne Kolonisierung, die mit dem Europäischen Markt im Rücken noch um ein Vielfaches mächtiger ist.

Gegen diese Kontinuität fordert die „Kommission" den Kampf für eine gerechte und solidarische Welt und stellt die Unterstützung mit den Völkern und Nationen der Indigenas Amerikas mit ihrem fünfhundertjährigen Kampf in den Mittelpunkt ihrer Solidarität.

Mitglieder der „Kommission" sind neben vielen Einzelpersonen die unabhängigen „Kommissionen" der Menschenrechtsorganisationen in Peru (CODDEH) und der Anti-NATO Gruppen, das Flüchtlings- und Friedens- und Abrüstungskomitee, sowie die CGT (libertäre Gewerkschaftsorganisation) und organisierte Mitglieder der kommunistischen Bewegung (MCE) und der Trotzkisten (LCR). Die enge Verbindung der „Kommission" zu lateinamerikanischen Organisationen über die Peruanische Menschenrechtsorganisation stellt sie etwas aus dem Rahmen der bislang in Spanien existierenden „Komitees" und Kollektive zu diesem Schwerpunkt. Als Multiplikatoren ihrer Öffentlichkeitsarbeit nutzen sie außerdem Medien wie Radio und Presse. Die „Kommission" finanziert sich durch den Verkauf von Schriften, Butons und Spenden. Dementsprechend gering sind ihre Spielräume. Großes Interesse haben sie an einer spanienweiten Organisierung der in den größeren Städten existierenden „Komitees" und Kollektive gegen die geplanten Feierlichkeiten zum „Quinto Centenario". Dazu bietet das, für November geplante, spanienweite Treffen dieser Gruppen, in Cadiz, erste Organisationsmöglichkeiten.

Gerd Rieger

Pariser Treffen europäischer NGO's

Eingeladen hatte terre des hommes France, über deren Mitarbeiterin Maribel Wolf, die auf dem vorletzten Koordinierungstreffen der lateinamerikanischen Kampagne „500 Jahre Volks- und Indianerwiderstand" im Mai in Brasilien den Auftrag erhalten hatte, dafür zu sorgen, daß sich auch in Europa eine breite Koalition zur Unterstützung der Kampagne formieren möge.

Gekommen waren Vertreter etlicher französischer NGO's (Frêres des Hommes, Artisans du monde, Peuples Solidaires, CEDAL, sowie die regierungsnahe Stiftung France-Liberté), ein UNESCOVertreter, der vehement für den im nächsten Frühjahr stattfindenden VI. Kongreß über schwarze Kultur warb; VertreterInnnen der baskischen und katalanischen Komitees Amaiurko Quetzal und CCCCCC; Repräsentantinnen der spanischen NGO La Segóvia, verschiedene Vertreter der ökumenischen Bewegung SERPAJ sowie des KAIROS- Projekts, ferner waren anwesend Delegierte aus Belgien (SAGO Antwerpen), aus Luxemburg (ASTM), Italien (Frêres des Hommes), Ecuador, Kolumbien, Chile (Ecofondo) und zwei VertreterInnen aus der BRD (ila,epd).

Übereinstimmung herrschte bezüglich der Absicht, die Gunst des 500. Jahres soweit zu nutzen, daß mit spektakulären Großereignissen ein unübersehbarer Gegenakzent gegen die offiziellen Jubelfeierlichkeiten gesetzt werden sollte, der möglichst gesamteuropäisch abgestimmt werden sollte. Man war sich auch einig darüber, daß die Aktionen so angelegt werden sollten, daß nicht Zerrbilder des Elends bei den davon erreichten hängenbleiben, sondern deutlich wird, wie phantasievoll und kreativ der lateinamerikanische Widerstand gegen fünf Jahrhunderte kolonialer Bevormundung stets gewesen ist und nach wie vor ist.

Ungeklärt blieb jedoch, welche Formen von Aktionen geeignet sein könnten, um dieser Absicht näherzukommen. Die spanischen Delegierten betonten die eminente Rolle Spaniens in dem Kolonialprozeß und forderten dazu auf, auf Großereignisse (Internationale antikolonialistische Konferenz, Kulturtage, Großdemonstration, sowie Erarbeitung eines internationalen Manifests) in Spanien — vorzugsweise in Barcelona — hinzuarbeiten. Die belgischen und deutschen VertreterInnen wollten bei der Planung einer Kampagne vor allem auch die Bedeutung des Europäischen Binnenmarktes und dessen Auswirkungen auf die zukünftigen internen Beziehungen (besondere Rolle der BRD als EGmonialmacht) als auch für die Dritte Welt berücksichtigt sehen, folglich also nicht alle Aktivitäten auf Spanien hin konzentrieren.

Unverbindlich ins Auge gefaßt wurde die eventuelle Planung einer europäischen Großveranstaltung in Straßburg, Brüssel oder Genf. Der von den französischen NGO's vorgelegte Vorschlag für einen gemeinsamen Aufruf zu einer europäischen Kampagne wurde von den meisten der Anwesenden für diskussionswürdig, aber nicht verabschiedungsfähig gehalten. Als Termin für Veränderungsvorschläge wurde der 30.9.90 festgelegt. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß es verdienstvoll war, überhaupt zu einem solchen europäischen Austauschtreffen einzuladen, daß aber die Diskussion von so vielen heterogenen Interessen geprägt war, daß es über ein erstes Kennenlernen kaum hinausging. Ein Folgetreffen ist für den 17.November 1990 ebenfalls in Paris vereinbart worden.

(Der Vorschlag für den gemeinsamen Aufruf kann bei ila oder iz3w angefordert werden)

Ulli Mercker (ila)

★★

Veranstaltungen



September 1990
Die angekündigte Rundreise zweier Mitglieder der ecuadorianischen Indianer- und Bauernorganisation mußte leider verschoben werden, sie findet voraussichtlich nächstes Jahr statt (Kontakt: Kolumbiengruppe Nürtingen, Tel:07022-36242)

21.-23.9.90 in Heidelberg
Koordinationstreffen der KAIROS-Initiative
(Kontakt: Ulrich Duchrow, Tel: 06221-780718)

29./30.9.90 in Frankfurt
Zweiter Kongreß: „Emanzipation und Lateinamerikanische Identität 1492-1992", Thema:
„Randvölker" — „Herrenvölker" und das Ende des europäischen Sozialismus
Samstag, 29.9.90 ab 11 Uhr:
Zur Entwicklung des Projekts „Emanzipation und lateinamerikanische Identität" (H. Dieterich, Mexiko), Perspektiven nationaler Befreiung in Lateinamerika (Thomás Borge, Nicaragua), Antiimperialistische Strategien für die 90er (Miguel Bonasso, Argent./Mexiko), Das Ende des europ. Sozialismus (H.Dieterich), Ist die Befreiung der lateinamerikanischen Völker noch möglich? (Domitilia Chungara, Bolivien)
Samstag, 29.9.90 nachmittags Arbeitsgruppen (zu 16 verschiedenen Themen geplant), abends Kulturprogramm (Thomas Borge/ Canto a Nuestra Amerika)
Sonntag, 30.9.90 ab 10 Uhr
Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse, Podiumsdiskussion
Anmeldung durch Überweisung von DM 25 auf das Konto: Monimbo e.V.,Volksbank Langen-Dietzenbach, Kto. 55 777. 3, BLZ 50561207

2.10.90 Wuppertal
Veranstaltung der Anti- EG/Anti-Imperialismus Gruppe „PatySahnen Wuppertal" mit Heinz Dieterich
(Kontakt: Rudi Rhode, Straßburgerstr. 6, 5600 Wuppertal 1, Tel:0202-441460)

6.10.90 in Bremen
Vorstellung der Kampagnen und des Initiativkreises Bremen auf dem ökumenischen Stadtkirchentag

12.10.90
Tag der Landung von Kolumbus in Santo Domingo, wird in Spanien und ganz Lateinamerika als Tag der „HISPANIDAD" (Spanischtum) gefeiert.
Geplant sind Demonstrationen und Veranstaltungen in einigen größeren Städten Spaniens und der BRD.

13./14.10.90 in Bremen
Wochenendseminar zum Selbstverständnis der Bremer Initiativgruppe (Kontakt: SCI,0421-702939)

17./18.10.90 in Paris
2.Treffen europäischer NGO's mit Blick auf die Koordinierung der Aktivitäten für 1992 (siehe Bericht in dieser Beilage, Kontakt: ila, Tel: 0228-658613)

3./4. November 90 in Berlin
Forum für die an der Kampagne interessierten Gruppen und Einzelpersonen in Berlin (Kontakt: FDCL, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61, Tel:030-6934029)

November 1990 in Hannover
Streitgespräch zum Thema: „Durch Ausbeutung Aufstieg der kapitalistischen Metropolen?" (Kontakt: de publo a pueblo, Tel: 0511-442326)

7.-9.12.90 in Bonn-Bad Godesberg
BUKO-Seminar: 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand, im Jugendgästehaus Bonn-Bad Godesberg (Beginn: Freitag 18 Uhr)
Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel: 040-393156, Teilnahmegebühr: 35 DM/50 DM

Rundreise von Thomás Borge durch die BRD
Lesung und Diskussion seines Buches „Mit rastloser Geduld"
5.10. 1990 in Köln, 6.10. 1990 in Frankfurt, 7./8. 10. 1990 in München, 9.10. 1990 in Münster, 10.10. 1990 in Hamburg.

Literatur



Eduardo Galeano
Erinnerungen an das Feuer, Band 1-3
Wuppertal 1983-88
Galeanos dreibändige Geschichte eines Kontinents beginnt auch 1492, aber unter den Jahreszahlen werden nicht militärische Siege, Könige oder auch Revolutionen gefeiert, sondern Verhalten und Beweggründe unterschiedlich Agierender betrachtet. Ein Beispiel aus dem Jahre 1908:„San Andres de Sotavento. Der Gouverneur, General Miguel Marino Torralvo, stellt das Zertifikat aus, das die an der Küste Kolumbiens nach Erdöl bohrenden Firmen gefordert haben. Die Indianer gibt es nicht, bescheinigt der Gouverneur in Anwesenheit von Schreibern und Zeugen... Wenn es doch Indianer gäbe, dann wären sie illegal."

Emir Rodriguez Monegal (Hrsg.)
Die Neue Welt — Chroniken Lateinamerikas von Kolumbus bis zu den Unabhängigkeitskriegen, Frankfurt 1982
Im Original ist die Sprache des Kolonialismus am deutlichsten.

Karl-Heiz Kohl
Entzauberter Blick, Das Bild vom Guten Wilden
Frankfurt 1986
Beispielhaft werden die Apologeten des europäisch, zivilisatorischen Fortschritts entzaubert.

Alejo Carpentier
Die Harfe und der Schatten
Frankfurt 1979
Carpentiers Roman benutzt die versuchte Heiligsprechung von Kolumbus vor 100 Jahren als Aufhänger, um sich der Thematik, die „Entdeckung" und ihre Folgen, zu nähern. Der damalige Papst wollte den „Seuchen der Gegenwart" wie Kommunismus und Liberalismus das Wasser abgraben, indem er Kolumbus als den einigenden Heiligen präsentieren wollte, der alte und neue Welt versöhnen würde. In einer fiktiven Gerichtsverhandlung, bei der verschiedene historische Größen auftreten, wird das Pro und Kontra der Heiligsprechung abgewogen. Mit eindeutigem Ausgang: ungeklärte Reliquienfrage, keine Wundertätigkeit, Konkubinat mit Beatriz de Osorio, Anstiftung zum Sklavenhandel... Keine Chance für Kolumbus. Die teilweise burleske Vorgehensweise Carpentiers reizt, auch bei diesem sonst so ernsten Thema, zum Lachen.

Rafael Sanchez Ferlosio
Discrepancias ante el Quinto Centenario, in: EL PAIS, 3.7.,4.7.,5.7.,6.7.1988
In dieser vierteiligen Artikelserie legt Ferlosio die Mythen, Geschichtsverfälschungen und den spezifischen Dünkel, den viele spanische Intellektuelle und große Teil der spanischen Gesellschaft bis heute pflegen, wenn es um die „Entdeckung" Amerikas geht, schonungslos offen. Der letzte Beitrag dieser Serie (La envida del Imperio) kann als Einstieg und Zusammenfassung gelesen werden.
(Die Artikel können über das iz3w Freiburg gegen 3,50 DM angefordert werden).

Norbert Rehrmann
Spanien, Europa und Lateinamerika: Zur Geschichte legendärer Kulturbeziehungen,
in: PROKLA Nr. 75, Berlin 1989
Spanien steht im Mittelpunkt dieser Dreiecksanalyse. Der Beitrag ist eine gute Einführung zum Verständnis für die historischen Hintergründe Spaniens. Bemerkenswert ist die ausführliche Literaturliste zum Themenkompex „500 Jahre".

500 Jahre Kolonialismus,
in: blätter des iz3w Nr.167, August 1990
Themenschwerpunkt mit Artikeln zu: Geschichte der Eroberung; Herausbildung eurozentristischer Werte; Spanische Regierungskampagne; Gegenaktivitäten in Spanien; Innere Kolonialisierung in Amazonien; Indianischer Widerstand, Diskussionsbeitrag zu den Thesen von H.Dieterich: „Das Vierte Reich".

500 Jahre „Entdeckung" Lateinamerikas explitzit-Unterrichtsmaterialien, September 1990
In dieser Reihe werden didaktisch aufbereitete Basismaterialien für Unterricht und außerschulische Bildungsarbeit angeboten. Aus dem Inhalt: „Entdeckung der neuen Welt und die "Bekehrung der Wilden„; Bilder von den Fremden; Genozid und Widerstand — Die Geschichte wiederholt sich; Schulden, Märkte und Profite; Kein Grund zum Feiern; Literatur- und Medienliste.
(Bezug: Horlemann-Verlag, Lohfelderstr.14, 5340 Bad Honnef)



Gruppen in der BRD 

Auf dieser Seite können sich Gruppen und Initiativen selbst vorstellen. Bitte schickt Eure (kurzen!) Beiträge und Aktionsvorschläge an die Redaktion.

KAIROS EUROPA
Unterwegs zu einem Europa für Gerechtigkeit
130 kirchliche Gruppen trafen sich im Mai 1990 in Monteforte/Italien im Rahmen von KAIROS EUROPA. Das alte griechische Wort „kairos" steht als Symbol für die Gelegenheit, in einer Wendezeit für Gerechtigkeit zu kämpfen und neue Visionen zu entwerfen. Im Frühjahr 1992 ist in Straßburg eine Großveranstaltung mit dem Thema: 500 Jahre Kolonialismus und die Machtkonzentration des EG-Binnenmarktes geplant. Dieses Ereignis wird als Kristallisationspunkt in einem fortlaufenden Prozeß verstanden. Es wird aus lokaler Analyse, Aktion und Bündnisarbeit heraus wachsen und gleichzeitig einen neuen Impuls dafür geben, den Kampf für Gerechtigkeit fortzusetzen. Dieser Kairos-Prozeß, der auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene begonnen hat, ist eine Gelegenheit nationale Perspektiven zu überwinden.
Kontaktadresse: Ulrich Durchow, c/o Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit, Obere Seegasse 18, 6900 Heidelberg. Tel: 06221-780718

Servicio Paz y Justicia Europa
SERPAJ-Europa in der AG Frieden e.V.
Diese weltweite Organisation von katholischen Basisgruppen arbeitet an folgenden Schwerpunkten und Aktionen: Beteiligung an dem „Tribunal der Völker", das von der italienischen BassoStiftung „Lelio Basso" organisiert wird. Insbesondere soll auf die Vermittlung von Interessen der Indigenas und deren Widerstand hingewiesen werden, die Bodenrechtsfrage steht dabei im Vordergrund. Dazu sollen mehrere Delegationen aus Lateinamerika nach Europa kommen.
Kontaktadresse: SERPAJ-Europa in der AG Frieden e.V., Palaststr.3, 5500 Trier, Tel: 0651-43572

Verein Monimbó e.V. in Dietzenbach
Der Verein Monimbó koordiniert in der BRD die von Prof. Heinz Dieterich in Mexiko ins Leben gerufene Kampagne „Emanzipation und Identität 1492-1992", die vorwiegend von Intellektuellen und Künstlern getragen wird und eine breite Öffentlichkeitsarbeit anstrebt. Veranstaltung von internationalen Wettbewerben (Karrikatur, Essay, Foto etc.), Herausgabe einer Zeitschrift („America la patria grande"), Produktion von Graphiken und Buchveröffentlichungen sowie die Organisation von Kongressen sind die Hauptaktivitäten der Kampagne.
Kontaktadresse: Monimbó e.V., Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach, Tel: 06074-26891

Kolumbiengruppe e.V. Nürtingen
Die Kolumbiengruppe arbeitet seit einem Jahr zum Thema „500 Jahre Invasion und Widerstand". Dabei geht es uns darum, die Kampagne der lateinamerikanischen Indianer- und Bauernorganisationen bekannt zu machen und Verbindungslinien zwischen der Entwicklung Amerikas und Europas bewußt zu machen. Neben diesem Schwerpunktthema wollen wir durch unsere Öffentlichkeitsarbeit die Hintergründe und das tatsächliche Ausmaß der Gewalt in diesem Land aufdecken. Uns ist es wichtig, Möglichkeiten der konkreten Solidarität mit den kolumbianischen Basis- und Menschenrechtsorganisationen aufzuzeigen.
Kontaktadresse: Kolumbiengruppe, Postfach 1347, 7440 Nürtingen, Tel: 07022-36242

500 Jahre Conquista und EG
Aus der Arbeitsgruppe „EG und Zentralamerika" des letzten BUKO ist die Idee hervorgegangen, im Rahmen der Kampagne einen bundesweiten Arbeitskreis der Lateinamerikagruppen zum Thema EG und Lateinamerika unter besonderer Berücksichtigung Zentralamerikas zu bilden. Der zugrundeliegende Gedanke ist, ein ständiges Forum zu entwickeln, das sich periodisch trifft und arbeitsteilig die Knackpunkte der EG-Politik in LA/ZA erarbeitet. Themenvorschläge: EG-Projektpolitik; sozialer Widerstand; Ökonomie und Militärpolitik der EG; Konzernpolitik; Verschuldung.
Kontaktadresse: Önder Erdem, Informationsbüro Nicaragua, Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1, Tel: 0202-4936305

NRW-Koordination „1992"
Dritte-Welt-Gruppen aus verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens wollen im Rahmen einer Kampagne eng zusammenarbeiten und haben zu diesem Zweck regelmäßige Koordinationstreffen vereinbart. Geplant sind gemeinsame Veranstaltungen und Seminare, die sowohl eine inhaltliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit „500 Jahre Kolonialismus in Lateinamerika und europäische Integration" als auch die Entwicklung politischer Zielsetzungen der Kampagne (Motto, Forderungen) ermöglichen sollen. Die NRW-Koordination hat die Herausgabe einer regionalen Rundbriefes beschlossen, der alle zwei bis drei Monate erscheinen soll, über den Stand der Diskussionen, geplanten Aktionen und Veranstaltungen informiert sowie Aktionsbeispiele, Medien- und ReferentInnenlisten etc. enthält.
Kontakt: NRW-Koordination 1992, c/o VAMOS, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster, Tel.: 0251-45431

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika Berlin (FDCL)
Das FDCL plant ebenfalls verschiedene Aktivitäten. Erster Höhepunkt werden Lateinamerika-Tage im Juni 1991 sein. Schwerpunkt der zentralen Veranstaltungen soll die 1992-Kampagne sein sowie die Auswirkungen der Entwicklungen in Osteuropa auf Lateinamerika.
Kontaktadresse: FDCL, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61, Tel: 0306934029

De pueblo a pueblo e.V.
Verein zur Förderung der deutschlateinamerikanischen Beziehungen, Hannover/Braunschweig
Der Schwerpunkt liegt z.Zt. auf der Rekonstruktion der Kolonialgeschichte: Kultur, Wirtschaft, Geschichte der Maya, Inka und Azteken, Situation in Europa im 14./15.Jahrhundert, Geschichte der Eroberung und Ausplünderung Amerikas und Beitrag zum Aufstieg Europas, Dreieckshandel, Unabhängigkeitsbewegungenin Amerika und Rolle der USA. Außerdem ist der Aufbau eines Hannover-bezogenen Arbeitskreises geplant.Themen: expo 2000 in Hannover, Verantwortung von ortsansässigen Firmen, geraubte Kulturgüter etc.Nach einer Phase der internen Arbeit sollen die Veranstaltungen/Aktionen bis 1992 kontinuierlich gesteigert werden.
Kontaktadresse: De pueblo a pueblo,c/o Eckhard Wittulski, Davenstedterstr.50, 3000 Hannover 91

„1992"-Initiativgruppe Bremen e.V.
In Bremen hat sich ein Initiativkreis aus Soligruppen und Kulturschaffenden gebildet. Schwerpunkte der Arbeit: Sichten und Bearbeiten von Materialien der spanischen Comision Nacional, Erstellen einer Dia-Serie (Von Eroberung über Kolonialzeit und Imperialismus bis zur Gegenwart), lokaler Bremer Bezug zur Ausbeutung Lateinamerikas (Hafen,Kaufleute etc.).
Kontaktadresse: „1992"-Initiativgruppe, c/o Service Civil International, Bernhardstr.7, 2800 Bremen 1, Tel: 0421-702939

Das "Basta-Theater"/Rudi Rhode bieten an:
Ein Platz an der Sonne
Ein Stück über Neo-Kolonialismus in Lateinamerika
("Basta-Theater"/ Rudi Rhode)
Über die Grenzen der Nacht
Ein Stück über 500 Jahre alten wie neuen Kolonialismus
(Rudi Rhode)
Über die Grenzen der Nacht
Eine Schultheaterversion über 500 Jahre Kolonialismus, ab Klasse 6, (Rudi Rhode)
Kontakt: Basta-Theater, Straßburgerstr.6, 5600 Wuppertal 1, Tel: 0202-441460

DIE LEDERWERKE VON KAZLICESME – EIN BEISPIEL FÜR DIE AUSBEUTUNGS-STRATEGIEN TÜRKISCHER ARBEITGEBER

Ein wichtiger Zweig des türkischen Exportes ist die Lederindustrie. Offiziell sind darin 48.000 ArbeiterInnen angestellt; die Zahl der tatsächlich in den Lederkonfektionen Beschäftigten wird allerdings auf das Doppelte geschätzt. Nicht registriert sind vor allem Kinder und Jugendliche, die rechtlos und unversichert für Niedriglöhne arbeiten.
Die Gewerkschaft Deri-Is vertritt ca. 24% aller türkischen LederarbeiterInnen. Sie gehört zum basisorientierten linken Flügel der Gewerkschaften. Sorgenkind von Deri-Is ist zur Zeit die riesige Istanbuler Lederproduktionsanlage Kazlicesme, in deren stinkenden Werkhallen ca. 10.000 ArbeiterInnen unter unmenschlichen Bedingungen beschäftigt sind.Neue, modernere Fabrikhallen außerhalb der Stadt sind bereits fertig gebaut, aber noch sind weder ArbeiterInnen noch Arbeitgeber ernsthaft an einem Umzug interessiert – allerdings aus entgegengesetzten Motiven. Wir sprachen mit dem Generalsekretär von Deri-Is, Ibrahim Kiziltan.


Arbeiter in Kazliçeşme

IZ3W: Die Stadt Istanbul hatte für Februar '90 die Schließung von Kazlicesme angeordnet. Dies ist nicht geschehen.
I.K.: Die Arbeitgeber von Kazlicesme haben zunächst nichts zur Schließung der Anlagen unternommen. Für den 13./14. Mai wurde allerdings ein Termin mit Gutachtern der Stadt ausgemacht, die bescheinigen sollten, daß die Produktion bereits im Februar eingestellt worden sei. Zu diesem Zweck sollten alle ArbeiterInnen zum 13. und 14. Mai Urlaub bekommen und die Anlagen und Wege total gesäubert werden. Wäre das tatsächlich so gelaufen, hätten alle ArbeiterInnen hinterher fristlos entlassen werden können, denn wer über zwei Tage unentschuldigt fehlt, verliert alle Rechte. Nach dem Gutachten hätte es so ausgesehen, als hätte die Belegschaft seit Februar nicht mehr gearbeitet.
Die ArbeiterInnen erfuhren von diesem Plan und erschienen am 13. und 14. Mai geschlossen zur Arbeit.
Kurz darauf sind unsere Arbeitervertreter direkt zur Stadtverwaltung gegangen und haben mit dem Bürgermeister verhandelt. Sie haben ihm gedroht, im Falle einer erzwungenen Schließung die gesamte arbeitslos gewordene Belegschaft vor das Rathaus zu bringen.
Die sozialdemokratischen Stadtverwaltungen Istanbuls erließen daraufhin sofort ein Einstellungsstop für städtische Arbeiter, um im Falle einer Schließung von Kazlicesme die Arbeitslosen von dort einstellen zu können.
Der Oberbürgermeister versicherte die ArbeiterInnen seiner Unterstützung, falls sie den Betrieb trotz einer offiziellen Schließung selbständig weiterführen wollten. Die Stadt ist sowieso gegen die Arbeitgeber von Kazlicesme eingestellt, weil diese ihr 20 Mrd. Lira Wassergeld schulden(entspricht ca. 13 Mio. DM).
IZ3W: Kazlicesme ist eine alte, ungesunde Produktionsanlage,die das Wasser verschmutzt und die Luft verpestet. Die neuen, modernen Produktionsanlagen außerhalb der Stadt stehen bereits. Warum will die Belegschaft noch nicht umziehen?
I.K.: Weil ein Umzug im Augenblick nur den Arbeitgebern Nutzen bringen würde: Im März '91 ist eine Verhandlungsrunde zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern geplant. Im November dieses Jahres müssen unsere Deri-Is-VertreterInnen sich vom Arbeitsministerium die Bevollmächtigung als Arbeitervertreter holen, um im März verhandeln zu können.
Nun ist die erste Hälfte des Umzuges für Dezember geplant, dabei droht die Gefahr einer Spaltung: GewerkschaftsvertreterInnen können gefeuert, unerfahrene und billige neue Leute eingestellt werden. Die zweite Hälfte des Umzugs soll dann im April '91 sein, dabei kann der Rest der Belegschaft von Gewerkschaftsmitgliedern gesäubert und eventuelle Verhandlungserfolge sofort wieder zunichte gemacht werden.
Doch auch die Arbeitgeber sind im Grunde noch nicht an einer Schließung und am Umzug interessiert, sie haben vor Gericht Einspruch erhoben.
IZ3W: Wäre in der neuen Lederfabrik nicht mehr Profit zu machen, wenn die Anlage moderner ist und effektiver arbeitet?
I.K.: Ja, aber die neuen Anlagen wären auch übersichtlicher, leichter zu kontrollieren. In den alten Anlagen wird viel Profit gemacht durch Versicherungsbetrug und Steuerhinterziehung. Zum Beispiel werden ArbeiterInnen ohne deren Wissen als Gekündigt von der Rentenversicherung abgemeldet. Wenn sie dann dort nach der üblichen Zeit ihre Ansprüche geltend machen wollen, heißt es, wieso, du hast jetzt noch keinen Anspruch auf Rente.
Eine andere Methode ist, ArbeiterInnen mit hohem Lohn in der Mindestgehaltsstufe anzumelden und dadurch Steuern und Beiträge zu sparen. Manche ArbeiterInnen machen das allerdings bewußt mit, weil sie selbst Steuern sparen. Die betrügen sich selbst um ihre Rente.

Das Interview führte Hildegard Kammer



Der Hafenarbeiter muß Waren für den Export verladen ...

Exportwachstum über alles

Seit 1989 gibt es für die Wirtschaftspolitik der Türkei nur noch schlechte Zensuren. Die Weltbank geht sogar so weit, lange in Aussicht gestellte Kredite nicht auszuzahlen, weil sie die Vergabekriterien nicht mehr gewährleistet sieht. Dabei war das Land bis Ende der 80er Jahre von den internationalen Finanzorganisationen, den westlichen Regierungen und den Banken immer wieder als marktwirtschaftlicher Musterschüler dargestellt worden. Aber trotz hoher Wachstumsraten und einer Vervierfachung der Exporte von 1980 bis 1988 konnte von „großen Erfolgen" der neuen türkischen Wirtschaftspolitik schon damals nur reden, wer konsequent die Lage der arbeitenden Bevölkerung übersah. Zu Zeiten des türkischen „Wirtschaftswunders" mußten die türkischen ArbeiterInnen eine glatte Halbierung ihrer Reallöhne hinnehmen. Seit 1989 zeigt sich, daß auch die hohen Export- und Produktionssteigerungen in der Türkei ihrem Ende entgegengehen. Der Boom ist vorüber, die Erfolge der „neuen Wirtschaftspolitik" erweisen sich als Strohfeuer.

Die Türkei gehört zu den hochverschuldeten Ländern der Dritten Welt und war bereits Ende der 70er Jahre zahlungsunfähig. Sie unterliegt damit, wie viele andere Staaten auch, dem ständigen Zwang zur weltmarktorientierten Umstrukturierung. Die theoretische Grundidee dieser Umstrukturierung ist folgende: Zahlungsunfähigkeit und übermäßige Verschuldung entstehen, wenn im Ausland aufgenommene Kredite nicht genügend produktiv angelegt, also entweder für Konsum und Verwaltungsausgaben verwendet oder in Produktionsanlagen investiert werden, die international nicht konkurrenzfähig sind. Die Folge davon ist, daß keine ausreichenden Deviseneinkünfte erzielt werden, um die aufgenommenen Kredite zurückzahlen zu können. Wenn deshalb einzelne Länder auf die Dauer wachsende Schuldenberge aufbauen, beweist das, vom Standpunkt der internationalen Kapitalverwertung her betrachtet, eine ineffektive Industrie- und Wirtschaftsstruktur. Zwar produziert diese Industrie nützliche Güter, schafft Arbeitsplätze und Einkommen, aber das ist nicht ausschlaggebend: Einziges Kriterium ist die Kapitalverwertung und eben die ist durch die Zahlungsunfähigkeit gestört.

Die Sanierungskonzepte sehen deshalb die weitgehende Öffnung der Märkte für die ausländische Konkurrenz vor, damit unproduktive Unternehmen aus dem Markt ausscheiden. Die übrig bleibenden Betriebe werden auf Exportproduktion umgestellt, um die nötigen Devisen für die Schuldendienste zu verdienen. Ein wesentliches wirtschaftspolitisches Instrument dafür sind Währungsabwertungen. Außerdem soll der Staat unproduktive Mittelverwendungen streichen, worunter vor allem Sozialleistungen, äußerst selten jedoch Militärausgaben fallen. Die Reallöhne müssen über staatliche Administration gesenkt werden, um die Investitionsbedingungen zu verbessern und zusätzlich die Exportfähigkeit zu steigern. Investitionen aus dem Ausland werden gefördert, da sie angeblich ein wesentliches Element eines rationellen Industrieaufbaus darstellen.

Diese Maßnahmen werden mit dem Versprechen angepriesen, aus ihnen erwachse ein langfristiger neuer Wirtschaftsaufschwung und ein Entwicklungsschub, der den Abstand zu den Industriestaaten verringere. Gerade die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen aber deutlicher denn je, daß dieses Versprechen im Fall der Türkei falsch war. Lohnsenkungen und ständige Abwertungen führten nicht zu positiven Entwicklungseffekten, sondern zu einer Verschärfung der sozialen Kämpfe und zu Inflation.

Den Preissteigerungen folgen Streiks

Die Inflation ist eine Schlüsselgröße, die sich seit Mitte der 80er Jahre wieder erhöhte und 1988 bei 75% lag. Die Kritik der ausländischen Geldgeber machte sich zunehmend an dieser Entwicklung fest. Unter der Überschrift „Krisenstimmung in der Türkei" berichtet die Neue Züricher Zeitung am 14.Oktober 1989: „In der türkischen Wirtschaft macht sich in letzter Zeit eine sich akzentuierende Krisenstimmung bemerkbar, die nicht zuletzt mit der angeschlagenen Popularität von Ministerpräsident Özal zusammenhängt...

Handelsbilanzdefizite 1984-1989 (in Mrd.US-$) [1]

84	85	86	87	88	89
-3,62	-3.38	-3,65	-3,97	-2,68	-4,10

Inflationsraten 1981-89 (in %) [2]

81	82	83	84	85	86	87	88	89
36,5	25,2	30,6	52,0	47,0	36,6	38,8	75,4	68,8

„Ich glaube, daß wir das einzige Land mit einer IWF-Vereinbarung sind, das sie besser erfüllt, als es versprochen hat" (Turgut Özal 1982)

Die steigende Inflation, die sich nunmehr auf Jahresbasis wieder nahe bei 80% bewegen dürfte und von welcher der Premierminister gar nicht mehr zu reden wagt, hat aber seinem Ansehen enorm geschadet. Es ist denn auch bezeichnend, daß sich die Mahnungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank an die türkische Regierung vermehrt haben, gegen diese hohe Inflationswelle Dämme zu errichten, da sonst soziale Unruhen entstehen könnten." Zu diesem Zeitpunkt hatte die Türkei bereits die erste große Streikbewegung seit dem Militärputsch hinter sich. Im Sommer 1989 streikten rund 20.000 Stahlarbeiter teilweise bis zu vier Monaten. Auch in anderen Bereichen gab es massive, teilweise ungenehmigte Streiks und Protestaktionen.

Im Winter 1990 deutete sich an, daß die sozialen Kämpfe auch auf die ländlichen Gebiete übergreifen könnten. So berichtet die „Neue Züricher Zeitung" im Februar dieses Jahres von Bauernunruhen in Zentralanatolien: „Vor einigen Tagen kam es zu einem Aufruhr in Akhisar westlich von Ankara, als die neuen staatlich festgesetzten Tabakpreise bekannt wurden, deren Steigerungsrate unter der Inflationsrate liegt. Hunderte von Tabakproduzenten protestierten, hielten den Verkehr auf und setzten staatliche und private Gebäude in Brand. Hunderte von Demonstranten wurden von der Polizei festgenommen" (NZZ, 21.2.1990).

Inflationsraten in einer derartigen Höhe untergraben außerdem auch die Kapitalverwertung. Sie entwerten Geldkapital und machen Investitionsrechnungen unsicher. Die, von einigen Ausnahmejahren abgesehen, geringe Investitionsneigung der türkischen Bourgeoisie ist sicher auch darauf zurückzuführen. Ebenso die Tatsache, daß die Auslandsinvestitionen hinter den Erwartungen zurückblieben und trotz intensiver Bemühungen der Regierung in Ankara nur einige wenige Wachstumsbranchen, wie etwa der Tourismussektor, in nennenswertem Umfang neue Investitionen anlockten.

Bis vor kurzem wurde in der wirtschaftspolitischen Diskussion über die Inflation allerdings sorgfältig vermieden, den Zusammenhang zwischen Exportorientierung und Inflation zu thematisieren. Eine wesentliche Quelle der Geldentwertung, wenn auch nicht die einzige, sind nämlich die exportfördernden Maßnahmen selbst und dabei vor allem die ständigen Abwertungen der Lira. Durch Währungsabwertungen werden sämtliche Importgüter (gemessen in Lira) teurer. Bei Ländern wie der Türkei, die stark von Produktionsgüterimporten und von der Einfuhr industrieller Vorprodukte abhängig sind, erhöht sich dadurch das gesamte inländische Preisniveau. Gerade die türkischen Exporterfolge mittels Abwertung trugen also maßgeblich zu Inflation und Verarmung bei.

Özal auf neuen Wegen

Der Regierung Özal blieb deshalb seit 1989 nichts anderes übrig, als gegenzusteuern und mit „antiinflationärer" Politik den Pfad der Exportorientierung ein Stück weit zu verlassen. Der Kern der antiinflationären Maßnahmen bestand in einer Aufwertung der Lira. Die Ergebnisse zeigen drastisch, daß von einer nachholenden kapitalistischen Entwicklung nicht die Rede sein kann: Das Wirtschaftswachstum ging von 7,4% (1987) über 3,7% (1988) auf nur noch 1,6% (1989) zurück, während sich das Handelsbilanzdefizit sprunghaft vergrößerte.

Die weitere Entwicklung beschreibt die FAZ am 6.8.1990: „Um die Inflation schnell und spürbar zu senken, griff die Regierung daher zu der in der Türkei überaus umstrittenen Politik der "harten Lira .... Die türkische Ausfuhr stagnierte.... Diese Tendenz setzte sich im ersten Quartal 1990 verschärft fort. Das Handelsbilanzdefizit sackte von 295 Millionen Dollar in den ersten drei Monaten 1989 auf 1,7 Miliarden Dollar im gleichen Zeitraum dieses Jahres ab.... Die Produktion stagniert. Industrielle fürchten, die gegenwärtige Wirtschaftspolitik berge die Gefahr, daß Gelder in der Türkei nur vorübergehend angelegt, aber nicht investiert werden." Gleichzeitig steigt auch die Arbeitslosigkeit, die im Verlauf der Wachstumsphase relativ konstant bei 16% (niedrige Schätzung) lag, wieder an. Die Inflation ging zwar, zumindest nach Regierungsangabe, auf 60% zurück, aber dieser Rückgang ist keineswege eine durchschlagende Verbesserung.

Perspektivisch zeichnet sich in der Türkei also bei nach wie vor hoher Geldentwertung eine Phase der rückläufigen Wachstumsraten, der wachsenden Außenhandelsdefizite und der verschärften Klassenkämpfe ab.

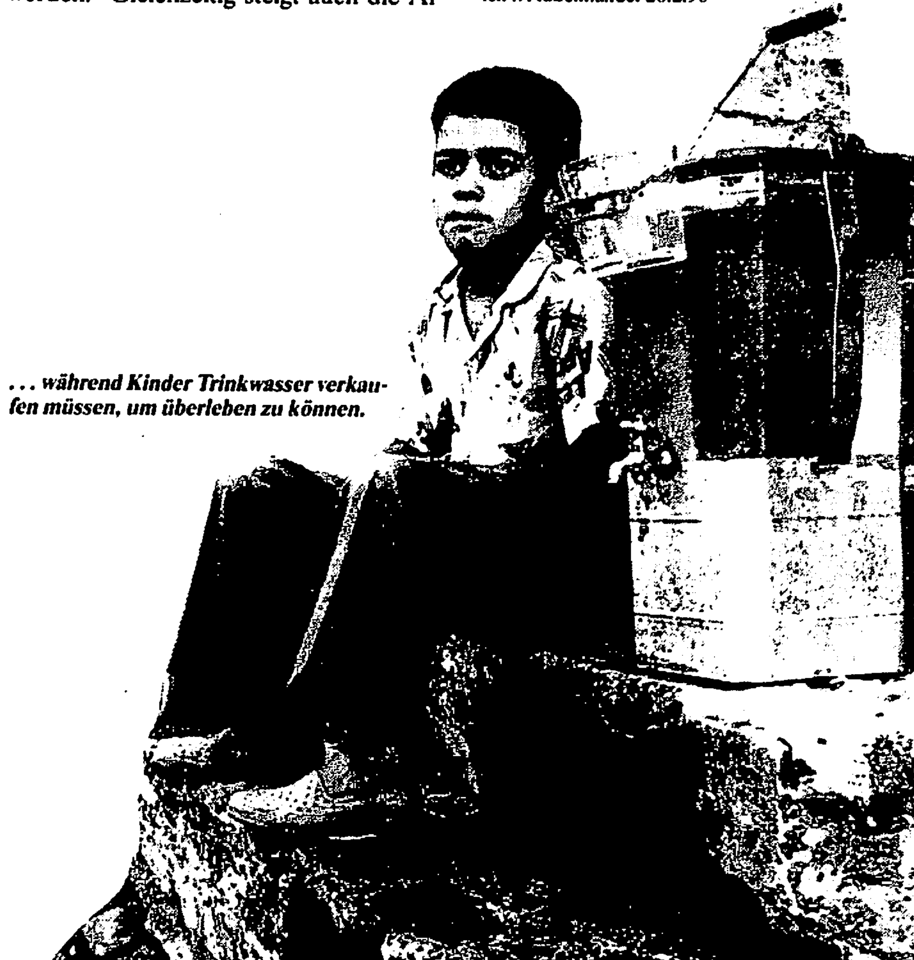
Ist die exportorientierte Wirtschaftspolitik damit gescheitert? Das Beispiel Türkei deutet darauf hin, daß marktwirtschaftlich-kapitalistische Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt — normalerweise — starke Verelendungstendenzen beinhalten und instabil sind. Die Exportorientierung ist für die großen türkischen und ausländischen Konzerne und die Banken alles andere als ein Verlustgeschäft gewesen. Die Banken holten pro Jahr zwischen drei und sieben Milliarden Dollar Zinsen und Tilgungen aus dem Land. Die türkische Tageszeitung HÜRRIYET spricht von „goldenen Jahren für die 500 Größten" und berichtet, daß sich die Gewinne dieser 500 größten Industriebetriebe von 1980 bis 1986 verfünffacht haben.

Charles Pauli

Anmerkungen:

1 Turk Is Bankafe, Economic Indicators of Turkey 1984-88, S.8, Nachrichten f. Außenhandel 9.5.90

2 OECD Economic Survey Turkey 1989, Nachrichten f. Außenhandel 26.2.90



... während Kinder Trinkwasser verkaufen müssen, um überleben zu können.

Vom Schleier zur lila Nadel

FRAUEN IN DER TÜRKEI UND IN TÜRKISCH-KURDISTAN

Versuche einer Definition der türkischen Frauenrolle führen immer wieder zu Verwirrung: Wer hat mehr Rechte, städtische oder ländliche Frauen? Atatürk verbot den Schleier und gab den Frauen das Wahlrecht, aber wieviel hat sich tatsächlich verändert? Gibt es noch Polygamie in der Türkei? Bei allen Diskussionen ist eines grundsätzlich zu beachten: Während mitteleuropäische Frauen Mitte des letzten Jahrhunderts bereits aktiv für ihre Rechte kämpften, waren zur selben Zeit Frauen in der Türkei vom öffentlichen Leben noch völlig ausgeschlossen. Die Verwestlichung der türkischen Gesellschaft wurde dann von oben her verordnet, ohne einer allmählichen Bewußtseinsentwicklung genügend Raum zu geben.

Der Wandel der gesellschaftlichen Stellung von Frauen in der Türkei läßt sich ungefähr in sechs Phasen einteilen:

1. Vor der Islamisierung der türkischen Nomadenstämme waren in diesen die Frauen vollwertige Gesellschaftsmitglieder und nahmen an fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens aktiv teil.

2. Im theokratischen Osmanischen Staat kam es durch entsprechende Auslegung und Anwendung des Koran allmählich zum vollständigen Ausschluß der Frauen aus dem Gesellschaftsleben, bis hin zur völligen Degradierung als „Haussklavin".
Ab dem 16. Jahrhundert waren die Erlasse und Verbote besonders streng, z.B. Handel und Gewerbe wurde Frauen untersagt. Die Scharia (islamische Gesetzgebung) schrieb Frauen züchtige Kleidung und Verschleierung vor, während sie den Männern die Polygamie erlaubte und ihnen allein Scheidungsrecht und Erbrecht zusprach.

3. Als Reaktion auf den ökonomischen Niedergang des Osmanischen Reiches im 18. und 19. Jahrhundert begannen die Herrschenden der Tanzimat-Epoche im Jahre 1839 mit der Einleitung von Reformen, die eine Verwestlichung zum Ziel hatten. Die erste Gesetzesänderung, die Frauen betraf, erfolgte 1856 mit dem Bodengesetz, in dem auch Frauen ein Erbschaftsrecht bekamen, und der Abschaffung von Sklaventum und Cariyes (Sklavinnen, die zwecks sexueller Ausbeutung gehandelt wurden).
Allmählich wurden Frauen im gesellschaftlichen Leben bedingt toleriert, und die Bildungsmöglichkeiten für Mädchen verbessert. Ab 1868 wurden verschiedene Frauenzeitungen herausgegeben, deren Redaktionen mehr oder weniger aus Frauen bestanden.All diese Zeitungen bewegten sich noch im Rahmen des osmanischen Weltbildes. Das Ideal einer „Guten Ehefrau und Mutter" und einer „Guten Mohammedanerin" wurde nicht angetastet.
Erst etwa ab 1908 traten Frauen vermehrt für ihre eigenen Rechte ein, gründeten Vereine und wurden sogar Mitglieder politischer Parteien.

4. Durch den 1. imperialistischen Krieg waren im osmanischen Staat, wie in anderen Ländern auch, die Männer an der Front eingesetzt, wodurch freigewordene Arbeitsplätze von Frauen belegt wurden. Durch diesen Eintritt in das Lohnarbeitsverhältnis verstärkte sich die Diskussion der Frauenfrage innerhalb der intellektuellen Fraise.
1917 wurde zum ersten Mal in der islamischen Welt ein schriftliches Familienrecht eingeführt, welches ein Scheidungsrecht für Frauen beinhaltete, die standesamtliche Heirat vorschrieb und Polygamie nur noch mit Einverständnis der Frauen möglich machte (wie das wohl praktisch ausgesehen haben mag?)

5. Im Befreiungskrieg waren die Frauen aktiv beteiligt. In „Vereinen zur Verteidigung der Heimat" wurden Versammlungen organisiert, öffentliche Bekanntmachungen gegen die Besetzung und Aufteilung Anatoliens verbreitet und Resolutionen an Ehefrauen prominenter Politiker übersandt.
Eine begrenzte Anzahl von Frauen nahm indessen auch am bewaffneten Kampf teil, sowohl in der Guerilla als auch im geordneten Heer. Viele ländliche Frauen transportierten Waffen und Munition aus dem Hinterland an die Front.

6. In den Jahren nach 1923, der Gründung der Türkischen Republik, wurden eine Vielzahl von Reformen eingeführt, auch für die Rechte der Frauen.Aber weil dies keine natürlichen Folgen der osmanisch-islamischen Gesellschaftsdynamik, sondern von oben verordnete Schritte zur Verwestlichung waren, haperte es von Anfang an mit der praktischen Umsetzung.
1926 wurde das türkische Zivilrecht durch das Schweizer Zivilrecht ersetzt. Die neuen Gesetze beinhalteten z.B. die Gleichstellung der Geschlechter im Erbrecht, bei Scheidung und als ZeugInnen vor Gericht. Polygamie wurde verboten.
1930 wurde das kommunale, 1934 das allgemeine Wahlrecht für Frauen eingeführt. Von diesen Reformen konnten in den ersten Jahren lediglich die Ehefrauen, Töchter und Schwestern der Bürokraten und die städtisch-kleinbürgerlichen Frauen Gebrauch machen.
1935 waren immerhin 18 Frauen im Parlament. Diese Zahl nahm jedoch stetig ab(!).
Die Veränderungen, welche die Frauen der



Von Frauen organisierte Demonstration gegen Preiserhöhungen mit ca. 6.000 TeilnehmerInnen, Januar 1989 in Istanbul

Unterschicht betrafen, richteten sich nach den sozioökonomischen Anforderungen des Kapitalismus. Die Frau konnte nicht mehr auf Haushalt und Kinder beschränkt werden, sondern mußte zusätzlich der kapitalistischen Produktion dienen.

Frauen im gesellschaftlichen Leben der Türkei heute und im politischen Widerstand

Die Reformen der Türkischen Republik in den 20er und 30er Jahren wurden bis in die heutige Zeit nur sehr begrenzt umgesetzt. Nur etwa ein Drittel aller StudentInnen sind Frauen. In entlegenen ländlichen Gebieten heiraten viele Paare nur religiös (jedes Jahr über 100.000), was die Rechte der betroffenen Frauen minimiert und Männern nach wie vor die Polygamie ermöglicht, denn die Heirat vor dem Imam unterliegt keiner staatlichen Kontrolle.Aus einigen Dörfern werden junge Mädchen als Bräute regelrecht verkauft, meist an ältere Männer.

Parallel zur Entwicklung des Kapitalismus in der Türkei nach 1950 ist auch die Zahl der Frauen im Arbeitsleben angestiegen,aber genau wie in anderen Teilen der Welt nur in den Bereichen, wo billige Arbeitskräfte gebraucht wurden, wie zum Beispiel in der Textilverarbeitung. In der Landwirtschaft arbeiten 64% der Frauen ohne Lohn in Familienbetrieben. Viele Arbeitgeber beschäftigen verheiratete Frauen nur mit Unterschrift des Ehemannes. Schwangere Frauen werden einfach entlassen.



Obwohl schon das Stadt-Land-Gefälle groß ist, herrscht auch in den Großstädten fast unangefochten das Patriarchat. Der Weg zur Arbeit oder zum Einkaufen in öffentlichen Verkehrsmitteln wird angesichts verbaler und handgreiflicher Übergriffe durch Männer zum Spießrutenlauf für junge Mädchen und Frauen.

Mit dem Aufleben der revolutionären Opposition in den 70er Jahren nahm die Zahl der darin aktiven Frauen zu, hauptsächlich unter Schülerinnen und Studentinnen.

1975 gründeten sich zwei Frauenvereine, der IKD (Fortschrittlicher Frauenverein) und die DKDF (Revolutionäre Frauenföderation). Beide verstanden sich nicht als unabhängige Frauenbewegung, sondern als weiblicher Teil des allgemeinen politischen und sozialen Widerstandes. Der IKD arbeitete zusammen mit der Türkischen Kommunistischen Partei TKP in Gewerkschaften und unter Angestellten. Die DKDF war mehr auf praktischen Gebieten aktiv: In Elendsvierteln wurden Alphabetisierungskurse sowie handwerkliche und medizinische Fortbildung angeboten.

Durch den Putsch 1980 wurde diesen Aktivitäten ein Ende gemacht. Mitglieder der Frauenorganisationen sowie Revolutionärinnen aller anderen linken politischen Gruppen wurden im Zuge der Massenverhaftungen nach dem 12. September inhaftiert, grausam verhört und gefoltert; die bürgerliche Presse beschimpfte sie als „Wilde Aktivistinnen" und „Revolutionärsliebchen". Fast alle Frauen, die Verhöre oder Folter zu erleiden hatten, wurden zu Opfern von Vergewaltigungen oder zumindest der Androhung davon, ganz zu schweigen von vielfältigen anderen Angriffen auf ihre Sexualität.

Hunderte von schwangeren Frauen verloren ihre Kinder, andere mußten ihre Babies im Gefängnis zur Welt bringen und unter schwierigsten Bedingungen versorgen.

Auch die weiblichen Verwandten der Gefangenen außerhalb der Gefängnisse waren und sind Ziele vielfältiger Schikanen. Menschenunwürdige Behandlung an Besuchstagen, wie Leibesvisiten durch männliches Personal, Verbot der kurdischen Sprache beim Besuch, willkürliche Einschränkungen der Besuchserlaubnis und Überwachung der Familien von politischen Gefangenen wurden den „Müttern und Schwestern des 12. September" zum Anlaß, sich zu organisieren. Ihre Protest- und Solidaritätsaktionen, wie während des Hungerstreiks 1989, sind fester Bestandteil der jungen Menschenrechtsbewegung in der Türkei.

Unabhängige Frauenbewegung: Von intellektueller Diskussion bis zur „Lila Nadel"

In den ersten Jahren nach dem Militärputsch 1980 war jegliche politische Betätigung verboten. In diesem Vakuum gelang es Zusammenschlüssen von Akademikerinnen und Schriftstellerinnen, in Diskussionen und Veröffentlichungen die Frauenfrage mehr ins öffentliche Interesse zu rücken. Angriffe dagegen kamen weniger von Seiten der Herrschenden, die das Thema Frauen wohl nicht allzu ernst nahmen, sondern vielmehr aus der orthodoxen Linken. Feministinnen wurden angefeindet als Spalterinnen der linken Kräfte; der Feminismus wurde in die Schublade der bürgerlichen Ideologien eingeordnet.

Indessen gewann das Thema Frauen durch Seminare, Diskussionsveranstaltungen, Feste etc. immer mehr an Bedeutung. Ein Höhepunkt war 1986 die Petitionskampagne zur Verwirklichung des internationalen „Abkommens gegen jegliche Diskriminierung der Frau", welches die türkische Regierung in der Hoffnung auf Annäherung an die EG mit unterzeichnet hatte.

1987 löste ein absolut chauvinistischer Richterspruch gegen eine mißhandelte Ehefrau eine breite „Kampagne gegen Schläge" aus (der Richter hatte ein anatolisches Sprichwort zitiert: „Der Rücken der Frau darf nicht frei von Schlägen und ihr Bauch nicht frei von Eselchen sein"). Die dazu veranstaltete Demonstration hatte wider Erwarten ca. 3000 TeilnehmerInnen. Im Anschluß an diese Kampagne konzentrierten sich die Organisatorinnen auf die Arbeit für ein Handbuch mit rechtlichen und praktischen Ratschlägen für Frauen, sowie für ein Frauenhaus. Ersteres konnte 1988, letzteres 1989 verwirklicht werden.

Ab 1987 entstanden mehrere Frauenorganisationen und -zeitschriften mit verschiedenen Ansätzen, die hier nicht allesamt dargestellt werden können. Das Spektrum reicht von Verlagstätigkeiten über die Arbeit mit sozialistischen Gruppen bis zu praktischen Aktionen wie die „Lila Nadel": Im Herbst 1989 organisierten Frauen in Ankara und Istanbul eine „Kampagne gegen sexuelle Belästigung", bei der sie durch den öffentlichen Verkauf von Nadeln mit lila Schleifen als Waffe gegen aufdringliche Männer viel Aufmerksamkeit und Sympathie erlangten. Dies war der Auftakt zu der Kampagne „Unser Körper gehört uns — Nein zu sexueller Belästigung", die mittels Infoständen, Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen geführt wurde.

Zwei neue breite Kampagnen im Jahre 1990 richten sich jeweils gegen Artikel aus dem türkischen Strafgesetzbuch: Art.438, der eine Strafminderung von 2/3 bei Vergewaltigung vorsieht, wenn das Opfer eine Prostituierte ist, und Art.453, der für die Ermordung eines neugeborenen unehelichen Kindes durch den Ehemann oder einen männlichen Verwandten der Mutter eine viel geringere Gefängnisstrafe vorsieht als für andere Morde.

Quellen: Türkei-Information 9/89, 11/89 und 3/90

Hildegard K.

Die gewaltsame Befriedung Kurdistans

„Wir hören jede Nacht heimlich BBC, das ist die einzige Möglichkeit zu erfahren, was sich 50 km von hier entfernt abspielt. Die türkische Presse schreibt nichts mehr. Ich sage dir, wenn wir hier diesen Sommer alle sterben, dann wird in der Welt nicht einmal jemand husten. Heute fallen die Grenzen, bei euch in Deutschland und anderswo, aber hier ist eine andere Welt, hier kommt keiner rein und es darf keiner raus, wir warten hier, daß die Bomben uns auf den Kopf fallen...“

(Ein Bauer aus dem kurdischen Dorf Gundik, direkt an der türkisch/irakischen Grenze)

Seit etwa einem Jahr spitzt sich das „Kurden-Problem“ des türkischen Staates zu: Im letzten September protestierten Dorfbewohner in der Provinz Silopi gegen die Erschießung von neun Leuten als „PKK-Terroristen“ mit Demos und Straßenblockaden. Zur gleichen Zeit wurde das Thema Kurdistan breit in der Presse behandelt: zum einen in Form von Berichten über den siegreichen Einsatz der Spezialeinheiten gegen die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK; zum andern als Protest der liberalen Öffentlichkeit, der immer klarer wird, daß das Militär die Guerilla durch noch so drakonische Strafmaßnahmen nicht auslöschen kann. Damit erfuhr auch die PKK eine Aufwertung als stärkste politisch-militärische Kraft im Südosten der Türkei. Das Informationsbedürfnis der Bevölkerung veranlaßte einige Zeitungen, Interviews mit dem PKK-Chef Abdullah Özcalan zu veröffentlichen, in denen er seine politischen Überlegungen darstellte. Schriftsteller und Politiker bezogen öffentlich Stellung zur Kurdenfrage, forderten kulturelle Autonomie und Anerkennung der kurdischen Sprache.

Die Regierungspolitik forciert in den kurdischen Gebieten einen Prozeß der Einigung und zerbricht sämtliche Bindungen der Kurden an den Staat. Der permanente Terror in den Dörfern mit Erschießungen und Zerstörungen der Vorräte treibt die Bewohner zur Flucht in die Städte. Die kurdischen Kreisstädte haben sich durch die Zuwanderer in den letzten Jahren enorm vergrößert. Hier haben sie keinerlei Einkommen mehr, leben von der Hand in den Mund, Gelegenheitsarbeiten und illegaler Arbeit. Sie, die nichts mehr zu verlieren haben, sind im März überall auf die Straße gegangen. Die ständige militärische Besetzung dieser Städte, die den Spezialeinheiten als Ausgangsbasis für ihre Operationen in den Bergen dienen, bringt die gesamte Bevölkerung gegen die Militärs auf. Die Organisation der Demonstrationen und ihr koordinierter Abbruch hat gezeigt, daß regionale kurdische Organisationen wieder aktiv werden.

Die Antwort auf die Aufstände im März war die der Militärs: in Abstimmung mit den Oppositionsparteien (solch einen Allparteiengipfel gab es zuletzt zwei Monate vor dem Militärputsch 1980) beschloß das Kabinett eine Verfügung mit Gesetzeskraft (Nr. 413), die die Kompetenzen des 1987 für die kurdischen Provinzen eingesetzten „Ausnahmezustandsgouverneurs“ stark erweitert. Die Möglichkeiten zur Pressezensur, Entfernung von mißliebigen Personen aus der Region, Verbot von Streiks, Verdopplung von Strafen in Zusammenhang mit Separatismus gehen zum Teil über Bestimmungen des Kriegsrechts hinaus. 100.000 Mann sind bereits in den Ostprovinzen eingesetzt, darunter die gefürchteten Spezialeinheiten mit westdeutscher Ausbildung und Ausrüstung. In der Botan-Region kommt es inzwischen täglich zur „Feindberührung“ mit der Guerilla mit Verlusten auf beiden Seiten. Diese Gegend wurde deshalb zur „verbotenen Region“ erklärt. In den letzten Monaten haben große Truppenbewegungen dorthin stattgefunden; die türkische Armee schafft sich wohl die logistischen Voraussetzungen für einen Luftwaffenkrieg ...

Es scheint auf lange Sicht keinen Raum für eine mittlere, reformistische Lösung der Kurdenfrage zu geben.

Über die Kurdenfrage entscheidet die türkische Regierung nicht alleine: Internationale Konferenzen, Teile des US-Kapitals, die EG drängen auf eine Befriedung des Konflikts in einer Form, die eine profitablere Ausbeutung der Region erlaubt. Vorschläge zur Umbildung der Türkei in eine Konföderation, wobei ein Staat den vorwiegend von Kurden bewohnten Ostprovinzen entspräche, gibt es seit langem. Präsident Özal, Vertreter der Großindustrie und Gefolgsmann der USA, hält solche Vorschläge für diskutabel, er hat vor einem Jahr die „Kurdenfrage“ selbst in die Medien lanciert. Daß er jetzt auf eine „militärische Lösung“ setzt, ist nur oberflächlich ein Widerspruch ...

Denn die kurdische Region ist für den türkischen Staat unverzichtbar. Hier lagern 100% der türkischen Ölvorkommen, 50% der Kohle, 80% des Phosphors. Daneben haben die kurdischen Regionen als „Wasserhahn des Mittleren Ostens“ eine große strategische Bedeutung. Die Rohstoffe werden zum Teil bis heute nicht systematisch ausgebeutet und meist außerhalb der Region weiterverarbeitet. Es gibt sehr wenige Industrieansiedlungen, v.a. staatliche tabak- und fleischverarbeitende Fabriken. Die großen Wasserreserven der Region sollen durch den Bau von Staudämmen nutzbar gemacht werden und einmal den Hauptenergiebedarf der Türkei decken. Das Südanatolienprojekt (GAP) soll die Region um Elazig und Erzurum in ein Zentrum der Agrarindustrie verwandeln, wo auf großen Flächen für den Export Gemüse und Getreide angebaut wird. Die notwendigen Umsiedlungs- und Enteignungsmaßnahmen der ansässigen Kleinbauern („Landreform“) werden nach politischen Gesichtspunkten vorgenommen. Die systematische Umsiedlung von Kurden an die Westküste und Ansiedlung von Bauern aus der Schwarzmeerregion oder Afghanistan zielt auf eine gewaltsame Befriedung der Region und ihre kapitalistische Nutzbarmachung.

(aus: Wildcat Juni/Juli '90)

Nachrichtensperre über Kurdistan

- und was damit verborgen werden soll

Nachrichten über den Krieg in Kurdistan können nur noch über versteckte Kanäle in die Öffentlichkeit gelangen, seit die türkische Regierung das „Dekret mit Gesetzeskraft Nr. 413" erlassen hat. Es gibt dem für die kurdischen Provinzen zuständigen Notstandsgouverneur u.a. umfassende Möglichkeiten zu einer Pressezensur. Nachrichten aus der Region müssen, bevor sie in der bürgerlichen Presse erscheinen können, zuerst seiner Pressestelle vorgelegt werden. Der Sondergouverneur kann darüberhinaus alle Druckereien, die zensiertes Material drukken, schließen lassen. So sind alle Nachrichten aus Kurdistan, wie auch die folgenden Ausführungen, unvollständig. Dennoch ist es wichtiger denn je, der Öffentlichkeit zumindest ein ungefähres Bild der Situation in der „verbotenen Region" zu vermitteln.

Landflucht in den kurdischen Provinzen der türkischen Republik hat viele Gründe. Oft reicht schon die hoffnungslose wirtschaftliche Situation, um zumindest einige Mitglieder jeder Bauernfamilie mit der - meist trügerischen - Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in die kurdischen Großstädte, die städtischen Zentren der Osttürkei (z.B. Adana) oder Istanbul, Ankara und Izmir zu treiben. Nach dem Militärputsch 1980 wollte sich die türkische Regierung nicht mehr allein auf die Armut der Bevölkerung verlassen; in dieser Phase entstanden konkretere Entvölkerungspläne der kurdischen Region. (Auch dies nichts Neues in der kurdischen Geschichte, die die ersten „Verschickungen" in den Westen schon im vergangenen Jahrhundert unter den Sultanen des ottomanischen Imperiums erlebt hatte.) Hunderte von Dörfern sollten in der Gegend um Tunceli einem Naturpark zum Opfer fallen - der allerdings bis heute nicht in Angriff genommen worden ist -, im Rahmen des „Südostanatolien Entwicklungsprojektes," GAP, müssen allein für den Bau des Atatürk Staudammes 55.000 Menschen ihre Dörfer verlassen, hunderte von Dörfern wurden schon mit dem Bau des Karakayastaudammes (beides am Euphrat) überschwemmt.

Vor allem in den letzten zwei Jahren nimmt die Entvölkerung der ländlichen Regionen Kurdistans allerdings nie gesehene Dimensionen an. Schauplatz mehr oder weniger großräumig angelegter Evakuierungsmaßnahmen und Wanderungsbewegungen ist die Botanregion, die türkisch/syrische und türkisch/irakische Grenzregion, die Gegend also, in der in den vergangenen zwei Jahren die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Heer eskaliert sind. Die Gegend auch, die im Frühjahr diesen Jahres Schauplatz eines zweiwöchigen Volksaufstandes war.

Vor allem in den drei Grenzprovinzen Mardin, Siirt und Hakkari sind bis heute mehr als die Hälfte aller Dörfer entvölkert worden. Offizieller Grund für die Evakuierung ihrer Bewohner ist die Schaffung eines 30 km breiten Sicherheitsstreifens entlang der beiden Grenzen, über die *„nach unseren Erkenntnissen die Terroristen aus den Nachbarländern in die Türkei eingeschleust werden."* (O-Ton türkische Regierung)

In vielen Dörfern war eine offizielle Aufforderung an die Anwohner gar nicht mehr nötig, dort hatten die Anti-Guerilla Sondereinsatzkommandos, im Volksmund Rambos genannt, die Bevölkerung schon ohne jedes amtliche Dekret vertrieben. Ein Bewohner des Dorfes Derebasi im Kreis Silopi: *„Sie haben schon 6 von uns umgebracht, morgen können sie wieder kommen und wieder welche von unseren jungen Leuten mitnehmen. Unser Dorf ist reich, wir haben Wasser, Obst und Gemüse, viele von uns haben sogar Kühe, aber wir können hier nicht bleiben, wir gehen weg, in die Armut."*

Anilmis, ein Dorf auf der nördlichen Seite des Cudiberges im Kreis Eruh ist völlig niedergebrannt worden, ebenso Boyunyaka im gleichen Kreis. Hier versucht eine Anwältin von der türkischen Regierung Schadensersatz für die Dorfbevölkerung zu erhalten. Die Regierung zahlte für Anilmis - den Preis einer Etagenwohnung. Die Bewohner von Boyunyaka wollen keine Entschädigung. „Damit hätten wir unser Land ja an die Türken verkauft!" Die Bewohner der beiden Dörfer Andac und Toptepe sind in der Gemüsehalle der nahegelegenen Kreisstadt Cizre untergebracht. Kanpp 400 Menschen leben dort in offenen Hallen ohne Fenster (im Winter bei Temperaturen unter Null Grad C.) ohne irgendeine Einkommensquelle oder Zuwendung. Ihre beiden Dörfer lagen nur 1-2 km von der irakischen Grenze entfernt. Nicht nur türkische, auch irakische Soldaten suchten sie immer wieder heim, plünderten ihren Viehbestand und bedrohten sie. *„Vor allem die Türken übten Druck auf uns aus"*, *sagt einer von ihnen „wir sollten Dorfmilizen werden und mit ihnen zusammenarbeiten. Unsere Leute sind arm und sie haben uns viel Geld geboten. Doch wir gehen nicht zur Miliz. Nur als Milizianten hätten sie uns in Ruhe gelassen, so konnten wir dort nicht mehr leben."*

Die meisten Kinder in der Gemüsehalle sind krank. „Im Sommer werden sie sterben", sagt eine der Mütter. Sommer, das bedeutet 40 Grad im Schatten ohne Wasser, Typhus und Malaria, mit denen die Bevölkerung von Cizre in jedem Sommer zu kämpfen hat. Die Großgrundbesitzer werden ungeduldig, sie wollen ihre Markthalle zurück, die Leute von Andac und Toptepe haben jedoch nicht einmal genug Geld, den Weg nach Adana oder Istanbul anzutreten, wie das viele Bauern in den vergangenen Jahren getan haben. In anderen Dörfern, weiter westlich direkt an der syrischen Grenze in den Kreisen Nusaybin und Kiziltepe und in der direkten Umgebung der Provinzstadt Mardin, wurden die Dorfbewohner aufgefordert, ihre Dörfer zu verlassen. Wurde der Aufforderung nicht Folge

geleistet, so nahmen die Soldaten als „Warnung" einen der Honoratioren des Ortes fest. Half das auch noch nichts, so taten Razzien und Übergriffe der SEK ein übriges. In der Provinz Mardin gibt es zahlreiche jezidische und assyrische Dörfer, die von altersher besser mit der Zentralregierung gestellt waren als rein kurdische Dörfer. Doch auch für diese Bevölkerungsgruppen gibt es in den letzten Jahren keinen Raum mehr in der Grenzregion.

Nachdem die Bauern ihr Dorf verlassen haben, setzt in der Regel die Plünderung von seiten der Soldaten ein. Die hat unter anderem auch den Zweck, den Bauern die Rückkehr ins Dorf unmöglich zu machen. Die Dörfer Nikih und Hot im Kreis Eruh wurden völlig niedergebrannt. Die Soldaten rissen alle Häuser im Dorf Niviya nieder und in Geliosman hatten die Bewohner genau zwei Stunden Zeit, um ihr Dorf zu verlassen. Auch die Bewohner von Bizena weigerten sich, zur Miliz zu gehen und mußten ihr Dorf verlassen.
In Payamli, ebenfalls Kreis Eruh sind traditionell linke Wahlergebnisse zu verzeichnen. 1982 stimmten die Bewohner geschlossen gegen die neue Verfassung der Militärjunta und auch bei der Volksabstimmung 1987 gab es keine Stimme für die Regierungspartei. Nach der Abstimmung wurde das Dorf umzingelt und die Ausweise der Dorfbewohner eingesammelt. Die Tiere durften nicht mehr auf die Weide gebracht werden. In den Dörfern Setrük und Seriki werden ebenfalls Ausweiskontrollen durchgeführt, die von regelrechten Prügelorgien der Soldaten begleitet werden.
Der Bürgermeister von Ziveya bei Eruh wurde am 15.1.90 in komaähnlichem Zustand ins Universitätskrankenhaus von Diyarbakir eingeliefert; er hatte die von den Soldaten erteilte Ausgeherlaubnis überschritten und war zu spät in sein Dorf zurückgekehrt.
Den vertriebenen Bauern wird in der Regel nicht erlaubt, sich auch nur tagsüber zur Arbeit auf den Feldern ihren Döfern zu nähern. Am 26.3.90 wendet sich der Bauer Muhittin Ay aus dem Dorf Kelekci bei Siirt mit einem Gesuch an die Gendarmeriekommandantur; seit Monaten wird ihm verboten mit seinem Traktor auf den Feldern in der Umgebung des Dorfes zu arbeiten. Mehrere Versuche direkt mit dem Kommandanten zu sprechen blieben ohne Erfolg. „Wenn ich nicht mit dem Traktor arbeiten kann, kann ich meine Familie nicht mehr ernähren" schreibt M. Ay in seinem Gesuch und fordert eine „Passiererlaubnis" für seinen Traktor. Ein ähnliches Gesuch geht am 27.3.90 an den Gouverneur von Siirt; Abdullah, Resul und Ali Baykara aus Agacyurdu im Kreis Eruh erklären darin, daß man sie zwingen will, zur Miliz zu gehen. Als sie daraufhin den Beschluß faßten, sich in der Kreisstadt Batman anzusiedeln, wird ihnen verboten, ihre Kinder und ihr Eigentum aus dem Dorf zu entfernen. Sie sollen zur Miliz. Ein ähnliches Schreiben liegt von Ibrahim Tas, Abdulbaki Özdemir und Ahmet Alspaslan aus dem gleichen



Bauern aus Basak reißen ihre Häuser ab

Dorf vor. Darin heißt es wörtlich: *„Wir konnten dieses Jahr noch keinen Quadratmeter unserer Felder bebauen. Unsere Weinberge liegen brach. Wir werden dieses Jahr hungern müssen. Wir sollten zur Miliz. Das wollen wir nicht, wir wollen weder Geld noch Waffen... Der Kommandant sagt uns, wenn wir jetzt nach Batman umziehen, wird er unser Haus und unsere Weinberge anstekken."* Was hier zuerst wie ein Widerspruch aussehen mag - der Versuch die Familie im Ort zu behalten, anstatt sie zu vertreiben - ist ein Indiz dafür, daß die Verantwortlichen mit ihrer Entvölkerungspolitik in den heißen Regionen über das Ziel hinausgeschossen sind. In völlig menschenleeren Regionen können auch keine Milizen mehr rekrutiert werden.
Mehmet Yildiz aus Dagyeli, ebenfalls im Kreis Eruh, verlangt vom Gouverneur die schriftliche Erlaubnis, sein Dorf aufzusuchen und sein Obst zu ernten. „Nicht nur mein Dorf, alle Dörfer im Kreis Eruh sind verbotenes Gebiet, die Soldaten fangen uns auf dem Weg ab und lassen uns nicht dorthin" schreibt er in seinem Gesuch vom 27.3.90. Seit mindestens zwei Jahren hält die Massenflucht aus den Dörfern unvermindert an.
Die genauesten statistischen Angaben zum Stand der Entvölkerung liegen aus der Provinz Siirt, vor allen Dingen aus den Kreisen Eruh und Sirnak, vor. Sirnak wird in einer Erklärung des Notstandsgouverneurs vor Journalisten am 8.6.90 als Zentrum der separatistischen Aktivitäten bezeichnet. 56,6% aller Aktionen der Guerilla, so der Gouverneur, spielen sich im Kreis Sirnak ab. In den beiden Kreisen sind die Namen von 141 völlig leeren und zum Teil zerstörten Dörfern bekannt. Ganze Landstriche, wie die Hochebene von Herekol, sind nicht mehr besiedelt.
Die Einwohnerzahl der Kreisstadt Sirnak hat sich in diesem Zeitraum von knapp 7000 auf 13.500 erhöht, auch die Einwohnerzahl von Cirze hat um mehr als 40% zugenommen, ähnliche Entwicklungen lassen sich in Silopi und anderen Kreisstädten der drei genannten Provinzen beobachten. In keiner dieser Städte existiert eine wie auch immer geartete ökonomische Struktur, die diesen Massenzulauf in irgendeiner Weise auffangen könnte. Viele ziehen von dort aus weiter in die Großstädte des Westens. Diejenigen, denen auch diese Möglichkeit versperrt ist, waren es auch, die vor allen anderen im März dieses Jahres auf die Straße gingen und sich an den Aufständen beteiligten. Eine verzweifelte Masse, die nichts, aber auch gar nichts mehr zu verlieren hat. Alle Möglichkeiten in der Region

zu leben, ohne sich in die Auseinandersetzung „einzumischen" sind ihnen genommen; entweder Miliz - oder, wie es einer der eingewanderten Dörfler in Cizre ausdrückt: „Wenn schon kämpfen, dann auf der richtigen Seite." So stellen diese Menschen ein immer gefährlicheres Potential für die türkische Regierung dar. Schon 1989 wurden die Kreisstädte Cizre, Silopi, Sirnak, Eruh und einige andere in geheimen Heerespapieren als „wahrscheinliches PKK Sympathisantenfeld" bezeichnet und die Bereichskommandanten angewiesen, „sich dementsprechend zu verhalten". *Ich werde diese Tage nie vergessen*" schreibt ein junger Mann aus Cizre über den Aufstand, *„ich werde auch nie wieder vergessen, daß die türkische Regierung uns nicht als Menschen ansieht. Das haben wir gelernt und danach werden wir uns in Zukunft verhalten."*

Massaker von Cevrimli

Die Ereignisse in Cévrimli Anfang Juni dieses Jahres sind ein deutliches Beispiel dafür, wie die Politik der Nachrichtensperre von den türkischen Sicherheitskräften ausgenutzt und umgesetzt wird. Es ist nur ein Beispiel für zahlreiche Vorfälle dieser Art und soll hier als eines von vielen Ereignissen näher beschrieben werden.

Das Dorf Cevrimli liegt ebenfalls im Kreis Sirnak. Die türkische Presse berichtete am 11.6.90 von einem Massaker in dessen Verlauf die PKK 24 Personen, zum größten Teil Frauen und Kinder, getötet haben sollte. Journalisten, die daraufhin selbst nach Cevrimli fuhren, um detailliert über die Angelegenheit zu berichten, wurde der Zugang zum Dorf verwehrt. Nach drei bis vier Tagen mußten sie ergebnislos wieder zurückfahren. Das Verhalten der Sicherheitskräfte steht hier in krassem Widerspruch zu früheren vergleichbaren Ereignissen, wo die Presse zur „Dokumentation des Massakers" regelrecht gezwungen wurde. Als eine Woche später eine Delegation, bestehend aus dem Vorstand der Sozialistischen Partei (SP) und des Menschenrechtsvereins zusammen mit Journalisten doch in das Dorf gelangte, fand sie eine völlig verschüchterte Bevölkerung vor, die keinerlei Aussagen machte. Nach Angaben des Vorsitzenden der SP, Ilsever, sollen der Gouverneur von Siirt und der Standortskommandant die Bewohner des Dorfes morgens, vor dem Eintreffen der Delegation bedroht haben. Die Delegation selbst wurde von einer Reihe von Milizianten aus dem nachbardorf mehrmals aufgehalten. Der Tod der 24 Personen ist weiterhin ungeklärt.

„Verbotene Region"

Seit Mitte April dieses Jahres sind nicht mehr alle Teile der Grenzregion frei zugänglich. In der zweiten Aprilwoche verwehrten Sicherheitskräfte erstmals Journalisten und anderen Reisenden, sowie in der Gegend bediensteten Lehrern und Ingenieuren den Zutritt zu den Kreisstädten Beytüssebap, Cukurca und Uludere, direkt an der türkisch/irakischen Grenze. Das Gebiet, in das jeden Tag zahlreiche Militärtransporte beobachtet wurden - oft in normalen Reisebussen, die Soldaten in Zivil, da man Überfälle fürchtete - blieb über Wochen von der Öffentlichkeit abgeschlossen. Offizielle Meldungen berichteten von Verlusten der PKK, geheime Telefongespräche aus den Dörfern von überfallenen Militärtransporten, abgestürzten Hubschraubern und Verlusten der SEK's. Bei einem Gefecht in Beytüssebap sollen z.B. nur 21 PKKler ums Leben gekommen sein, vom Personal verschiedener Krankenhäuser der Region war jedoch auch von verwundeten Offizieren zu hören. Während der Notstandsgouverneur in seiner Erklärung vom 8.6.90 eine Zahl von 190 gefangenen „Terroristen" in den letzten drei Monaten angab, berichten „lokale Quellen" über ca. 30 Verluste - zum Teil höhere Offiziere - auf seiten des Heeres und 25 bei den Milizianten, weiterhin sollen in der Zeit vom 25.4. bis 10.5. mehr als hundert Waffen erbeutet und zwei Hubschrauber von der PKK abgeschossen worden sein. Fest steht, daß in der Grenzregion mittlerweile ein ständiger Guerillakrieg stattfindet und selbst der Gouverneur die Zahl der Gefechte in den letzten drei Jahren auf 1500 beziffert. Gleichzeitig wird die Region weiter aufgerüstet; neben 1500 Mitgliedern der Sondereinsatzkommandos und 24.500 Milizen, die gemeinsam für die direkten Gefechte mit den Guerilla zuständig sind, befinden sich zur Zeit 200.000 normale wehrdienstleistende Soldaten und ca. 70.000 Angehörige der Gendarmerie in der Region. Schon im vergangenen Jahr wurden neue Gendarmerieeinheiten aus Kayseri in Zentralanatolien in die Region verlegt, im Herbst dann noch einmal ein Luftlandekommando aus Bolu in der Westtürkei, Truppen aus Istanbul, Kars, an der sowjetischen Grenze, Osmaniye am Mittelmeer und noch einmal von Kayseri. In den letzten drei Jahren sind in der Region 199 Gendarmeriestützpunkte und 15 Polizeipräsidien neu gebaut worden. Momentan sind die Verlegung einer weiteren Heereseinheit nach Siirt und die Einrichtung zweier Bereichskommandanturen in Batman und Sirnak, die im Mai dieses Jahres extra deshalb den Status einer Provinzstadt erhielten, geplant. „Das ist die wichtigste Leistung, die wir für unsere Bevölkerung erbringen müssen" erklärt der Notstandsgouverneur bei jeder Gelegenheit, „nur da, wo wir eine Polizei- und Militärstation eingerichtet haben, können wir in Dialog mit der Bevölkerung treten." Ob die Bevölkerung da gleicher Meinung ist, darüber schweigt er sich aus, vor allem da bis heute an vielen Orten Schulen oder Sanitätsstationen als Kasernen herhalten müssen und ihrem eigentlichen Zweck nicht mehr dienen können. Auch niemals zu Ende gebaute Fabriken, wie eine Schuhfabrik in Mardin und eine Käse- und Butterfabrik in Siirt dienen heute dem Heer als provisorische Hauptquartiere.

In der Botanregion tobt ein Krieg, dessen Dimensionen die türksiche Regierung tunlichst zu verschweigen versucht, den sie selbst aber keineswegs unterschätzt. Nach der endgültigen Ablehnung der sofortigen EG-Mitgliedschaft der Türkei häufen sich Stimmen in Ankara - vor allem von seiten des Generalstabes - die darauf hinweisen, daß man nun, da von europäischer Seite sowieso ein Korb erteilt worden sei, ja einige Skrupel über Bord werfen und zu einer „irakischen Lösung" greifen könne. Sofern sich beobachten läßt, ist die türkische Regierung oder besser die Heeresleitung dabei, sich die Bedingungen für eine solche Option zu schaffen. Ob diese dann auch realisiert wird, das läßt sich zum momentanen Zeitpunkt noch nicht absehen und hängt von einer Reihe aktueller politischer Entwicklungen ab. Fest steht jedoch, daß die Regierung in Zugzwang ist, die Region, in der das gigantische Südostanatolienentwicklungsprojekt - mit Krediten des Auslandskapitals - entstehen soll, Multis wie Shell und Mobil Oil verstärkt auf Ölsuche gehen und die die Schlüsselregion für eine mögliche türkische Vormachtsstellung im Mittleren Osten darstellt, „ruhigzustellen". In einer Epoche, in der die Türkei als Bollwerk gegen einen sowjetischen Durchmarsch ans Mittelmeer an Bedeutung verloren hat und in der sich europäisches Kapital zunächst einmal nach billigen Investitionsgebieten bei seinen östlichen Nachbarn umsieht, gehören die strategische Lage Kurdistans, als Sprungbrett in den noch nicht aufgeteilten oder befriedeten Mittleren Osten, sein Zugriff auf die Wasserhähne Euphrat und Tigris, mit denen eventuell aufmuckende südliche Nachbarn diszipliniert werden können, zu den wenigen Trümpfen, die die Türkei dem Westen noch zu bieten hat. Nun haben aber Multis wie z.B. Chevron oder Siemens angesichts der angespannten politischen Lage der Region schon auf geplante Investitionen verzichtet. Zeigt die Türkei nicht bald, daß sie Herr der Lage ist, so könnte die Chance, sich Investoren ins Land zu holen ganz verspielt sein. Deshalb muß die Kurdenfrage gelöst werden. Sollten das die „Tauben" innerhalb der türkischen Regierung mit ihren mehr als halbherzigen Reformversuchen nicht in absehbarer Zeit schaffen, dann wird der Weg frei sein, für die Falken. **me**

Kurdistan-Seminar in Münster vom 9.-11.11.

Die SeminarteilnehmerInnen sollen einen Einblick in die kurdischen Gesellschaft und Kultur sowie in internationale Beziehungen erhalten.

Arbeitsgruppen: Kurdische Gesellschaften und die Rolle der Frau; Geschichte Kurdistans und die Entstehung der Befreiungsbewegungen; Kurdistan im internationalen Kontext und Kurden in der BRD; Kurdische Kultur.

Anmeldung: Arbeitskreis Kurdistan, c/o Die Brücke, Wilmergasse 4, 4400 Münster oder Tel. 0251-832291. Beitrag 25 DM.

„Die ganze Stadt ist ein Gefängnis“

Reisebericht aus Kurdistan

Ende letzten Jahres besuchte eine Delegation Schweizer Anwälte Kurdistan, um sich über die politische Lage im Land zu informieren. Aus ihrem Reisebericht drucken wir einige Auszüge, in denen es auch um das Verhältnis der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK zur Bevölkerung geht.

Wir beschließen, nach Van, einer Stadt nahe an der iranischen Grenze, zu reisen. Sofort fällt uns die verstärkte Militärpräsenz in dieser Stadt auf. Regelmäßig patroullieren Gendarmeriepersonen in den Straßen, eine Spezialeinheit zur Inneren Sicherheit, die direkt dem Innenministerium unterstellt ist. Militärjeeps fahren im Schritttempo. An der Straßenkreuzung sind Polizeijeeps stationiert. Hier, wie auch in den folgenden Ortschaften ist es für die einheimische Bevölkerung nicht ungefährlich, mit uns zu sprechen. Oftmals werden die Leute anschließend durch Polizeibeamte befragt, was die Ausländer von ihnen wissen wollten und was sie darauf geantwortet hätten. Entsprechend dem türkischen Strafgesetzbuch können Auskünfte über die politischen Verhältnisse mit drakonischen Strafen belegt werden. Jedes kritische Gespräch über die Regierungspolitik ist tabu. Es gibt eine Großzahl von Spitzeln, die aufgrund ihrer Armut gegen Geld Informationen an die Polizei oder an das Militär weitergeben.

Vor der Hauptpost kleben Propagandaplakate der Regierung. Mit Bildern von zerfetzten Leibern älterer Männer und Frauen und von zu Tode gefolterten Kindern wird vor „Terroristen“ aus der PKK gewarnt. Bis heute scheinen diese Plakate die Bevölkerung jedoch nicht allzusehr zu beunruhigen. Die von uns befragten Personen betonen wiederholt, daß es sich bei der PKK keineswegs um eine Terroristen-Organisation handele. Was denn das Wort „Terrorist“ für sie bedeute, wollten wir wissen. „Die Militärs aus der Türkei“, entgegnen sie ohne langes Nachdenken. Alles Geld in dieser Region werde lediglich für die militärische Aufrüstung verwendet. Für die dringend benötigte Landreform, für Bewässerungsanlagen, Straßenbau, geschweige denn für Fabriken würde keine einzige türkische Lira aufgewendet. Stattdessen würden speziell geschulte Eliteeinheiten mit modernsten Waffen und Helikoptern (auch aus der BRD, Anm. d. Red.) in ihre Stadt geschickt, um jegliche Autonomiebestrebung blutig zu unterdrücken. Immer wieder werden uns die gleichen Beispiele vor Augen gehalten: „Was würden Sie tun, wenn Sie Ihre Bücher nicht in Ihrer eigenen Sprache lesen können, wenn sie keine Musik in ihrer Sprache mehr hören dürften? Ist jemand ein Terrorist, der sich dagegen wehrt?“

Hakkari, die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, liegt in einer weiten Hochgebirgslandschaft, 1700 Meter über den Meer. Die Einwohnerzahl wird mit 10.000 beziffert. Die Hälfte davon sind türkische Sicherheitsbeamte und Militärpersonen. In anderen Städten, wie z.B. Tunceli, überwiegt sogar die Zahl der Militärs. Hinter Hakkari erstreckt sich die Cilo-Gebirgskette, deren höchster Gipfel auf 4168 Meter liegt. Im kurdischen Befreiungskampf nimmt Hakkari, kurdisch Colemerik, einen wichtigen Platz ein. Regelmäßig kreist ein Militärhelikopter über dieser Stadt und den umliegenden Hügeln und Bergen: Gesucht wird nach Verstecken der PKK. In den folgenden Tagen werden wir uns an diesen Helikopterlärm gewöhnt haben. Die Provinz Hakkari gilt als eine der rückständigsten in der Türkei. Hier finden sich noch halbfeudale Herrschaftsverhältnisse, bei denen die ca. 100.000 Bauern völlig von ihren Scheichs und Aghas (Stammesführer) unterdrückt sind. Nicht nur Land und Haus, auch die Produktionsmittel und ein Teil der Ernte gehört zum Eigentum dieser Feudalherren.

Über der Einfahrt in die Stadt steht auf einem Eisenbahnbalken das überall anzutreffende Zitat von Kemal Atatürk: „Wie glücklich sind wir, Türken zu sein!“ Dem gleichen Satz begegnen wir auch auf dem Hügel vor dem Dorf, auf dem das Militärkommando untergebracht ist. Dieser Satz muß den kurdischen Bewohnern jeden Tag erneut als Erniedrigung und Beleidigung erscheinen, sind sie doch außerordentlich stolz auf ihre kurdische Abstammung. Neu errichtete, häßliche mehrstökkige Häuser verschandeln den Anblick dieses Bergstädtchens. In diesen Häusern wohnen Anghörige des MIT, des türkischen Geheimdienstes, die neu in diese Konfliktzone gesandt wurden. Sie gehören zu den meistgehaßten Personen in der Stadt. Die Mitglieder des Geheimdienstes sind leicht erkennbar, da sie als Zivilpersonen zu ihrem Schutz vor der Bevölkerung ein Gewehr umgehängt haben.

Mehrere Militärkasernen und ein großes Gefängnis prägen das Dorfbild. In diesem Gefängnis gibt es Platz für mehr als 4000 Personen. An beiden Ausgangsstraßen der Stadt sind Kontrollsperren errichtet worden. Jede Person, die die Stadt verläßt oder betritt, wird einer eingehenden Kontrolle unterzogen. Die Einwohner bezeichnen Hakkari als großes Gefängnis.

Bei der Weiterfahrt nach Uludure durchqueren wir die Region, in der der Krieg zwischen der türkischen Armee und der PKK zur Zeit besonders heftig tobt. Die Straßenkontrollen werden häufiger und genauer vorgenommen. Auf der Paßhöhe des Suvarihalil Gecidi (2300 m/M) werden wir von einer Militäreinheit angehalten. Nachts zuvor kam es hier zu einer schweren Schießerei, bei der zwei Militärs erschossen wurden. Ein PKK-Mitglied wurde dabei verhaftet. Nach einer längeren Diskussion können wir weiterfahren. Hinter Sandsäkken sind Maschinengewehre aufgestellt. Daneben sind Raketenrohre eingegraben. Spürbare Nervosität und Unsicherheit herrscht bei den Militärs. Im Bus werden unter den Mitfahrenden aufgeregt die Vorkommnisse der letzten Nacht diskutiert. Unser bisher gewonnener Eindruck bestätigt sich auch hier: Die Sympathien gelten ungeteilt der PKK. Obwohl nicht alle mit deren Strategien vollkommen einverstanden sind, so bezeichnen sie doch diesen Krieg grundsätzlich als notwendig und richtig. Stolz sprechen sie vom heroischen Kampf, der letztendlich zur Befreiung von der türkischen Knechtschaft führen werde. Immer wieder werden Beispiele für das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegenüber der Zivilbevölkerung erwähnt. Es scheint, daß sich durch solch brutale Militäreinsätze auch der bis dahin neutrale Bevölkerungsteil von der Notwendigkeit des Befreiungskampfes hat überzeugen lassen. „Wir haben nur eine Wahl gegen die türkische Unterdrückung: der Kampf für unsere Freiheit mit der PKK, auch wenn wir nicht mit jeder Aktion von ihnen einverstanden sind“.

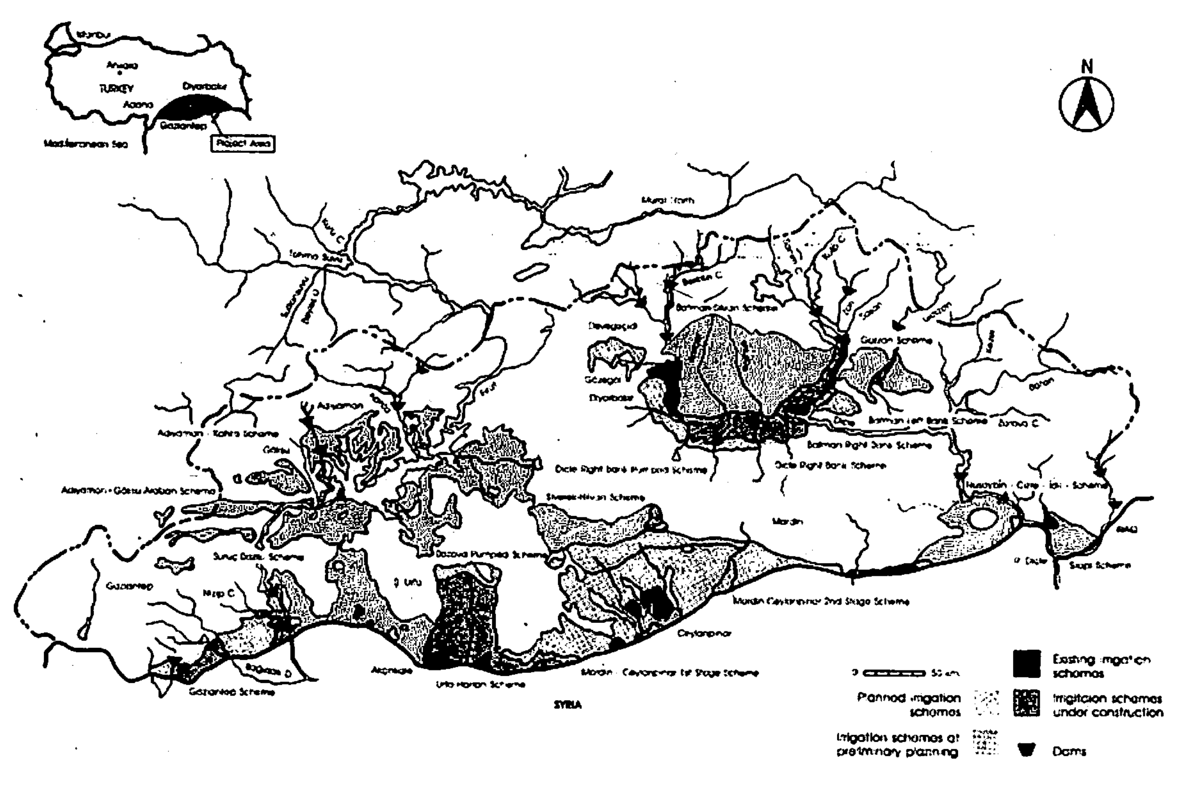
Angriffe auf Zivilpersonen, insbesondere auf Kinder und alte Personen, ließen in der Öffentlichkeit gelegentlich den Eindruck entstehen, es handle sich bei der PKK um eine besonders grausame Befreiungsorganisation. Dieser Eindruck wurde durch Propagandaaktionen der türkischen Regierung gezielt gefördert. Inzwischen hat jedoch die PKK dieses Problem erkannt und ihre Praxis geändert. Selbst Hayri Kozakcioglu, Sondergouverneur von Kurdistan, erklärte, daß die Anschläge gegen Zivilpersonen deutlich zurückgegangen seien, daß sich jedoch andererseits diejenigen gegen Militärs und Polizeipersonen erhöht hätten.

Im Cudi-Gebirge, welches von der PKK als befreites Gebiet bezeichnet wird, finden umfangreiche türkische Militäraktionen statt. 15.000 Soldaten und 1000 Mann der sogenannten Antiterror-Einheit sind hier im Einsatz. Sie sind ausgerüstet mit Nebelbomben, Granatwerfern und Raketen. Umstritten ist die Frage, ob es auch zum Einsatz von chemischen Waffen kommt.

Gezielt versucht das Mitär in dieser Region die Dorfbevölkerung zu vertreiben.



Wenn Euphrat und Tigris zum Rinnsal werden



Location Map of Water Resource Development Schemes in the Region

REPUBLIC OF TURKEY SOUTHEASTERN ANATOLIA PROJECT

Das GAP-Staudammprojekt

Als die Türkei im Januar dieses Jahres mit dem Aufstauen hinter dem Atatürk-Staudamm begann, wurde der Euphrat für den Nachbarstaat Syrien zu einem Rinnsal. Der Euphrat ist die wichtigste Wasserquelle für die Syrer. Eine vergleichbare Rolle spielt der Tigris für den Irak.

Unzählige Propaganda-Hochglanzbroschüren der türkischen Regierung preisen das gigantische GAP-Projekt als „eines der größten regionalen Entwicklungsprojekte der Welt und das größte und umfangreichste Unternehmen, das jemals in der Türkei durchgeführt wurde"(1). Im Zentrum des Vorhabens liegen das untere Euphrat-Projekt mit dem fünftgrößten Staudamm der Welt und dem größten der Türkei, dem Atatürk-Damm. Der 27 Kilometer lange Urfa-Bewässerungsstollen soll durch ein weit verzweigtes Bewässerungssystem die Harran-Ebene entlang der syrischen Grenze zu einem fruchtbaren Gebiet erblühen lassen. Alle Bewässerungsprojekte sollen bis zum Jahr 2 000 1,6 Millionen Hektar mit dem Wasser des Euphrat und Tigris bewässern, was einem Drittel der gesamten Anbaufläche der BRD entspricht.

Das Gesamtprojekt besteht aus 21 Staudämmen und 17 hydroelektrischen Kraftwerken an Euphrat und Tigris. Der Atastürk-Damm bildet die dritte große Staustufe am Euphrat. Bereits in Betrieb genommen wurden die beiden ersten Stufen, der Keban-Staudamm (1983) nahe der Provinzstadt Elazig und der Karakaya-Damm (1986) rund 170 Kilometer flußabwärts.

Die Türkei plant mit diesem „Jahrhundertprojekt" die Errichtung einer Wohlstandsinsel inmitten von Kurdistan, das bisher von Ankara wirtschaftlich bewußt vernachlässigt wurde. Exportorientierte Agrarproduktion auf bewässertem Land, Ansiedlung verarbeitender Industriezweige von Lebensmittelfabriken über Konsumgüterindustrie bis zum Aufbau einer Schwerindustrie und Steigerung der Energieproduktion durch hydroelektrische Großanlagen an Euphrat und Tigris sollen angekurbelt werden. Das bis heute noch nicht systematisch ausgeplünderte kurdische Land, zudem reich an begehrten Bodenschätzen, soll zur Kornkammer für den Nahen Osten, zum wirtschaftlichen Brückenkopf zwischen Europa und der islamischen Welt, eventuell zum europäischen Hinterhof werden- so will es die Türkei. Aber ob dieser Traum, der bisher weitgehend auf dem Papier des Masterplans steht, umgesetzt werden kann, das steht noch in den Sternen. Die verheerenden ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Auswirkungen sind heute schon sichtbar. „Das GAP-Projekt ist nicht für uns gemacht" (Medico-Broschüre. GAP. Frankfurt 1989, S. 17), das hat der Bürgermeister der Stadt Harran stellvertretend für die Massen der Region festgestellt. Tausende arme Kleinbauern und landlose Pächter, deren traditioneller Lebens-und Arbeitsraum zerstört wird, werden deportiert. So entpuppt sich GAP durch großangelegte soziale Umstrukturierungspläne als Entwicklungspolitik, die die aufgewühlte Region zu befrieden versucht. Mit dem GAP-Projekt beabsichtigt das türkische Regime seinen Anspruch auf Beherrschung Kurdistans weiter aufrecht zu erhalten. Aber zunehmend manövriert es sich mit seiner gnadenlosen Aufstandsbekämpfung gegen die kurdische Befreiungsbewegung für ein unabhängiges und vereintes Kurdistan, die unter Führung der Arbeiterpartei Kurdistans PKK seit August 1984 bewaffnet ge-

gen die Besatzer kämpft, und durch den Spezialkrieg gegen die kurdische Bevölkerung immer mehr in eine Sackgasse. Die USA empfiehlt dem NATO-Partner seit langem, eine kulturelle Autonomie für die Kurden zuzulassen, doch bis heute setzt die Türkei auf blanke militärische Gewalt. Entwicklungsgroßprojekte wie das GAP-Projekt haben der ortsansässigen Bevölkerung noch nie etwas gebracht. Ihre benötigte Arbeitskraft wird das Heer der saisonalen Wanderarbeiter vergrößern. Entschädigungen für ihr enteignetes Land stehen nur auf dem Papier. Die landwirtschaftlichen und industriellen Produkte sind für den Export bestimmt. Sie — die Armen — werden nicht einmal die Krumen dieses so herrlich gepriesenen Kuchens abbekommen, ihnen bleiben die langen Schatten: Gelegenheitsarbeiten, Leben in den durch die Landflucht entstehenden Slums am Rande der kurdischen Städte, Prostitution, Krankeiten, Deportationen, Hunger, Elend ... Natur- und Kulturzerstörung. Auf mögliche Umweltschäden durch die Staudamm-Großprojekte wurde in einer Mitte der 70er Jahre angefertigten Durchführbarkeitsstudie hingewiesen. Danach sollte man es nach Meinung der Wissenschaftler bei den ersten beiden Staustufen belassen. Doch die wirtschaftlichen Gewinne und der wachsende politische Einfluß in der Region ließen die ökologischen Auswirkungen völlig in den Hintergrund treten.
Falls es je zu einer Realisierung des gesamten Vorhabens kommen sollte,was durch erhebliche Finanzierungsprobleme der über 50 Milliarden-Summe und durch fehlende Investoren — die ihre Chancen neuerdings in Osteuropa sehen — bislang noch aussichtslos ist, dann könnte die weitere Kapitalisierung zu einer Verschärfung des sozialen und politischen Konflikts führen. Dann könnten die armen Massen, die lediglich Schaden nehmen durch das Projekt, sich der revolutionären Bewegung für ein freies und unabhängiges Kurdistan anschließen.

Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes Gießen

Anmerkungen:

1 Kamran Inan, Staatsminister, in: GAP, Special Issue.Buyers'Highlights from Turkey. Ankara 1989, S.7

Zum Weiterlesen:
medico-report Nr.7, GAP, Frankfurt 1989
Gap-Broschüre, 100 Seiten, 5 DM, Bezug: Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes, c/o Buchladen Kleine Freiheit, 6300 Gießen 11

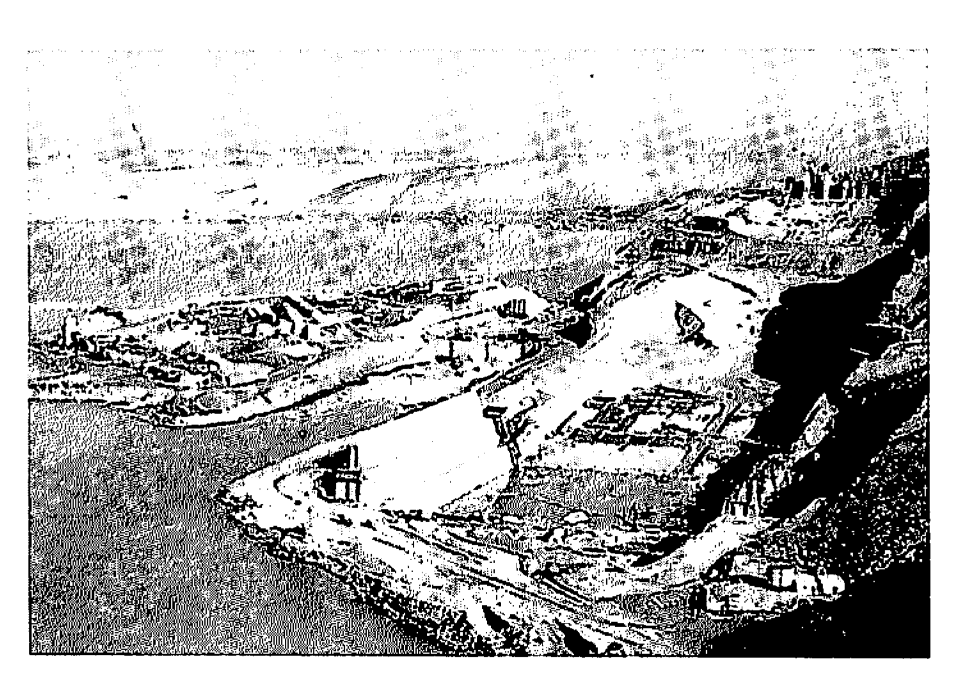


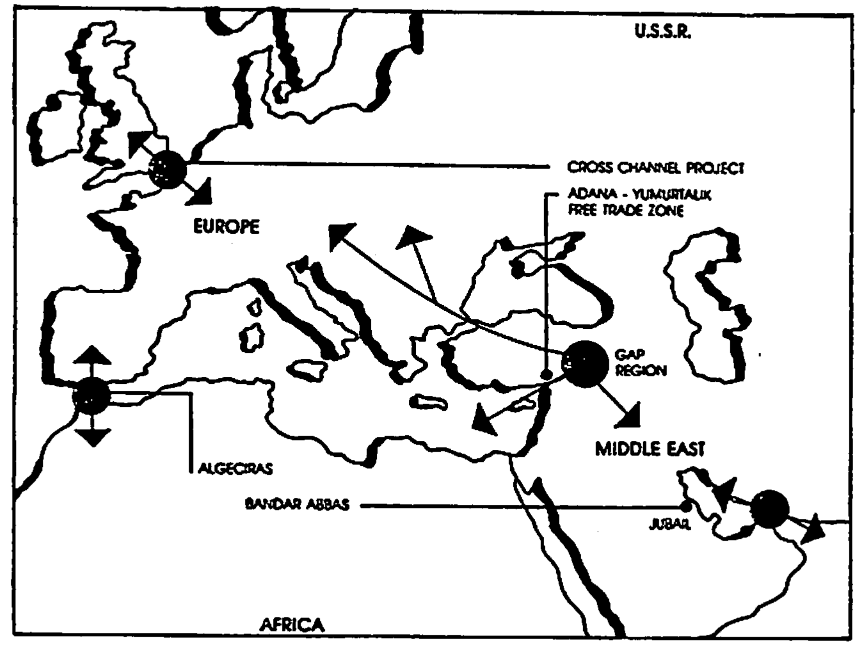
Türkische Regierungspolitik und internationale Interessen in Nordkurdistan

Die heutige Situation der kurdischen Region innerhalb der türkischen Republik beruht zum größten Teil auf einer konsequenten „Nichtentwicklung" (in diesem Fall kann noch nicht einmal von „Herunterentwicklung" gesprochen werden, da mit einer systematischen Entwicklung nie begonnen wurde). Über Jahrzehnte hinweg verzichtete die türkische Zentralmacht darauf, Öl-, Phosphat- und Erdgasreserven der Region auszubeuten oder die Wasserenergiereserven der Flüsse Euphrat und Tigris auf optimale Weise zu nutzen. Sie galt nie als völlig befriedet und somit für staatliche oder private Investoren nur in geringem Maße nutzbar. Maßnahmen, die der Niederhaltung der Kurden dienten, hatten immer Vorrang vor ökonomischer Verwertung. Ismail Beşikçi vertritt die Ansicht, daß die türkische Regierung (wie auch die anderen drei Kolonialregierungen, die über einen Teil der transnationalen Kolonie Kurdistan verfügen) die klassische ökonomische Beziehungen zwischen Kolonialmacht und Kolonie vor einer Politik der Zerstörung der kurdischen Identität in den Hintergrund treten läßt. Beşikçi beschreibt diese Politik folgendermaßen: „*... so kann die türkische Regierung auch ganze Regionen entvölkern und verbannen, auf fruchtbarem Boden großräumige Kasernen anlegen ... die gemeinsame Strategie der Kolonialstaaten und ihrer Verbündeten ist es, die Bevölkerung zu assimilieren und die natürlichen Grenzen der Nation Kurdistan verschwimmen zu lassen.*" (I.B. Devletlerarasi Sömürge Kürdistan, Istanbul 1990)
Die von Beşikçi erwähnten Kriterien bestimmten die türkische „Kurdenpolitik" bis zum Militärputsch 1980. Danach erklärte die Regierung Özal, dem Auslandskapital die Tore öffnen zu wollen, und ergriff entsprechende Maßnahmen: Die Gesetze des Marktes - konkretisiert in denen der Weltbank und des IWF - sollten die Politik des Landes bestimmen und vor allem mit dem gigantischen Südostanatolienentwicklungsprojekt GAP war eine Beispielsregion im „unterentwickelten Osten" geplant worden. Für das GAP wurde ein Masterplan erstellt, demzufolge die „Industrialisierung" der 6 Provinzen bis zum Jahr 1990 schon erheblich fortgeschritten sein müßte. Auf verschiedene Aspekte des GAP soll hier nicht weiter eingegangen werden (ausführlich im Medico Report Nr. 7), wohl aber auf die Bedingungen, die eine ökonomische Entwicklung der Region notwendig machten.

Kurdistan und die internationale Bedeutung der Türkei

Solange die Türkei ihre Position innerhalb des Weltgefüges und besonders innerhalb der westlichen Welt mehr nach geostrategischen als nach ökonomischen Gesichtspunkten behaupten konnte, stand die militärische Priorität bei der





„Strategische" Lage der GAP-Region

„Kurdenpolitik" nicht im eklatanten Widerspruch zu den Interessen der USA und denen der europäischen Staaten. Im Gegenteil, das westliche Kapital investierte zwar trotz allem Liberialismus weniger als erwartet in der Türkei, die sich nach dem Militärputsch 1980 mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln als Billiglohnland anzubieten versuchte, aber die Wirtschafts- und Rüstungshilfe floß mit der Machtübernahme der Militärs im gewünschten Maße (der Rüstungssektor war allerdings auch einer der wenigen Sektoren, in denen die ausländischen Investitionen fast das gewünschte Maß erreicht hatten). Die Türkei als Bollwerk gegen einen sowjetischen Durchmarsch zum Mittelmeer (Bosporus und Dardanellen) und als Grenzmacht zum Mittleren Osten mußte integraler Bestandteil der westlichen Welt bleiben und durfte ihre Anbindung an den Westen nicht durch innere Unruhen in Gefahr bringen; deshalb erhielt die Türkei bei der Niederschlagung oder präventiven Verhinderung dieser Unruhen alle mögliche Unterstützung. Die BRD hatte in ihren Beziehungen mit der Türkei einen Sonderstatus eingenommen; sie spielte mehr oder weniger direkt die Rolle einer Schutzmacht der Türkei und erfüllte damit ihre Pflichten innerhalb der die zweite Hälfte der 70er Jahre beherrschenden „Out of Aerea"-Debatte der NATO. Aufgrund ihrer besonderen politischen Situation war eine direkte Teilnahme der BRD an „out of aerea" - Eingriffen nicht denkbar; so beschränkte sie sich darauf, das „Sprungbrett Türkei" aufzupäppeln.

Mit der Perestroika hat sich diese Position geändert. Die Türkei verliert nun innerhalb der NATO als einziger direkter Nachbar der UdSSR an Bedeutung; die Notwendigkeit, Rüstungs- und andere Hilfen in sie hineinzupumpen, damit sie nicht „ins andere Lager überwechselt", steht nicht mehr zur Debatte, da das „andere Lager" mittlerweile in Auflösung begriffen ist und sich seinerseits um gute Beziehungen zur Türkei bemüht. Nicht vermindert, sondern eher noch verstärkt hat sich die Notwendigkeit einer nach westlichen Kriterien loyalen Ordnungsmacht in der Mittelostregion, da deren Ausrichtung in einer „Nach-Perestroika-Welt" noch absolut nicht einzuschätzen ist, die aber nach westlicher Sichtweise „voll unberechenbarer Gefahren steckt". Die Äußerung des US-Botschafters in der Türkei, Strausz Hupe, am 5.4.90 in der türkischen Tageszeitung Cumhuriyet läßt sich durchaus als richtungsweisend für eine mögliche Entwicklung der Türkei werten:

„Aufstände, Guerillaaktivitäten, C-Waffenangriffe auf Zivilbevölkerung bei ihren südlichen Nachbarn, die Wirrungen im Süden der UdSSR und die Revolutionen in Osteuropa können eine Bedrohung der Ölquellen von verschiedenen Seiten zur Folge haben ... durch Truppen- und Rüstungsreduzierung in Europa sind wir heute nicht mehr in der Lage, einer möglichen Bedrohung der Türkei auf angemessene Weise entgegenzutreten. Einer Türkei, die aber nicht nur vorgeschobene Wachstation, sondern auch diplomatische Tür zum Mittleren Osten bedeutet und in dieser Frage wesentlich mehr Geschick bewiesen hat als Israel." Der prominente Leitartikler C. Candar schlägt in der Tageszeitung Güneş in die gleiche Kerbe: *„Traditionelle Brüderlichkeit und ähnliches sind im Mittleren Osten leere Phrasen. Jetzt, da diese Region ihren Platz in einer neugeordneten Welt sucht, geht es darum, stark zu sein. Eine Möglichkeit der Türkei, stark zu sein, bietet sich im ökonomischen Bereich, durch das Wasser ... Wenn ein Gendarm für den Mittleren Osten gebraucht wird, warum dann nicht die Türkei? Es ist immer eine harte Arbeit, politisch Einfluß zu gewinnen. Wir dürfen nur nie vergessen, daß die Position der Türkei im Westen immer stärker von ihrer Position im Mittleren Osten abhängt."*

Diese beiden Zitate, nur kleine Ausschnitte aus einer Diskussion, die die türkische Presse - und nicht nur die - seit Monaten beschäftigt, sind zumindest ein Anhaltspunkt dafür, daß die Pläne, die Türkei als Brückenkopf im Mittleren Osten zu nutzen, eher noch aktueller geworden sind. Angesichts der unübersehbaren Aufrüstung des südlichen Nachbarn Irak werden nicht nur in der Türkei Stimmen laut, die ihre Ausklammerung aus den Rüstungskontrollgesprächen der NATO fordern, da ihre Verteidigungsbereitschaft, wie Hupe auch andeutet, wichtiger und notwendiger denn je ist. Ein Sprecher des Generalstabes erklärte am 18.5.90 der Zeitung „Cumhuriyet", daß „eine Rüstungsminderung der nördlichen Nachbarn nicht den Blick für so manche regionale Bedrohung verstellen darf", und plädiert ganz offen für eine weitere Aufstokkung des türkischen Rüstungshaushaltes und der Rüstungshilfen für die Türkei. Rein militärisch dürfte sich die Türkei dennoch in einer Periode, in der der Irak sich in der Lage sieht, sogar der regionalen „Supermacht" Israel zu trotzen, und auch andere arabische Staaten gigantische Aufrüstungsprojekte vorweisen (siehe Grafik), nicht durchsetzen können.

Die Türkei ist vielmehr darauf angewiesen, ihre mögliche Vormachtstellung in der Region auf anderer Ebene auszubauen. Hier ergibt sich momentan ein, wenn auch begrenzter, Vorteil durch die engere Anbindung der Türkei an Europa und ihre gleichzeitige Mitgliedschaft in der „Konferenz islamischer Staaten". Daraus ergibt sich die Möglichkeit, als Lieferant für europäische Technologie aufzutreten. So leistete die Türkei dem Irak gemäß eines Abkommens im Rahmen des türkischen Staatsbesuches in Bagdad noch Anfang Mai 1990 sozusagen Entwicklungshilfe auf Gebieten wie Ausbau von Telekommunikation, Gesundheitswesen, Verkehrswesen, und in der Zement- und Stahlindustrie. Weiterhin stellte sie dem Irak im Mai Exportkredite zu relativ günstigen Zahlungsbedingungen zur Verfügung (zwei Mal 400 Mio. Dollar im Rahmen eines internationalen Wirtschaftsabkommens). Gleichzeitig wurden 1990 ihre Handelsbeziehungen zum Iran intensiviert und der Entwurf eines iranisch/türkisch/pakistanischen Handelsabkommens aus der Zeit des Schahs wieder aus der Mottenkiste geholt.

Machtfaktor Wasser

Der größte Machtfaktor der Türkei liegt aber zweifelsohne in ihrer Verfügungsgewalt über den Wasserhaushalt der Flüsse Euphrat und Tigris - nach Fertigstellung des GAP natürlich. Die Auseinandersetzungen der drei Länder Türkei, Irak und Syrien um eine Verminderung des Wasserflusses bei einer ersten Füllung des Atatürkstaudammes im Januar 1990 hat die Welt aufhorchen lassen. Irak und Sy-

rien sind beide mehr oder weniger völlig von den Wassern des Euphrat und des Tigris abhängig, sowohl was Bewässerung als auch, im Falle Syriens, Stromversorgung angeht. Schon 1986, während der Fertigstellung des Karakayastaudammes hatte die Türkei, damals um gegenüber Syrien ihren guten Willen zu beweisen, Strom für Damaskus geliefert. Nach Angaben einer Studie des amerikanischen „Center for Strategic and International Studies" (CSIS) muß Syrien bei planmäßiger Fertigstellung des GAP bis zu 1 Billion m³ im Jahr (BCM) Wasser einbüßen. Was den Irak angeht, so werden dort Einbußen allein in Bezug auf den Euphrat von 30 auf 11 BCM im Jahr berechnet, wobei der minimale Bedarf des Irak mit 13 BCM festgelegt ist. Die Türkei hat sich bis jetzt standhaft geweigert, sich auf internationale Verhandlungen, z.B. im Beisein der UNO, über das Wasser einzulassen. Sie sicherte den beiden Staaten lediglich 1987 eine Wassermenge von 500 m³ pro Sekunde zu und rief eine trilaterale Wasserkommission ins Leben, die jedoch weniger politische als technische Fragen zu klären hatte und deren 19. Sitzung mittlerweile ohne Einigung verlaufen ist. Ein erneuter „Wasserplan", den Minister Akbulut während seines Staatsbesuches im Irak im Mai '90 vorlegte, enthielt für Syrien und den Irak inakzeptable Bedingungen. Ziemlich offensichtlich war der Türkei nicht sonderlich an einer schnellen Lösung der Frage gelegen.

Wie skeptisch die arabischen Staaten einer Türkei mit Verfügungsgewalt über ihren Wasserhahn generell gegenüberstehen, das bewiesen schon die seit 1973 andauernden Diskussionen um das sogenannte „Friedenswasserprojekt"; zwei Pipelines sollen von den türkischen Flüssen Seyhan und Ceyhan, die beide in der Nähe der türkisch/syrischen Grenze in das Mittelmeer münden, nach Syrien, Jordanien, Saudi Arabien, Bahrein, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate Wasser liefern. Im Herbst vergangenen Jahres sträubte sich die Mehrzahl der betroffenen Staaten gegen das unter anderem auch vom CSIS favorisierte Projekt. Schon 1988 hatte in der „Kuwait Arab Times" gestanden: „Eine Türkei mit Zugriff auf den Wasserhahn kann die arabischen Staaten jederzeit erpressen." Von Syrien wurde die Pipeline sogar als „israelisch-türkischer Komplott gegen die arabische Welt" bezeichnet.

Die Türkei, die mit den Vorgängen in Osteuropa einerseits als Absatzmarkt vor allem für die EG weniger notwendig und für die NATO, wie schon gesagt, weniger überlebenswichtig geworden ist, hat so dennoch ihre „Chance", sich einen Platz in der neugeordneten Welt zu bestimmen, der weiterhin erhebliche westliche Unterstützung rechtfertigt. Doch diese Position hängt mehr denn je von der kurdischen Region ab. Auf die ökonomische und politische Situation in Kurdistan und nicht zuletzt auf die Fertigstellung des GAP



Karokay-Staudamm

wird es ankommen, ob sie diesen Platz einnehmen kann oder nicht.

Öl in Nordkurdistan und die türkisch-irakischen Beziehungen

Ölförderung in der Türkei war bislang weder in der Türkei selbst noch in bezug auf ausländische Investitionen ernsthaft diskutiert worden. Seit den 60er Jahren gibt es Ölförderungsanlagen im Umkreis der kurdischen Städte Batman und Diyarbakir, die aber nie mehr als 2-3 % des türkischen Ölbedarfes decken konnten. Für die Türkei selbst war es billiger gewesen, Rohöl vor allem aus dem Irak zu importieren und in der Türkei raffienieren zu lassen. Der Irak mußte sowieso eine bestimmte Menge Rohöl als Wegezoll für die 986 km lange Pipeline von Kirkuk zum türkischen Mittelmeerhafen Iskenderun abgeben. Ein Transportweg übrigens, der während des Krieges zwischen Iran und Irak enorm an Bedeutung gewonnen hatte. Gerade während dieses Krieges, also in den letzten 5-6 Jahren, hat es jedoch in der türkischen Ölförderung einen enormen Aufschwung gegeben; neue Initiativen waren vor allem und zuerst von der türkischen Gesellschaft Türkiye Petrolleri Anonim Ortakligi (TPAO) in Angriff genommen worden. Im Dezember 1989 veröffentlichte das in den Vereinigten Staaten erscheinende „Oil and Gas Journal" dann einen Artikel mit der Überschrift „Big increase in Turkey's reserves seen possible". In dem Artikel ist von steigendem Interesse multinationaler Ölkonzerne an türischem Öl die Rede, da „die enormen Erfolge der TPAO in den vergangenen Jahren gezeigt haben, was in der Türkei möglich ist."

Auch wenn trotz aller dieser Meldungen noch nicht - und aus Gründen, auf die ich noch kommen werde, wahrscheinlich überhaupt nie - von einem Ölland Türkei gesprochen werden kann, ist es wichtig, die Entwicklungen auf diesem Gebiet eingehender zu betrachten, als dies bisher geschehen ist.

Ölvorkommen

Neben einigen Suchbohrungen im nördlichen Marmarameer, im Schwarzen Meer und in Thrazien konzentrieren sich alle Aktivitäten in bezug auf Ölsuche und -förderung auf kurdisches Territorium. Das größte Ölfeld innerhalb der Grenzen der türkischen Republik befindet sich in Garzan, im Umfeld der kurdischen Provinzstadt Batman. Ein weiteres reiches Förderungsgebiet liegt um den berühmten Berg Nemrut (8. Weltwunder) in der Nähe der Stadt Adiyaman. Beide Felder liegen also auch innerhalb der GAP-Region. Weiterhin wird schon seit über 20 Jahren in der Umgebung von Diyarbakir Öl gefördert. Neue Suchbohrungen konzentrieren sich auf die Gegend um Mardin bis hin zur syrischen Grenze, auf die Region östlich von Diyarbakir und auf den türkisch-iranischen Grenzstreifen in der Nähe der kurdischen Großstadt Van. Nach Meinung von Experten liegen die reichsten Reserven qualitativ besten Öls in der Gegend um Adiyaman, in der erst seit wenigen Jahren systematisch Öl gefördert wird.

1988 wurden in der Türkei 2563875 t Rohöl gefördert. Die Zeitschrift „Oil and Gas" schätzt die vorhandenen Reserven in dem zitierten Artikel auf 2 Billion bbl. Nur ein sehr kleiner Anteil des in der kurdischen Region geförderten Öls, 623078 t, werden auch in der Nähe des Förde-

„Wenn wir die Türkei nicht entdeckt hätten, dann würden wir wohl jetzt versuchen, in mehreren Mittelostländern gleichzeitig zu investieren. Doch die Türkei ist günstiger für uns. Wir können Produkte von hier aus als türkische Ware nach dort verkaufen."

Ausländische Investitionen in der GAP-Region

Dieses Zitat stammt von einem der drei australischen Unternehmer, die sich im Oktober 1989 an der internationalen Landwirtschaftsmesse „Agro GAP" in Urfa beteiligten. Die meisten der 43 internationalen Aussteller aus insgesamt 9 Ländern äußerten sich ähnlich positiv über das Investitionsgebeit GAP-Region. So z.B. der Beauftragte des bayrischen Landwirtschaftsministeriums, Eberhard Klaus: *„Hier läßt sich wunderbarer Exportweizen anbauen. Außerdem interessieren wir uns für Viehzucht, wir sind auch durchaus bereit, Einführungskurse für hiesige Züchter zu geben."*
Ein Vertreter der französischen „Picardie Marketing Partenaires" sucht für seine Joint-ventures „lokale Unternehmer", keine aus Istanbul oder Ankara - und ist wahrscheinlich noch nicht darüber informiert, daß sich sogar die lokalen Unternehmer in Istanbul und Ankara tummeln.
Theroretisch stellt sich die GAP-Region als Investitionsparadies für ausländische Unternehmer dar: Hier könnte die von der Türkei immer wieder zitierte „Brückenfunktion" zu den Mitteloststaaten voll zum Tragen kommen; fruchtbares Anbaugebiet und verarbeitende Industrie vor den Toren der Mittelostländer, die ja selber kaum über Landwirtschaft, aber genügend Petroldollar verfügen, um qualitativ hochstehende Waren einzukaufen.
Mit der Perestroika und der schrittweisen Erschließung des Sowjetmarktes hat sich in den vergangenen Jahren noch ein weiterer, fast unbegrenzter Markt im Norden der GAP-Region aufgetan. Handelsbeziehungen mit der UdSSR sind in den letzten vier Jahren erheblich ausgebaut worden. Zum vierten Mal führte die Außenhandelsgesellschaft TÜRKTRADE 1989 in Moskau eine „Ausstellung türkischer Exportartikel" durch. Die UdSSR liefert ihrerseits schon seit drei Jahren Erdgas in die Türkei und läßt sich dies durch eine Art Naturalientausch mit Exportartikeln bezahlen. Um einen Platz in dieser Austauschliste streiten sich eine ganze Reihe ausländischer Konzerne wie z.B. Bayer, Daimler Benz u.a. 1988 betrug der Wert der Erdgaslieferungen noch 100 Mio. Dollar, 1990 war er schon auf 250 Mio Dollar angestiegen, und für die kommenden Jahre wird ein weiterer Anstieg erwartet. Für die UdSSR ist die Türkei ein kleiner aber willkommener Partner, der wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht an weitgehende Bedingungen bindet und so in manchen Punkten den Europäern vorzuziehen ist. Wie wichtig die UdSSR der Türkei ist, zeigt die Tatsache, daß sich das hochverschuldete Land im vergangenen Jahr einen 350 Mio. Dollar-Kredit für den nördlichen Nachbarn buchstäblich aus den Rippen schnitt.
1988 wurde der Grenzübergang bei Sarp im äußersten Nordosten der Türkei nach 40 Jahren wieder in Betrieb genommen, und die UdSSR versicherte im Oktober 1989, daß sie *„die Probleme, die immer noch beim Transport leichtverderblicher Waren aus der Türkei entstehen, schnellstmöglich beseitigen will."* Im Frühjahr 1990 verkündete der Vorsitzende der Union der türkischen Börsen und Kammern (TOBB) A. Coskun: *„Kontakte mit demnächst unabhängigen Sowjetrepubliken sind von größtem Vorteil für beide Seiten. In einer Zeitspanne, in der die westliche Welt in harter Konkurrenz um Marktanteile an neuentstandenen Märkten liegt, die sich mit großer Schnelligkeit nach außen öffnen, können wir mit Stolz feststellen, daß sich die Handelsbeziehungen zu unserem Freund und Bruderstaat Aserbeidschan vertieft haben. Aserbeidschan kann nun direkten Handel mit der Türkei treiben, das wird sich mit der bevorstehenden Öffnung des Grenzüberganges Nahcivan noch intensivieren."*
Schon 1988 stellte der US-Wirtschaftsattache in Ankara in einem Interview mit der türkischen Wirtschaftszeitschrift „Ekonomik Panorama" fest, daß die Türkei in dem Wettlauf um den Sowjetmarkt eine *„geeignete Hintertür für die USA darstellt, um eine zu starke europäische Vormachtsposition zu verhindern"*. Im Mai 1990 erklärte der japanische Botschafter der gleichen Zeitschrift, die Türkei werde von japanischen Untenehmern als Sprungbrett für die Märkte „des Mittleren Ostens, Nordafrika und der UdSSR gesehen". Tatsächlich hat sich der Handel mit der UdSSR von 1988-89 um mehr als 100% von einem Handelsvolumen über 210 Mio Dollar auf 441 Mio Dollar erhöht. Beim Export in die Mitteloststaaten waren zwar im vergangenen Jahr leichte Einbußen zu verzeichnen, die „islamischen Staaten" sind jedoch immer noch der zweitgrößte Exportmarkt der Türkei nach der EG.
Durch Investitionen und Export in der GAP-Region könnten allerdings Exporte in diese beiden Märkte die Plätze eins und zwei einnehmen.
Theoretisch kann die GAP Region der Trumpf der türkischen Regierung sein, mit der es ihr endlich gelingt, das schon seit 1980 ersehnte Auslandskapital ins Land zu holen. Zur Zeit sieht die Praxis allerdings anders aus. Im Frühjahr dieses Jahres verzichtete eine deutsche Firma auf ein Joint-venture-Projekt in der Fleischindustrie in Diyarbakir, da die „notwendigen Infrastrukturen in der Region noch nicht vorhanden seien." Im vergangenen Jahr haben die Firmen Siemens und Schneider bereits auf Joint-venture-Unternehmen mit der für die Enwicklung der Wasserkraftnutzung der GAP-Region unter türkischer Eigenregie gegründeten Turbinen- und Motorenfabrik Temsan ebenfalls verzichtet. Der schon im Westen der Türkei aktive bundesdeutsche Unternehmer Dr. Schaden erklärte gegenüber der Zeitung Milliyet, er werde sofort investieren, „wenn die notwendige Infrastruktur geschaffen ist". Momentan führt seine Firma Experimente in bezug auf Bewässerungsprojekte in Antalya und Izmir durch, ist aber noch nicht bereit, sich in den Osten zu wagen. Zurückgezogen hat sich auch der Ölmulti Chevron, der 1988 mit Probebohrungen in der Gegend von Cizre - dem Zentrum des Volksaufstandes im Frühjahr 1990 - begonnen hatte. 10.5 Mio Dollar waren schon in das Projekt investiert worden, doch Chevron war nach eigenen Aussagen die Gegend zu unsicher.
Trotz all dieser Absagen muß gesagt werden daß, was heute schon vom GAP fertiggestellt ist, dennoch nur mit ausländischen Partnern möglich war. Alle fertiggestellten Staudämme wurden von Konsortien unter italienischer oder schweizerischer Federführung errichtet, der Kiralkizistaudamm, das einzige Temsanprojekt im Rahmen des GAP, wird mit australischer „Hilfe" durchgeführt.
Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß das internationale Kapital, vor allem das des zukünftigen vereinten Europas, die Entwicklung in der Region mit Aufmerksamkeit verfolgt und sich aller Vorzüge der GAP-Region wohl bewußt ist, doch, wie der Vorsitzende der DEG (Deutschen Entwicklunsgesellschaft) in Ankara, G. Mauser sagt, *„das Auslandskapital ist scheu wie ein Reh"* - und die Türkei hat es noch nicht geschafft, diese scheuen Tierchen anzulokken. So ist Nordwest-Kurdistan dann auch noch keine Region, in der die westeuropäischen Staaten oder auch die USA ihre vielzitierten sogenannten lebenswichtigen Interessen zu schützen haben. Sehr wohl aber eine, die, wenn die „Hausaufgaben gemacht sind", dazu werden kann. me

rungsgebietes raffiniert. Es gibt eine technologisch hoffnungslos veraltete Raffinerie in Batman (Baujahr 1955) mit einer Kapazität von 1,1 Mio t/Jahr, ansonsten wird das Öl über die 494 km lange Batman-Dörtyol-Pipeline an die Mittelmeerküste transportiert und dort in der Raffinerie Mersin verarbeitet oder aber eingeschifft und in eine der Raffinerien an der Westküste (Izmir) oder am Marmarameer (Izmit) transportiert.

Die Türkei wird auch in Zukunft nicht zu den ölexportierenden Staaten gehören. Für Konzerne wie Shell und Mobil wird sie auf jeden Fall ein relativ kleiner Posten in der internationalen Buchhaltung bleiben. Es stellt sich allerdings die Frage, warum heute im Gegensatz zu den vergangenen Jahrzehnten eine systematischere Ausbeutung der Ölquellen in Angriff genommen wird.

Einmal spielt die systematische Ausbeutung der Ölquellen als eine weitere Energiequelle innerhalb des GAP eine Rolle. Öl soll künftig nicht mehr „in der Wüste" gefördert werden, sondern in der „türkischen Pilotregion". Je mehr eigenes Öl die Türkei fördern kann, desto geringer wird auch ihre Abhängigkeit von anderen ölexportierenden Staaten, allen voran ihrem Hauptlieferanten Irak. In der GAP-Region böte sich so ausländischen Investoren eine relativ ausreichende Energieversorgung, und der Irak hätte in Verhandlungen mit der Türkei einen Trumpf weniger auszuspielen. Momentan werden die Devisenschulden des Irak an die Türkei mehr oder weniger ausschließlich mit Öllieferungen bezahlt. Auch für den erneuten Kredit über 2 mal 400 Mio Dollar, der dem Irak im Mai diesen Jahres gewährt wurde, ist dieser Zahlungsmodus vorgesehen. Eine vom Öl weniger abhängige Türkei könnte in Zukunft solche Kredite als Druckmittel für andere Zugeständnisse nutzen.

Fazit

Wir haben mit dem GAP gepokert und verloren", sagte der türkische Minister und erster Berater des früheren Minister- und heutigen Staatspräsidenten Özal, Adnan Kahveci, nach den für die Regierungspartei verheerenden Kommunalwahlen im Frühjahr 1989. „Wenn wir das Geld, was wir schon ins GAP gesteckt haben, in Infrastrukturprojekte gesteckt hätten, dann hätten wir die Wahlen nicht verloren."

Kenner der innenpolitischen türkischen Situation werden zugeben, daß dem nicht zu widersprechen ist, sie werden Kahveci allerdings auch einen hoffnungslosen Optimismus vorwerfen. Die türkische Regierung verfügt schon lange nicht mehr über die Alternative, die er hier aufstellt. Sie kann es sich unter keinen Umständen leisten, nicht ins GAP zu investieren, hat aber andererseits keinerlei Mittel, es zu tun. Der Teufelskreis, der sich daraus ergibt, wird nicht nur dem türkischen Ministerpräsidenten schlaflose Nächte bereiten: Nur eine wirtschaftlich starke Türkei, die in ihren kurdischen Provinzen über Strukturen verfügt, die ihr erlauben, die südlichen Nachbarn mit ihrem Zugriff auf Euphrat und Tigris zu erpressen, hat einige Attraktivität für westliche Partner vorzuweisen. Als potentielle Ordnungsmacht im Mittleren Osten steht sie nicht ohne „Mitbewerber" da: Da ist einmal Ägypten, das wieder Ansprüche in dieser Richtung geltend macht und das Gipfeltreffen der arabischen Staaten im Mai '90 als ersten Anlauf in dieser Richtung nutzte; da ist Syrien, das sich, um einem drohenden Bankrott zu entgehen oder besser, nicht in den allumfassenden Bankrott seiner Schutzmacht mithineingerissen zu werden, an seinen Erzfeind USA annähert, und da ist der bis an die Zähne aufgerüstete Irak, der außerdem seit Ende des Krieges „Liberalismus im Schnellverfahren" eingeführt hat und sich als Investitionsland zu profilieren versucht. Die Türkei hat zwar den Vorteil der Nato-Mitgliedschaft vorzuweisen, schlägt sich aber in der Region, die ihr Schicksal bestimmen wird, schon seit 1984 wieder mit der kurdischen Befreiungsbewegung - und das seit ungefähr zwei Jahren immer heftiger. Das wirkt abschreckend auf potentielle Investoren und liefert außerdem den beiden Nachbarn Irak und Syrien einen weiteren Trumpf, den sie einer Erpressung bezüglich der Wasser des Euphrat und Tigris entgegensetzen können: Mit beiden steht - aus türkischer Sicht - die Unterzeichnung eines neuen Grenzsicherheitsabkommens auf dem Programm. Beide Nachbarn sind im Moment jedoch ganz und gar nicht gewillt, diesem Abkommen zuzustimmen und damit den Verhandlungsgegenstand „PKK-Unterstützung" aus der Hand zu geben. Solange die PKK in der Türkei an Stärke gewinnt, werden sie sie als Trumpf in der Hinterhand benutzen und die aktive und passive Unterstützung nicht abbrechen.

Die türkische Regierung steht also unter einem enormen Zeitdruck. Noch ist „ihre" kurdische Region nicht soweit in internationale Profitplanung eingebunden, daß sie unverzichtbar wäre und nicht z.B. der Irak an ihre Stelle treten könnte. Diese Position wird sie aus eigener Kraft nie erreichen. Anstrengungen, den Irak und Syrien dazu zu bewegen, der Weltbank gemeinsame Projekte bezüglich der Bewässerung der Region vorzuschlagen, stellen einen weiteren verzweifelten Versuch dar, Finanzmittel zu erhalten: Die Weltbank hatte eine teilweise Finanzierung des GAP mit dem Verweis auf politischen Zündstoff und einen eventuellen Krieg ums Wasser abgelehnt.

Ob es um die Position gegenüber den südlichen Nachbarn geht oder um die Investitionsbedingungen des Auslandskapitals, kein Weg geht für die türkische Regierung an der „Befriedung der kurdischen Region" vorbei - und das so schnell als möglich. Hier drohen allerdings in Zukunft die Widersprüche zwischen den Tauben und den Falken innerhalb der Türkei in weit größerem Maße als bisher aufzubrechen. Widersprüche zwischen den Vertretern des in- und ausländischen Kapitals, für das es letztendlich nicht ausschlaggebend ist, ob die Kraftwerk- oder Tabakarbeiter türkisch oder kurdisch reden, sich als Türken oder Kurden bezeichnen, und zwischen den Hardlinern, die mit jedem Zugeständnis an kurdische Forderungen die Staatsideologie und das Staatsgebäude ins Wanken geraten sehen und neidvoll zum südlichen Nachbarn Saddam Hussein schielen, der alle „seine Kurden" 1988 mit zwei bis drei chemischen Schlägen erledigt hat und dennoch international nicht gerade geächtet ist.

International gesehen hält man es eher mit den Tauben. Darauf weisen verschiedene Initiativen in den letzten zwei Jahren hin, bei denen die Kurdenfrage - allerdings nie unter der Überschrift „nationale Unabhängigkeit", sondern immer als „Menschenrechtsproblem" - erstmals in großem Rahmen abgehandelt wurde. Eindeutige Anweisungen erhielt wohl auch der Vorsitzende der SHP, Inönü, auf seiner Reise in die BRD und die USA im Mai dieses Jahres. Inönü, der in Bezug auf die Kurdenfrage eine reinere Lehre des Kemalismus vertreten hatte als Teile der Regierungspartei und sieben seiner kurdischen Mitglieder wegen Teilnahme an einer Kurdenkonferenz aus der Partei ausgeschlossen hatte, kehrte von seiner Reise mit einem „Südostreport" zurück, der in dem Kapitel „Maßnahmen und Vorschläge" auch die Freigabe der kurdischen Sprache und kulturelle Autonomie für die Kurden enthält. Die 7 Abgeordneten, die nach den Erfahrungen des Parteiausschlusses dabei waren, eine eigene Kurdenpartei zu gründen, sehen somit „für ihre Rückkehr in den Schoß der Partei keine Hindernisse mehr."

Gleichzeitig mit solchen „Überraschungspaketen" dauern die Evakuierungen, die Militärtransporte in den Notstandsregionen an. Die Falken sitzen zumindest in den Startlöchern und warten auf ein Scheitern der Tauben, um die türkische Kurdenfrage a la Saddam lösen zu können. Das werden sie spätestens dann versuchen, wenn die mittlerweile ja stark nach Osten ausgedehnte westliche Welt ihre Hoffnung auf eine friedliche Lösung begraben hat und nach dem laisse-faire-Prinzip eine mehr oder weniger gleichgültige Beobachterrolle einnehmen wird.

me

Dieser Artikel ist auszugsweise einer Broschüre zum Befreiungskampf in Kurdistan, den internationalen Interessen und dem GAP-Projekt, die demnächst bei medico international erscheinen wird, entnommen. Bezug: medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt/M. 1

Die ungeliebten Gäste

Flüchtlingslager der irakischen Kurden in der Türkei



Die Fotos aus den Flüchtlingslagern sind dem Buch „Giftgas, Flucht, Lager ...“ entnommen.

Die irakischen KurdInnen, die vor den Giftgaseinsätzen Saddam Husseins in die Türkei flohen, müssen nach wie vor größtenteils in Lagern in Türkisch-Kurdistan ums Überleben kämpfen. Die türkische Regierung bezeichnet sie als „Gäste". Doch was ist das für eine Gastfreundschaft, die ihre Gäste hinter Stacheldraht einsperrt. Kleidung, Decken und Nahrungsmittel sind kaum vorhanden. Die notwendige ärztliche Versorgung wird den Flüchtlingen verweigert. Die Forderung der Lagerkomitees, als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden und von internationalen Hilfsorganisationen versorgt zu werden, lehnt die Regierung ab. Sie hat kein Interesse an einer Internationalisierung der Flüchtlingsfrage, aus Angst, die türkischen KurdInnen könnten ebenfalls auf ihre Situation aufmerksam machen. Welche Auswirkungen wird die jüngste Krise in den türkisch-irakischen Beziehungen auf die Situation dieser Flüchtlinge haben? Bezeichnend ist, daß sich die Weltöffentlichkeit 1988 kaum um den Giftgasvölkermord an den irakischen KurdInnen gekümmert hat, während sie jetzt bei der Besetzung Kuwaits lauthals aufschreit.
Eine von medico international organisierte Delegation hatte vor kurzem die Möglichkeit, die Lager zu besichtigen.

Wir fahren mit dem Wagen entlang der Stacheldrahtzäune bis zum Haupteingang des Lagers. Kinder laufen neugierig auf die Zäune zu, Soldaten beäugen uns mißtrauisch. Am Lagereingang, die Posten. Mützen werden geradegerückt, man baut sich auf. Was wir wollen? Ausweise bitte. Haben Sie eine Erlaubnis aus Ankara? Ja, haben wir. Funksprechgeräte knattern, warten.
Eine Situation, die wir kennen. Seit acht Tagen sind wir in der Sicherheitszone. Das Zentrum dieser Zone ist die osttürkische Stadt Diyarbakir, die geheime Hauptstadt Kurdistans, wie viele Türkei—Kurden behaupten. Seitdem wir in diesem Gebiet der Türkei sind, haben wir uns daran gewöhnt, unter dem "Schutz" der türkischen Sicherheitspolizei zu stehen. Man wartet morgens in der Hotelvorhalle mit Maschinenpistolen bewaffnet auf uns, Polizisten mit verschlafenen Gesichtern schälen sich aus ihren Wolldecken. Im Rückspiegel der obligate Renault 12 mit drei Mann Besatzung. Der Posten gibt grünes Licht, wir dürfen ins Lager hineinfahren. Nach tagelangem Nervenkrieg können wir endlich mit den Flüchtlingen aus dem Irak sprechen.

"...sie sehen ja, wie dicht wir hier aufeinanderhocken"

Der Kontakt ist schnell hergestellt. Salih Haggi Husain kommt auf uns zu und begrüßt uns im Namen des Flüchtlingskomitees im Lager von Diyarbakir. Salih führt uns durch das Lager. 13.000 Menschen leben hier auf einer Fläche, die nicht größer ist als 6 Fußballfelder. 'Wie in einem Zwinger' geht mir durch den Kopf. Untätig sitzen Männer entlang der Stacheldrahtzäune, der Enge der Unterkünfte entfliehend. Selbst auf den Vordächern der Hauseingänge haben einige Platz gefunden. Sie spielen Schach mit aus Steinen improvisierten Figuren. Wartend, wie auf einem Gefängnisvorhof, stehen Männer in Gruppen zusammen. Wir betreten eine Wohnung. "In dieser Wohnung leben 26 Menschen, oft müssen bis zu 35 Personen in einer Wohnung unterkommen", sagt uns unser Begleiter. Als wir durch die etwa 40 Quadratmeter große Dreizimmer-Wohnung gehen, ist man gerade beim Mittagessen. In einem Raum, abgeteilt mit einer Decke, zähle

ich 15 Personen. "Sie sehen ja, wie dicht die Menschen hier aufeinanderhocken", sagt uns Salih, "unter solchen Bedingungen breiten sich ansteckende Krankheiten in Windeseile aus. Im Lager grassieren die Masern und der Typhus. Jeden Tag sterben zwei oder drei Menschen an den Folgen dieser Krankheiten, und die Schwächsten in der Kette, die Kinder, sie trifft es am härtesten."

In der Wohnung treffen wir auf eine Familie aus Birgin, einem Dorf in der Nähe der nordirakischen Stadt Zako. Wie bei allen Flüchtlingen, sind auch hier die Erinnerungen an die Tage der Flucht direkt und unverbraucht. "Sie griffen unser Dorf mit Flugzeugen und Helikoptern an", sagt uns ein Mann, der bei diesem Angriff zwei seiner Brüder verloren hat, "Das chemische Gift wirkte zuerst bei den Haustieren, wir flüchteten aus dem Dorf und versteckten uns; als die, die später kamen, erzählten, daß viele im Dorf tot seien und das Vieh verendet, liefen wir um unser Leben. Wir kamen hier an, nur mit dem, was wir auf dem Leibe trugen."

Kontakt unerwünscht

Etwa 8.000 Peschmergas, was so viel bedeutet wie "Frontkämpfer" oder "Avantgarde", leben in den Lagern. Ihr Auftreten ist trotz ihrer Niederlage stolz und selbstbewußt. Ihre Uniform erinnert an die der afghanischen Mudjahidin, doch von religiös-islamischem Fanatismus ist trotz ihrer engen Beziehungen zum Iran nichts zu spüren. In allen drei Lagern treffen wir auf Muslime, Christen und Yezidis, den Anhängern einer altiranischen Religionsgemeinschaft, die von fanatischen Christen und Muslimen als "Teufelsanbeter" denunziert werden.

Das einigende Band dieser Bewegung ist das Streben nach Anerkennung der Kurden als nationale Minderheit im Irak und nationaler Selbstbestimmung in einem föderalen Verbund mit Bagdad, erfahren wir bei einer auf die Schnelle für uns einberufenen Versammlung des Lagerkomitees. Soviel nationales Selbstbewußtsein in einer Region der Türkei, in der 8 bis 10 Millionen Kurden leben, muß der türkischen Regierung nicht ganz geheuer sein. Ankara versucht deshalb jeden Kontakt der Peschmergas mit der kurdischen Bevölkerung soweit wie möglich zu verhindern. Einzig in Diyarbakir, dem Sitz der Notstandsverwaltung für die Süd-Ost-Gebiete, scheint man sich sicher genug zu fühlen, jeden Tag einer kleinen Gruppe von Flüchtlingen das Verlassen der Lager zu erlauben; die anderen beiden Lager sind hermetisch abgeriegelt.

Inwieweit sich die Lager immer mehr zu einem innenpolitischen Kuckucksei für die Türkei entwickelt haben, wird an der Forderung der Lagerkomitees, eine Schule einrichten zu dürfen, deutlich. "Gegen eine Schule haben die türkischen Behörden nichts einzuwenden", sagt uns der Lagersprecher in Diyarbakir, "nur, daß der Unterricht in unserer Muttersprache, eben in Kurdisch, abgehalten werden soll, damit sind die türkischen Verantwortlichen nicht einverstanden." Eine Schule mit kurdisch als Unterrichtssprache, in einem Land, in dem selbst das Singen von Liedern in dieser Sprache verboten ist, dies scheint die Vorstellungskraft vieler türkischer Politiker zu übersteigen.

Hoffnungsvolles Händeschütteln beim Abschied im Lager Diyarbakir. Wir begeben uns zurück in die Hände unserer treuen Bewacher. Wie lange wir noch in Diyarbakir bleiben, wollen sie wissen. Nur noch eine Nacht, dann verlassen wir die Stadt und fahren nach Mardin.

"...Malaria oder Typhus gibt es im Lager von Mardin nicht"

Als wir die Serpentinen von Mardin herunterfahren, liegt plötzlich die Ebene von Haran, die bis weit nach Syrien hineinreicht, vor uns. Schon von weitem ist das Lager zu sehen. Hunderte von Zelten bilden einen weißen Punkt auf dieser bis zum Horizont reichenden Fläche.

In Mardin begleiten uns vier Sicherheitsbeamte durch das Lager. Ein offenes Gespräch mit den Flüchtlingen ist unter diesen Bedingungen kaum möglich. Nur über Umwege erfahren wir, daß im Lager über 200 Menschen an Malaria und Typhus gestorben sind. Wir fragen den diensthabenden Arzt in der Krankenstation, ein junger Mann, der in Gegenleistung zu einem Staatsstipendium in die Osttürkei dienstverpflichtet wurde und hier nur für einen Monat arbeiten wird, ob diese Zahlen realistisch seien. "Nein, Malaria oder Typhus gibt es im Lager von Mardin nicht", lautet seine den offiziellen Verlautbarungen Rechnung tragende Antwort. Hinter ihm, im gleichen Raum, liegt ein Mann auf einer Bahre, sich in Magenkrämpfen windend, von Fieber geschüttelt. Die Existenz der Menschen, die hier in langen Reihen vor der Ambulanz warten, auf Bahren herangetragen werden, wird einfach bestritten.

Das Lager von Mardin bietet die besen Voraussetzungen für die Entstehung von Seuchen. Die Wasserstellen sind offen. Es gibt keine Kanalisation. Abwässer werden in kleinen Gräben, die die Flüchtlinge angelegt haben, um die Zelte geleitet und versikkern dann im Boden. Für die 15.000 im Lager eingeschlossenen Menschen gibt es ganze 30 Toiletten, die in einem solchen Zustand sind, daß selbst unsere Freunde vom Sicherheitsdienst uns dorthin nicht folgen wollen.

"Alle meine Kinder haben Malaria", sagt ein Mann, der plötzlich auf uns zukommt. Seine Frau hält uns einen kleinen Plastikbehälter hin, halb gefüllt mit Weizenkeimen, "wir haben nicht genug zu essen", ruft sie empört, "unsere Kinder sind krank, und wie soll es werden, wenn es wärmer wird, wir werden alle sterben." Der Übersetzer weist die Frau zurecht, sie sei nicht in die Türkei gekommen, um sich darüber zu beklagen, daß" sie keinen Reis oder keine Seife bekommt. "Wir sind hier, weil wir vor den chemischen Waffen des Saddam Husain Regimes geflohen sind, und die Türkei hat uns aufgenommen, dafür sollen wir dankbar sein, also beklagt euch nicht." Dieser Dialog, in kurdisch geführt, wird von ihm nicht wiedergegeben. Erst später hilft uns ein kurdischer Journalist, dieses Gespräch, das wir aufgezeichnet haben, zu übersetzen. Eine Situation, die in Mardin immer





wieder entsteht. Die Flüchtlinge machen sich ihrer Empörung Luft, und der Übersetzer leitet das Gespräch in offizielle Bahnen. Aber auch er steht unter einem enormen Druck. Sich einerseits für die Belange seiner Leute einsetzend, wird jedes seiner Worte von den Sicherheitsbeamten aufgezeichnet. Jedes Nachfragen über die Lebenssituation im Lager wird beim Auftreten der Sicherheitskräfte zu einer Pein für die Befragten.

Gäste oder politische Flüchtlinge ?

Die "Gäste" der Türkei haben offensichtlich Angst vor ihren "Gastgebern". Die Flüchtlinge werden als Gäste der Türkei betrachtet. Der Forderung der Lagerkomitees, als politische Flüchtlinge anerkannt und von internationalen Hilfsorganisationen versorgt zu werden, steht die Türkei ablehnend gegenüber. Zwar forderte die Türkei eine finanzielle Unterstützung für die Betreuung der Flüchtlinge, doch eine direkte Beteiligung von internationaler Seite lehnt man strikt ab. So wurde- nach Auskunft von medico international - Ärzten und Ärztinnen aus der Bundesrepublik, die sich freiwillig für den Dienst in den Lagern meldeten, die Arbeitserlaubnis vor Ort nicht erteilt.
Die Türkei war bis zum Ausbruch der jetzigen Kuwait-Krise an einem positiven Verhältnis zum Irak interessiert, dies besonders im Hinblick auf den zu erwartenden Wirtschaftboom nach Beendigung des Golfkrieges. Der Kuhhandel war offensichtlich: Wir nehmen die Flüchtlinge auf, lassen aber keine internationalen Organisationen in die Lager. Die Füchtlinge erhalten den Status von "Gästen", und dem Irak bleibt eine internationale Kontrolle und Ächtung erspart. Politische Flüchtlinge aus dem Irak gibt es infolge dieser Lösung in der Türkei also nicht. Aber auch aus innenpolitischen Gründen hat die Türkei kein Interesse an der Internationalisierung der Flüchtlingsfrage. Die Kurden der Türkei, deren Existenz immer noch verleugnet wird - offizell nennt man sie "Bergtürken"- könnten im Windschatten dieser Initiative auf ihre Situation aufmerksam machen.

Vergiftetes Brot und Prügel

In allen Lagern ist die Angst vor den türkischen Sicherheitskräften deutlich zu spüren. Personen, die ungehindert mit Journalisten oder Komiteemitgliedern sprechen, werden später verhört. "Und die sind bei ihren Verhören nicht zimperlich", sagt uns ein Flüchtling im Lager von Mus. Offensichtlich sollen keine Informationen über die tatsächlichen Lebensbedingungen der Flüchtlinge an die Öffentlichkeit gelangen. Ein Bericht des türkischen Parlamentsabgeordneten für die Provinz Hakkari, Cumhur Keskin, scheint dies zu bestätigen. Cumhur Keskin erklärte in einem Interview mit der türkischen Tageszeitung Cumhuriyet, daß er sich mit von der Polizei verprügelten Flüchtlingen getroffen habe.
Die Verunsicherung und der Terror gegen die Flüchtlinge hat in den ersten Juniwochen einen weiteren Höhepunkt erreicht. So berichtet Angelika Beer, Bundestagsabgeordnete der Grünen, in einer aktuellen Stunde des Bundestages (22. Juni 1989) zur Lage der irakischen Kurden, von vergiftetem Brot, das mit Thallium versetzt an die Flüchtlinge im Lager von Mardin verteilt worden sei. Mehr als 5.000 Menschen seien an diesem vergifteten Brot erkrankt. Der Großbäcker hätte inzwischen gestanden, wer jedoch seine Auftraggeber waren, ist von türkischer Seite nicht zu erfahren.
Unsere letzte Station ist das Lager von Mus. Die Flüchtlinge leben hier in Baracken, die in den siebziger Jahren für die Erdbebenopfer in der Osttürkei errichtet wurden. Seit Jahren standen diese Behausungen leer und sind nur notdürftig wieder hergerichtet worden. In Mus fallen die Temperaturen im Winter bis zu zwanzig Grad unter Null. Die Fenster der Gebäude sind nur provisorisch mit Pappen oder Folien verschlossen. An einigen Hauseingängen hängen Wolldecken, da Eingangstüren fehlen. Ein eisiger Wind geht durch das Lager. Frauen stehen frierend mit roten Händen an den Wasserpumpen. Von den Kindern sind es nur die neugierigsten, die uns auf unserem Rundgang begleiten. Kunterbunt haben sie alles angezogen, was etwas Wärme verspricht. Ich frage einen Jungen, was er anzuziehen hat. "Diese beiden Jacken", sagt er etwas verschämt und zeigt mir seine beiden Sommerjacken, die er übereinander angezogen hat. Der Lagerdirektor von Mus reagiert überheblich auf die armselige Bekleidung der Menschen im Lager. Einige Kinder, die in Gummischlappen und nackten Füßen durch die Kälte laufen, veranlassen ihn zu folgendem Kommentar: "Schauen Sie", sagt er, selber sichtlich in seinem dicken Wintermantel frierend, "wir haben ihnen genügend Kleidung gegeben, aber sie ziehen sie einfach nicht an."
Als wir noch einmal von Außen um das Lager herumgehen, sehen wir hinter dem Stacheldraht den Friedhof. Kleine Erdhügel, mit Planen abgedeckt, damit die Hunde die Gräber nicht wieder aufscharren.
Wir machen uns auf den Weg zurück nach Ankara. Das Bild im Rückspiegel ist immer noch das gleiche. Doch plötzlich bleibt der Wagen hinter uns zurück. Ein Polizist steht grüßend am Straßenrand, wir haben die unsichtbare Grenzlinie der Sicherheitszone überfahren. Die Spannung löst sich. Noch einmal tauchen die Bilder der Letzten Tage vor meinen Augen auf. Und die Worte von Nazim Zainab Karam, Sprecher im Lager von Mus, gehen mir nicht aus dem Ohr: "Wir sind mit chemischen Waffen bekämpft worden, zu deren Herstellung Hilfe aus Europa und der Bundesrepublik gekommen ist. Man hat uns mit diesen Waffen bekämpft, viele von uns sind ums Leben gekommen, Tausende sind geflohen, und jetzt leben wir in diesen Lagern, und Sie können ja sehen, wie es uns geht, aber aus Europa kommt keine Hilfe. Was ist das für eine Welt, in der so etwas möglich ist."

Quelle: Giftgas, Flucht, Lager... Kurdische Flüchtlinge aus dem Irak in Flüchtlingslagern in der Osttürkei/Kurdistan, Verlag Gruppe Stimmbild, Vertrieb: Buchladen Taranta Babu, Humboldstr.44, 4600 Dortmund



In allen Lagern haben sich die gewaltsamen Übergriffe vermehrt: Am 13.5. wurde der Protest der InsassInnen des Lagers in Kiziltepe gegen wiederholten Besuch einer irakischen Delegation mit einem Schlagstockeinsatz der Polizei beantwortet.

Ähnliches geschah am 2.6. in Mus.Eine Demonstration mehrerer hundert Flüchtlinge zum Landratsamt als Protest gegen das monatelange Ausgehverbot wurde schon in den Ansätzen durch Schlagstockeinsatz der Sicherheitskräfte verhindert.

Weitere Druckmittel sind Kürzung der Essensrationen und Verweigerung von Medikamenten.In der türkischen Presse werden Politiker zitiert, welche die noch ca. 28.000 Flüchtlinge als nicht mehr tragbare ökonomische Last sowie als politische Gefahr bezeichnen. Daraus läßt sich schließen, daß gewaltsame Übergriffe und sonstige Schikanen weiter zunehmen werden.

Wie sich die Kuwait-Krise hierbei auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Verhandlungen zwischen Türkei und Irak über die Flüchtlinge liegen bis in unbestimmte Zeit auf Eis. Als Propagandamaterial gegen Hussein werden die „armen Giftgasopfer" zwar hier und da wieder ausgegraben, aber ihre Lebensumstände werden sich dadurch nicht verbessern. Weiterhin ist für sie Unterstützung durch eine internationale Öffentlichkeit ausgesprochen wichtig.

Red.

Weitere Entwicklungen in den Flüchtlingslagern und aktueller Stand:

Im November '89 kam eine irakische Delegation in das Lager bei Diyarbakir. Sie forderte vom dortigen Gouverneur die Auslieferung von 138 der Flüchtlinge, die ihnen als Peshmergas (Partisanen) bekannt waren. Im Austausch boten sie eine Gruppe von im Irak gefangengenommenen PKK-Mitgliedern an.
Eine Auslieferung der 138 hätte höchstwahrscheinlich ihren Tod bedeutet. 40 andere Flüchtlinge waren bereits ausgeliefert und im Irak gehenkt worden.
Die Zermürbungsversuche von Seiten der Türkei gegenüber den irakischen KurdInnen hielten an. Im Februar '90 gab es in Diyarbakir einen weiteren Vergiftungsfall durch in Brote eingebackene giftige Tabletten. Ca. 3000 Flüchtlinge wurden zum Teil schwer vergiftet, 400 mußten in der Uniklinik Diyarbakir stationär behandelt werden. Im Frühjahr 1990 wurden Pläne bekannt, nach denen die Lager in eine sehr konservative mittelanatolische Region bei Yozgat verlegt werden sollten. Dort wurde sofort lautstark protestiert; von einer Umsiedlung wurde abgesehen. Stattdessen wurde der Druck auf die LagerinsassInnen verstärkt, in den Irak zurückzugehen. Nach einem Staatsbesuch des türkischen Ministerpräsidenten Akbulut im Irak wurde verkündet, eine im März ausgerufene Amnestie für die Flüchtlinge werde verlängert, und wer zurückkehre, habe mit keinerlei Strafverfolgung zu rechnen. Dieser Propaganda schenkten die Flüchtlinge keinen Glauben. Wenn im Laufe dieses Jahres ca. 3000 Personen die enormen Repressionen nicht mehr aushielten und in den Irak gingen, so war dies nach eigenen Aussagen „nicht weil wir Saddam vertrauen, sondern weil wir hier auch sterben müssen".

SPENDENKONTO FÜR DIE KURDISCHEN FLÜCHTLINGE:

Medico International
Konto 1800 Stadtsparkasse Frankfurt
oder Postgiro Köln 6999-508
Stichwort: „Kurdistan"

Ausweitung des Handels nicht um jeden Preis

Erstaunt mußten wir feststellen, daß Konstanze Köstlin und Roland Müller vom Tübinger Weltladen die GEPA zur Zielscheibe ihrer Kritik an einer Handelsausweitung machen. Der GEPA wird unterstellt, ein „Projekt der Kommerzialisierung" zu verfolgen, das in erster Linie der „marktgerechten Anpassung eines Handelsunternehmens an die herrschenden Gegebenheiten" diene. Die Autoren vermitteln den Eindruck,daß eine Handelsausweitung der GEPA nichts anderes als „ein Handeln unter Weltmarktbedingungen darstelle, abgemildert um eine Art Mehrpreiskomponente und u.U. etwas bessere Handelsbedingungen". Der Artikel schließt mit einem Aufruf zur Schaffung dezentraler Importstrukturen. Dazu stimmig hat der Tübinger Weltladen die Zusammenarbeit mit der GEPA aufgekündigt.

Wir von der AKTION ARME WELT in Tübingen haben nicht den Eindruck gewonnen, daß die GEPA ihr Selbstverständnis und ihren Aufgabenbereich verändern will. Es ist richtig, daß sich die GEPA auf Drängen einiger Aktionsgruppen und Weltläden bereit erklärt hat, regional begrenzte Feldversuche im kommerziellen Lebensmittelhandel durchzuführen - meines Wissens in Würzburg, Freiburg, Tübingen und Wittlich (Eifel).

Die beteiligten Aktionsgruppen wollen mit ihren Projekten den Nachweis erbringen, daß sich ein fairer gehandelter Kaffee im kommerziellen Lebensmittelhandel behaupten kann,

- ohne daß die Aktionsgruppen Werbestrategien und Werbeaufwand kommerzieller Anbieter imitieren,
- ohne daß der Lebensmittelhandel Einfluß auf die Informationsarbeit beim Verkauf nimmt,
- und ohne daß die Weltläden einen Kunden- und Besuchereinbruch erleiden.

Kurzum: Die Initiatoren dieser regionalen Versuche sind der Auffassung, daß über den Verkauf von fairer gehandeltem Kaffee im kommerziellen Lebensmittelhandel auch Bevölkerungsschichten erreicht und informiert werden können, die den Zugang zu den Weltläden aus vielerlei Gründen bisher nicht gefunden haben. Eine wissenschaftliche Analyse und Auswertung dieser Versuche soll unseres Erachtens ein Element der im „Programm für einen fairen Handel" angekündigten Studie sein (s.u.).

Der Geschäftsführer der GEPA, Herr Herbst, wie auch der GEPA-Projektreferent, Herr Nicoleit, haben uns im Februar dieses Jahres unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß die GEPA sich zwar auf unseren Tübinger Versuch eingelassen habe, aber keinesfalls den Import von Kaffee bei einer bundesweiten Ausdehnung auf kommerzielle Anbieter organisieren kann und will. Die GEPA sähe ihre Aufgabe in erster Linie in der Versorgung der Weltläden, Aktionsgruppen und institutionellen Einrichtungen. Gerade im Hinblick auf ihre breite Produktpalette und ihre Verantwortung gegenüber den Projektpartnern und Gruppen im A3WH, dürfe die GEPA nicht vom Vertrieb des Kaffees an / über kommerzielle Anbieter abhängig werden.

Die GEPA knüpfte an die Lieferung des Kaffees an den kommerziellen Lebensmittelhandel eine Reihe von Bedingungen. U.a. hatten die beteiligten Aktionsgruppen und Läden die Betreuung des Kaffees in jeder einzelnen Verkaufsfiliale sicherzustellen. In Freiburg sind innerhalb von drei Monaten über ein Dutzend kleiner Betreuungsgruppen entstanden, die dafür sorgen, daß genug Infoblättchen aus liegen, daß der Kaffee richtig plaziert und nachgefüllt wird, und im lokalen Bereich Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Ich hoffe, daß auch den Kritikern klar geworden ist, daß sich die GEPA hier Bedingungen für ihr Handeln gesetzt hat, die einer „marktgerechten Anpassungsstrategie" im bundesweiten Maßstab im Wege stehen würden.

Wohl hat sich die GEPA in einer Art konzertierter Aktion mit Vertretern der evangelischen Kirche, der kirchlichen Hilfswerke, der AG3WL, der Verbraucherinitiative Bonn, der Aktion Arme Welt Tübingen, u.a. zusammengetan, um neue Wege für die Förderung und Ausweitung eines faireren Kaffeehandels auszuloten und einzuschlagen. Grundlage der Arbeit dieses Kreises ist ein Konsenspapier, das von Mitarbeitern und Vertretern der beteiligten Gruppen ausgearbeitet und am 16. Mai in Düsseldorf einmütig verabschiedet wurde. (Dieses Programm kann bei der Aktion Arme Welt in Tübingen angefordert werden).

Frieder Dieckmann
für die Aktion Arme Welt
in 74 Tübingen, Hirschgase 2.

Leserbrief

Professionalisierung des alternativen Handels und Handelsausweitung, wie sie von der Gepa propagiert werden, rühren an den Prinzipien des alternativen Handels an sich. Die Debatte sollte sich darauf konzentrieren, ob die angestrebte Kommerzialisierung mit diesen Prinzipien - Gerechtigkeit, Solidarität, Unterstützung statt Ausbeutung - vereinbar ist. Dies ist eine grundsätzliche Frage, es kann also nicht darum gehen, die Vor- und Nachteile eines solchen Schrittes gegeneinander zu stellen.

Der alternative Handel bietet die Möglichkeit eines nichtkapitalistischen Sektors im Trikont wie in den Metropolen. Auch wenn dieser Sektor dem kapitalistischen Markt gegenüber marginal ist und bleiben sollte, so hat die Möglichkeit des Absatzes kollektiv produzierter Waren wie auch hier die Möglichkeit gewisse Produkte eben nicht im Supermarkt kaufen zu müssen, viel gebracht; hinzu kommt noch die Information.

Die Aktion „sauberer" Kaffee ist ein Widerspruch zu den angeführten positiven Aspekten.

Die Supermärkte, in welchen die Gepa jetzt Kleinbauernkaffee vertreiben will, sind ein integraler Bestandteil des unmenschlichen Weltwirtschaftssystems; sie sind das Ergebnis der Subsumption und Vergesellschaftung des Reproduktionssektors durch das Kapital, Ausdruck des rationalisierten und kapitalisierten Konsums.

Bedingt durch die weltweite Ungleichzeitigkeit in der kapitalistischen Entwicklung vollzieht sich heute im Trikont die Konfrontation der Subsistenz mit dem Kapital, wie sie im Vormärz in den Metropolen begonnen hat. Der Reproduktionssektor wird schrittweise unter das Kapital subsumiert, durch Vertreibung, Vernichtung von „überflüssigen" Menschen, Degradierung zu Lohnarbeiter/inne/n und Kontrolle der Reproduktion. In diesem Zusammenhang zwischen Enteignung der Bäuerinnen und Bauern und Kontrolle der Reproduktion durch Supermärkte ist auch die Initiative der Gepa zu bewerten.

Die Produzent/inn/en, die ihre Produkte durch die Gepa vertreiben, sind dem imperialistischen Vernichtungskonzept entgangen, sie haben weiterhin bzw. wiederum die Möglichkeit, selbstbestimmt zu produzieren; die Gepa will jetzt, mit der Aktion „Sauberer Kaffee", diese Produzent/innen indirekt unter das Kommando des Kapitals stellen.

Die Kommerzialisierung der Gepa ist ein kapitalistischer Zynismus, mit dem die Soli-Bewegung nicht kokettieren sollte.

j.f.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf

Menschenrechtsverletzungen werden nur von den Herrschenden begangen, scheint nach wie vor weitverbreitete Meinung in der Solidaritätsbewegung. Wie sonst wäre die hilflose Bestürzung zu interpretieren, die nach dem Bekanntwerden der Menschenrechtsverletzungen der SWAPO im Juli/August '89 die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung befiel. Die Reaktionen reichten von „verdrängen und weitermachen" bis zur Distanzierung von der SWAPO. Diese Haltung ist jedoch kaum dazu geeignet, eine ernsthafte Auseinandersetzung herbeizuführen. Mit der Veröffentlichung der Broschüre „Menschenrechtsverletzungen der SWAPO" wollen die Herausgeber (s.u.) „die inhaltliche Diskussion durch den Versuch einer Analyse des Geschehens... weiterführen."

Ein halbes Jahr nach dem Wahlsieg der SWAPO ist die Berichterstattung über Namibia nahezu versiegt, und über die Greueltaten legt sich der Mantel des Schweigens. Umso wichtiger ist der Bericht von Helga und Ludwig Helbig, die ihr Leben seit mehr als 30 Jahren der Namibia-Solidarität gewidmet haben. Von Oktober bis Mitte November 1989 waren sie im Auftrag von medico unterwegs, um in Gesprächen mit ehemaligen SWAPO-Gefangenen, mit Wissenschaftlern und Journalisten, SWAPO-Funktionären, Lehrern, Ärzten und Anwälten der Wahrheit näherzukommen.

Ihren bestürzenden Bericht beginnen die Autoren mit einem Abriß über die Geschichte und Struktur der SWAPO. Hierbei wird deutlich, daß die demokratischen Strukturen der Partei aufgrund des Exils nie angewendet wurden. In kurzer Zeit bildeten sich innerhalb der SWAPO-Führung autoritäre Herrschaftsstrukturen heraus. An ihrer Spitze steht der Präsident mit einer eindrucksvollen Machtfülle: er ist Oberkommandierender von PLAN (People's Liberation Army of Namibia), dem militärischen Arm der SWAPO, er beruft und entläßt den „Military Council" sowie die SWAPO-Vertreter im Ausland, und er ist „the Leader and the Chief Executive Officer of the Organisation". Formal sollte er alle fünf Jahre vom Zentralkomitee gewählt werden, dessen Mitglieder wiederum vom Parteikongreß. Der letzte fand 1969/70 statt. „Führer wie Nujoma", so die Helbigs, „brachten ihre Titel aus der OPO (Ovambo People's Organisation/1959) mit und haben diese ohne demokratische Legitimation bis heute behalten."

Von den Anfängen der SWAPO 1960 ziehen die Autoren ihre Linie über mehrere „Vorlaufkrisen" bis hin zur aktuellen Phase der Menschenrechtsverletzungen der SWAPO 1980-1989. In ihrem Verlauf wurden hunderte von SWAPO-Mitglieder der Spionage für Südafrika bezichtigt, gefangengenommen und gefoltert. Die erpreßten Geständnisse, die zum Teil sogar nachweisbar falsch waren , führten im Schneeballsystem zu immer weiteren Verhaftungen.

Auslöser der „Vorlaufkrisen" war häufig der Mangel an kompetenten Führungskräften vor allem in den Trainingslagern der PLAN. Hinzu kam der Mangel an Nahrungsmitteln und Waffen sowie mangelnde Koordination zwischen politischer und militärischer Führung. Diese Mißstände führten bereits Ende der 60er Jahre zu Spannungen, welche die SWAPO mit Hilfe der tansanischen Armee erstickte . In der zweiten Hälfte der 70er Jahre kam es erneut zu einer Krise, die auch für die aktuellen Menschenrechtsverletzungen von Bedeutung ist. In dieser Zeit schlossen sich viele Mitglieder der '71 gegründeten SWAPO-Youth-League (SYL) der Exil-SWAPO an. Die Autoren zählen diese zu den „ersten 'Intellektuellen', (die) in größeren Zahlen zur Exil-SWAPO stießen". Geprägt von den Mißständen in den Trainingslagern forderten die Mitglieder von SYL die Einberufung eines Parteikongresses und die Neuwahl der Führung. Nujoma schlug erneut mit Hilfe Tansanias zu. Zwischen tausend und zweitausend Personen wurden gefangengenommen. Es gab Erschießungen und zahlreiche Gefangene werden bis heute vermißt. Bereits damals wurden viele Intellektuelle als 'Spione' verhaftet. „Alle Berichte schon aus jener Zeit", so die Autoren, „deuten darauf hin, daß die Führung oder Teile der Führung ihren Anti-Intellektualismus zum Herrschaftssystem erhob."

Auch bei den aktuellen Menschenrechtsverletzungen ergeben Namen und Herkunft der entlassenen Gefangenen, der Ermordeten und Vermißten eindeutig, so recherchierten die Helbigs, „daß die meisten von ihnen nicht aus Ovamboland, sondern aus den südlichen und zentralen Landesteilen Namibias kommen."

Dies ist insofern wichtig, da in Namibia ein kulturelles Süd-Nord-Gefälle besteht, das bereits während der deutschen Kolonialzeit angelegt wurde und sich unter der südafrikanischen Fremdherrschaft verfestigt hat. Die Deutschen richteten damals eine sogenannte Polizeizone ein, die die nördlichen Landesteile, also v.a. Ovamboland ausschloß. Innerhalb der Polizeizone wurden zunächst vereinzelt Schulen eingerichtet und ein Priesterseminar für Schwarze. Später wurde diese wie auch immer geartete 'Bildung' verstärkt. In den 70er Jahren versuchte dann Südafrika so etwas wie eine schwarze Mittelklasse zu schaffen, was mehrere Schulen für die „nichtweiße" Bevölkerung nach sich zog. Der Norden, als Kriegszone mit Ausnahmerecht, wurde nie in gleicher Weise miteinbezogen.

„Es versteht sich, daß sich dieser Bildungsunterschied ... auf die Exil-SWAPO durchschlagen mußte, je mehr Flüchtlinge aus den mittleren und südlichen Landesteilen ins Exil gingen.... Die Große Mehrheit der 'alten Garde' hatte wenig oder keine Schulbildung und saß an den Schalthebeln der Macht."

Der Anti-Intellektualismus ist jedoch nicht die einzige Ursache der Menschenrechtsverletzungen. Den „rationalen Kern des 'Spy-Dramas'" sehen die Autoren in dem Versuch der SWAPO, die militärischen Niederlagen in den 80er Jahren zu rechtfertigen. „Als 'Schuldige' wurden seit etwa 1980 ... immer mehr 'Spione' und 'Verräter' in den eigenen Reihen ausgemacht." Hinzu kommt die "Instrumentalisierung des Spionagedramas für den Machtkampf an der Spitze."

Auch mit der Freilassung der Gefangenen ist dieser unrühmliche Teil in der geschichte Namibias nicht beendet. Nach wie vor hat keine Rehabilitierung der Gefangenen stattgefunden. Aus Gesprächen erfuhren die Autoren, daß viele der ehemaligen Gefangenen Angst vor der Verfolgung durch die (damals) künftige SWAPO-Regierung haben. Darüberhinaus, so erfuhren die Helbigs aus einer Liste, die zurückgekehrte SWAPO-Häftlinge erstellten, werden noch fünfhundert Personen vermißt. Das Elternkomitee spricht von über tausend.

Die verschiedenen Stellungnahmen der SWAPO zu den Vorwürfen wurden von den Autoren zusammengefaßt. Sie machen deutlich, daß die SWAPO weit davon entfernt ist, sich mit dem Geschehenen auseinanderzusetzen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Deshalb sollte weiterhin „Solidarischer Druck" auf die SWAPO ausgeübt werden. Die Broschüre schließt mit einer Dokumentation der bundesdeutschen Diskussion über die Menschrechtsverletzungen der SWAPO zwischen Juni '89 und Februar '90. Sie ist jedem zu empfehlen, der bis im Sommer '89 geglaubt hat, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.

dh

Menschenrechtsverletzungen der SWAPO, herausgegeben von: AKAFRIK, ASW, BUKO, Dritte-Welt-Haus Bielefeld, medico international, WFD, Zimbabwe Netzwerk, Uschi Eid, MdB DIE GRÜNEN, Klaus Linsenmeier, Mitglied der Geschäftsführung BUNTSTIFT, März 1990, 17 Seiten + Dokumentation, Bezug: medico international, Obermainanlage 7, 6 Frankfurt, DM 7,-. Oder: informationszentrum dritte welt, Pf 5328, 7800 Freiburg

Letzte Hoffnung am Kap

Es gibt viele gute Bücher zu Südafrika, wenige jedoch über die Nachbarländer. Umso notwendiger war die Erscheinung dieses Buches. Die Autorin des umfassenden Berichts aus dem südlichen Afrika, Dorothea Gräfin Razumovsky, berichtet über die Vorgänge und Akteure aus eingehender persönlicher Kenntnis. Von 1980 bis 1988 lebte sie selbst in Johannesburg. Von ihr stammen auch die Taschenbücher „Frauen im Männerstaat Südafrika" (1987) und „Kinder und Gewalt in Südafrika" (1988). Sie ist freie Mitarbeiterin der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", des „Tagesspiegel" und anderen Zeitungen.
Vom „Wind des Wandels" im Afrika der frühen sechziger Jahre spannt sie den Bogen zu den eben begonnenen Gesprächen zwischen Südafrikas Staatspräsident de Klerk und seiner Ministerriege einerseits und Nelson Mandela sowie der ANC-Führungsmannschaft andererseits.
Zwischen diesen Einleitungs- bzw. Schlußkapiteln wird die Unterwerfung der Bevölkerungen im südlichen Afrika durch Briten, Buren, Portugiesen und Deutsche aufgezeigt, werden die Befreiungskämpfe und ihre Abwehr geschildert. Die Hintergründe und Zusammenhänge des mörderischen Wütens der Südafrikaner und ihrer UNITA-Hilfstruppen in Angola bilden hierbei den Anfang. Ein Stück Apartheidsgeschichte „von Vorster bis de Klerk" folgt, eingebettet in den Rahmen der Kolonialgeschichte zwischen „Europa und Afrika": der zielstrebigen Unterwerfung der Schwarzen, ihrer Arbeitskraft und Naturschätze. Die Darlegung der fragilen Unabhängigkeit von Sambia gehört ebenso dazu, wie der mit sambischer und mosambikanischer Hilfe erfolgreiche Befreiungskampf der Zimbabwer.
Südafrikas „totale Strategie", die Angola und Mosambik mit gezielten Schlägen paralysierte und Botswana, Lesotho und Swaziland zum Eldorado seiner Sicherheitskräfte machte, wird nachdrücklich geschildert. Pretorias böses Spiel mit Mosambik (Nkomati-Vertrag), seine MNR-Mörderbanden und Bonns zwielichtige Rolle (Strauß, Kohl) werden aufgezeigt. Namibias Kampf um seine Unabhängigkeit vom großen Nachbarn, möglich geworden durch Südafrikas Niederlage in Angola, beschließt die aufschlußreiche Länderdarstellung.

Stets werden die geschichtlichen Hintergründe, wirtschaftlichen Zusammenhänge und sozialen Folgen erläutert, die Verantwortlichen und ihre Handlungen benannt. Südafrikas Weg zur Atomrüstung, das tödliche „Flugzeugunglück" von Mosambiks Staatspräsident Samora Machel, die Ermordung von Herbert Chitepo, dem militärischen Stabschef der simbabwischen Befreiungsbewegung ZANU und andere Vorkommnisse sowie ihre Folgen sind detailliert beschrieben.
Die komplizierten Zusammenhänge bietet die Autorin souverän und einfühlsam dar, oft mit scharfen Seitenhieben. Verschont werden hierbei auch nicht bundesdeutsche Politiker und Sicherheitskräfte, wie am Beispiel des Vertuschens der Renamo-Umtriebe in der BRD gezeigt wird.
Dieses Buch über das südliche Afrika umfaßt erstmals die Geschichte und Zusammenhänge der gesamten Region, das unentrinnbare Aufeinanderangewiesensein der Bevölkerungen. Es weist auf den noch unsicheren, doch allein vernünftigen Versuch, zu einer Wirtschafts- und Politikgemeinschaft aller zu finden. Die nämlich ist „die letzte Hoffnung am Kap".

Reinhard Brückner

Dorothea Gräfin Razumovsky: Die letzte Hoffnung am Kap. Bericht aus dem südlichen Afrika, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, März 1990, ca. 400 Seiten, DM 44,-.

Vergessen

Bei der Broschüre „Goldsuche. Tod und Zerstörung in den Wäldern von Roraima", die in den „blättern" Nr. 167 rezensiert wurde, haben wir die Bezugsadresse vergessen. Bezug über: Brasilien-Initiative e.V., In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg.

Kurz geblättert

Gruppe Feministischer Internationalismus (Hg.), Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse: Der Reader greift feministische Theorieansätze zum internationalen Wirtschaft- und Finanzsystem auf. Anhand von Fallbeispielen setzt er sich mit den Auswirkungen der Verschuldungskrise auf die Frauen der „Dritten Welt" auseinander. Auch die ökonomische Situation in der BRD und deren Weltmarkteingebundenheit aus Frauensicht wird unter die Lupe genommen. Ferner werden anhand von Selbstzeugnissen von Frauenorganisationen in der „Dritten Welt" und hier vielfältige Ansätze und Alternativen zur Diskussion gestellt. Eine kommentierte Zusammenstellung von Adressen, Medien und Materialien runden den Reader ab. Bezug: edition CON, Bremen 1989, DM 26,-.

Klaus Heidel, Südafrika 1990: Im achten Werkstattbericht der Werkstatt Ökonomie werden die seit Ende 1989 unternommenen Reformen de Klerks unter die Lupe genommen. Der Autor geht der Frage nach, welche Gründe zu den Reformen führten und ob diese Reformen tatsächlich zur Abschaffung der Apartheid beitragen. Ein zweiter Teil befaßt sich mit den Wirtschaftssanktionen; was haben sie bisher geleistet und können sie weiterhin leisten. Bezug: Werkstatt Ökonomie, Obere Seegasse 18, 6900 Heidelberg, 1990, 22 Seiten, DIN A 5, 4,- DM.

Video

Video Alternativo, Streik in Nicaragua: Bereits kurz nach dem Machtwechsel am 25. April wird sichtbar, daß die UNO ihre Wahlversprechungen weder einhalten will noch kann. Der Cordoba wurde abgewertet, Inflationsschub und Preissteigerungen konnten nicht mehr aufgefangen werden. Der von den Sandinisten eingeführte Kündigungsschutz aus politischen Gründen für Personen, die in Behörden und Ministerien arbeiten, wurde außer Kraft gesetzt.
Am 7. Mai begann aus diesen Gründen der Streik in den verschiedenen Sektoren des öffentlichen Dienstes. Das Video zeigt die Auseinandersetzungen während des Streiks, die erste Konfrontation mit der Polizei und die Stimmung in der Bevölkerung. Bezug: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 78 Freiburg, VHS 22 min., Managua 1990, Verleih: DM 30,-.

Das Geschlecht des Lebens Frauen, Ökologie und Dritte Welt

Bäume sind unser Leben", sagen die Frauen der Chipko-Bewegung im nordindischen Himalaya, und sie haben bewiesen, daß sie zur Rettung der Bäume bereit sind, ihr Leben zu geben. Immer wieder umklammerten Frauen in den abgelegenen Regionen des Bundesstaates Uttar Pradesh Bäume, wenn die Holzfäller anrückten, um auch noch das letzte Stück Eichenwald ihres Dorfes zu fällen. Der Himalaya wird seit Jahren systematisch abgerodet, das Holz wird verkauft, zurück bleiben kahle Hänge an denen die Erosion nagt. Mit ihren spektakulären Aktionen gelang es den Frauen auf die drohende ökologische Katastrophe aufmerksam zu machen.

Die Chipko-Bewegung (chipko heißt übersetzt soviel wie umklammern) wurde weltweit bekannt und erhielt 1987 in Stockholm den „Alternativen Nobelpreis". Nicht zuletzt aufgrund des internationalen Interesses war die Landesregierung schließlich gezwungen, Beschränkungen für die Abholzung zu erlassen. Inzwischen wurde vielerorts mit Wiederaufforstungsmaßnahmen begonnen.

Vandana Shiva, vielen bekannt durch ihre Rede auf dem IWF-Gegenkongreß 1988 in Berlin, ist Autorin des Buches „Das Geschlecht des Lebens. Frauen, Ökologie und Dritte Welt". Ihr Buch ist der Versuch, Erlebtes und Gesehenes in eine umfassendere Theorie einzufügen. Sie ist den Fragen nachgegangen, woher die ökologische Zerstörung ihres Landes kommt, warum sie stattfindet, wer sie betreibt und was wir dem entgegensetzen können. Sie hat sich tief in die Keller des Patriarchats begeben und auf ihre Fragen in den historischen und wissenschaftlichen Abgründen der modernen Ratio eine einfache Antwort gefunden: Entwicklung!

Während die allgemeine Erwartung, Entwicklung bringe Fortschritt, Wohlergehen und Wohlstand weiterhin von vielen propagiert wird, lautet ihre Erkenntnis: Entwicklung bringt Verelendung und Not, insbesondere für die Frauen.

Im Namen von Entwicklung wurden Frauen aus ihren produktiven Tätigkeitsbereichen verdrängt. Land, Wasser, Wälder, die Basis für die Produktion lebens- und überlebensnotwendiger Güter wurden ihrer Kontrolle und Bewirtschaftung entzogen und zweckentfremdet, oder noch schlimmer, ökologisch unwiederbringlich zerstört.

„Die Ursachen, für die zunehmende Unterentwicklung der Frauen war nicht darin zu suchen, daß ihre 'Teilnahme' an dieser Art von Entwicklung ausgeblieben oder unangemessen gewesen wäre. Ganz im Gegenteil: Gerade ihre erzwungene und asymmetrische Beteiligung war schuld daran, daß die Frauen von den Vorteilen dieser Entwicklung ausgeschlossen wurden und dennoch die Zeche dafür zu zahlen hatten."

Diese Aussagen gelten für den gesamten Trikont. „Die 'Entwicklung' Afrikas durch westliche Experten ist der Hauptgrund für seine Zerstörung... Die autochthonen Völker Afrikas und Amazoniens haben dank ihrer ökologischen Wissenssysteme viele Jahrhunderte überlebt. Was die Menschen dort im Laufe der Geschichte bewahrt hatten, haben westliche Experten und westliches Wissen in wenigen Jahrzehnten und oft nur in ein paar Jahren vernichtet." Entwicklung zerstört ganzheitliche und tragfähige Lebensstile und löst so materielle Armut aus.

Dies ist ein Prozess der permanenten Gewaltausübung gegen die Natur und gegen die Frauen. Beides sieht die Autorin in gleichen Ursprüngen begründet, dem gleichen Denken entstammend. Die Wurzeln findet sie im „reduktionistischen Denken" der neuzeitlichen (Natur-) Wissenschaft.

„Der Reduktionismus reduziert mithin komplexe Ökosysteme auf eine einzige Komponente und diese Komponente wiederum auf eine einzige Funktion." Der Wald wird auf kommerziell verwertbares Holz reduziert und das Holz auf überwiegend zellulosehaltige Fasern für die Zellstoff- und Papierindustrie. Die Methodik wissenschaftlichen Erkennens beruht auf dem kontrollierten Experiment im Labor. „Das zu untersuchende Objekt wird willkürlich aus seiner natürlichen Umgebung isoliert und aus seiner Beziehung zu anderen Objekten und dem Beobachter oder den Beobachtern gelöst." Hier sieht Vandana Shiva die Quelle des Nicht-verstehens von Natur als Gesamtsystem mit vielfältigen, lebendigen, wechselseitigen Bezügen. Die angeblich neutrale und objektive Wissenschaft wird entlarvt als willkürlich zertrennend und vergewaltigend - ein Instrument des westlichen weißen Mannes, zur Etablierung und Zementierung seiner HERRschaft. Bereits bei ihrer Entstehung und heute noch immer verdrängt die Wissenschaft alle anderen Konzeptionen von Erkennen und Wissen und verwies die Denktraditionen anderer Völker in das Reich des Mystischen und Irrationalen. „Aus der Perspektive der unterdrückten Denktraditionen sind die 'Wahrheiten' des Reduktionismus Lügen. Warum sollten wir denn das Aufkommen der modernen Wissenschaft als großen Fortschritt für die Menschheit ansehen, wenn der größte Teil der Menschheit dafür die Kosten zu zahlen hatte und verelendete?"

Gerade diesen Teil des Buches, die Kritik am westlichen Modell von Wissenschaft und Entwicklung, fand ich besonders inspirierend und auch historisch und theoretisch gut herausgearbeitet. Wichtig vor allem deshalb, weil dabei deutlich wird, daß Ansätze zur Veränderung der Verhältnisse weitergehen müssen als bisher und auch „einen Wandel in den... Bewertungskriterien für Rationalität" erfordern. Beim Entwurf einer positiven Utopie können wir uns also nicht von den 'Experten' und 'Spezialisten' leiten lassen, sondern müssen uns selbst auf den Weg machen.

Auch hier setzt Vandana Shiva deutliche Perspektiven. Umkehr ist ihrer Meinung nach möglich. Das beginnt damit, voneinander Getrenntes wieder zusammenzufügen, denn „ökologisches Wissen kann nur partnerschaftlich gewonnen werden." Dabei, so meint sie, kommt den Frauen eine besondere Rolle zu: „Bei der Errichtung einer Demokratie alles Lebendigen und als Gegenkräfte zu einer Kultur des Todes und der Dispensierbarkeit könnten sie Hauptakteure werden."

Was die Frauen auszeichnet ist, nach Vandana Shiva, ihre „schöpferische Tätigkeit für die Aufrechterhaltung von Leben." Dabei wendet sie sich gegen die einfache Gleichsetzung von Frau und Natur als passiven Objekten, wie dies der patriarchalischen Ideologie entspricht. Vielmehr hört sie in den Stimmen der Frauen, die an den ökologischen Kämpfen ihres Landes teilnehmen, Stimmen der Befreiung und Umgestaltung. In diesen Frauen sieht sie nicht die leidenden Opfer, sondern die aktiv Handelnden und Kämpfenden.

Zur Erklärung dieser Aussagen nimmt die Autorin die Leserin mit auf die Reise durch ihre indische Heimat und sucht Frauen an unzähligen Orten auf, wo sie für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Wald, Nahrung, Pflanzen, und Tiere streiten. Immer wieder sind es Frauengruppen, die sich gegen die massiven Kampagnen von „grüner" und „weißer" Revolution wehren. Deren 'Errungenschaften': Wundersaatgut, Wunderbäume, Biotechnik, Pestizide, Hybridzuchte, bescheren ihnen in Wahrheit nur Dürre und Vergiftung, Hunger, Wüste und Armut.

In den ökologischen Kämpfen der Frauen der Dritten Welt sieht Vandana Shiva „Befreiungskategorien für alle". Es gilt Abschied zu nehmen von der Jagd nach der Fata Morgana „Entwicklung" und statt dessen die Kunst des Überlebens bei denen zu lernen, die Meisterinnen des Überlebens sind. „Das ist der einzig mögliche Weg, der in die Zukunft führt."

Lucia Koch

Vandana Shiva: Das Geschlecht des Lebens. Frauen, Ökologie und Dritte Welt, Rotbuch Verlag, Berlin 1989, Seiten 256, DM 19,80

Frauen als Versuchskaninchen

Die Regierung in Indien hat beschlossen, einen neuen Impfstoff zur Empfängnisverhütung an indischen Frauen zu testen. Nachdem die in den letzten Jahren gängigen hormonhaltigen Präparate, wie zum Beispiel hormonfreisetzende Intra-Uterin-Pessare und Implantationen, wegen ihrer vielen Nebenwirkungen in Verruf geraten sind, wird eifrig nach einer Alternative geforscht. Ziel ist es, eine Methode zur Geburtenkontrolle zu finden, die eine möglichst lange Wirkungsdauer hat - angepeilt sind 18 Monate - und die darüber hinaus auch einfach anzuwenden ist. Zur Zeit wird ein Impfstoff entwikkelt, der Antikörper gegen das bei der Schwangerschaft produzierte Hormon HCG bildet und so zum Abgang der befruchteten Eizelle führen soll.

Die Zielgruppe dieser Forschung sind Frauen aus der Dritten Welt, die für die Entwicklung neuer Strategien der Bevölkerungskontrolle als Versuchskaninchen herhalten müssen. Die indische Regierung erörtert in ihrem Fünfjahresplan bereits die künftige Einführung von Impfungen in das Familienplanungsprogramm.

Bereits vor 15 Jahren testete ein indischer Wissenschaftler die Wirkungsweise des Antikörpers gegen das HCG Hormon durch die Impfung von sechs nicht-sterilisierten Frauen. Zwei der Frauen wurden schwanger. Bei der nun geplanten Versuchsreihe sollen mindestens 200 Frauen getestet werden. Und dies, obwohl bereits schon im Vorfeld klar ist, daß der Impfstoff noch nicht so weit entwickelt ist, daß er auf den Markt gebracht werden könnte. Die momentane Wirkungsdauer der Impfung beträgt nämlich nur 6 Wochen. Um für die Familienplanungsprogramme effektiv eingesetzt werden zu können, müßte die Wirkung der Impfung aber 18 Monate andauern. Die besondere Gefahr der Geburtenkontrolle durch eine solche Impfung besteht darin, daß sie während ihrer Wirkungszeit irreversibel ist. Auftauchende unerwünschte Nebenwirkungen könnten also nicht beseitigt werden. Darüber hinaus kann aufgrund der verschiedenen körperlichen Reaktionen der Frauen die Wirkungsdauer der Impfung nicht exakt vorausgesagt werden. Auch dauert es nach der Injektion eine gewisse Zeit, bis die Wirkung einsetzt. In dieser Zeit müßten andere empfängnisverhütende Methoden eingesetzt werden.
So sind die Frauen wieder einmal Opfer einer rigiden Bevölkerungspolitik, deren gängige Praxis es ist, die Frauen weder über die möglichen Nebenwirkungen der empfängnisverhütenden Mittel aufzuklären, noch ihnen die freie Entscheidung unter den verschiedenen Verhütungsmethoden zu lassen.
Es sollten Verhütungsmittel entwickelt werden, die den Wünschen der Frauen entgegenkommen. Auch sollte auf dem Gebiet der Verhütungsmethoden für Männer intensiver geforscht werden.
Immerhin wird zur Zeit die Entwicklung einer Anti-Sperma-Impfung in Erwägung gezogen. Was dem allerdings entgegenstehen könnte, ist zum einen die Angst der Wissenschaftler, daß sich kaum männliche Versuchskaninchen für diesen Forschungszweck finden werden, zum anderen die Zweifel der Wirtschaft, einen ausreichenden Absatzmarkt für ein solches Medikament erschließen zu können.

ik



Propagandainstrument der Holzwirtschaft

Seit 1987 intensiviert die Bevölkerung in Sarawak, Malaysia ihren Kampf gegen die Zerstörung ihres Lebensraumes durch den Einschlag tropischer Hölzer für den Export. Trotz massiver Repressionen durch die malaysische Polizei wurden auch im Juni diesen Jahres wieder Blockaden errichtet, um die Holzwirtschaft von ihrem Land fernzuhalten.

Vor diesem Hintergrund veröffentlichte die Internationale Tropenholzorganisation (ITTO) im Mai 1990 ihren Bericht zur Regenwaldsituation in Sarawak.

Internationale Umweltschutzorganisationen übten auf einem Treffen in Penang (Malaysia) heftige Kritik an diesem Bericht. Sie werfen der ITTO vor, sie verschleiere die wahren Ursachen für den Konflikt zwischen Waldbewohnern und Holznutzern. Außerdem offenbare dieser Bericht den Kardinalfehler der ITTO: die Fixierung auf holzwirtschaftliche Fragestellungen und die Vernachlässigung ökologischer und sozioökonomischer Zusammenhänge.

Anstatt den Erhalt des Lebensraumes von 220.000 Menschen zur Priorität zu erklären, richte die ITTO ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Bedürfnisse der Holzhändler. Die Forderung der Menschen in Sarawak nach gesicherten Landnutzungsrechten werde in dem ITTO-Bericht kaum erwähnt und der mögliche Wert von sekundären Waldprodukten (Früchte, Nüsse etc.) sei überhaupt nicht untersucht worden.

Der Bericht der ITTO konstatiert für die holzwirtschaftliche Situation in Sarawak, daß bei den gegenwärtigen Einschlagsraten der Primärwald in elf Jahren verschwunden sein wird und empfiehlt den jährlichen Einschlag um 30% zu reduzieren, bei gleichzeitig zu verbessernden Einschlagsmethoden. Unabhängige Forstwissenschaftler kritisieren, daß ökologisch verträglichere Abholzmethoden, wenn sie sich denn überhaupt als verträglich erweisen sollten, sehr lange Anlaufzeiten benötigten, und die Wissenschaftler betonen, daß die ITTO-Forderung nach einer Einschlagsreduzierung das Sterben der Wälder von Sarawak nur um einige Jahre hinauszögern würde.

mk

Umkämpfter Exportmarkt EG

Je mehr die Zeit voranschreitet umso deutlicher wird, daß die Befürchtungen der Länder der Dritten Welt über die weitere Entwicklung ihres Außenhandels mit Europa berechtigt sind. Die wirtschaftlichen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa werden die Konkurrenz auf dem europäischen Markt für Halb- und Fertigfabrikate, Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse verstärken.

„Der Logik der jüngsten Veränderungen in Osteuropa entspricht es, wenn die bisherige Marktaufteilung nicht mehr gilt," schreibt Dr. Karl Wolfgang Menck vom Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg. Allein die Standortvorteile der Länder der ehemaligen Zweiten Welt, also die räumliche Nähe, die damit verbundenen niedrigen Transportkosten und die „Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften" lassen eine Veränderung der Marktpräferenzen erwarten.

Noch liegen die Importe aus den Entwicklungsländern um das fünffache über den Einfuhren aus Osteuropa. Und die Ausgangsposition für eine am Export orientierte Politik der Länder Mittel- und Osteuropas ist denkbar schlecht: Die bisherige Qualität der Erzeugnisse, der zu hohe Rohstoffverbrauch, die technische Ausstattung und die Gestaltung der Halb- und Fertigwaren entsprachen westeuropäischer Abnehmer.

Verstärkte Konkurrenz und eine Öffnung jahrzehntelang vom Weltmarkt abgeschotteter Märkte können auch einen neuen Absatzmarkt für Erzeugnisse aus dem Süden schaffen, so die These vieler Ökonomen. An Ratschlägen für die Entwicklungsländer, wie sie diese „Chancen" nutzen sollen, mangelt es nicht.

Ein Griff in die Mottenkiste von IWF und Weltbank bringt alle Schauermärchen zum Vorschein, die jeden Versuch einer unabhängigen Entwicklung der Trikont-Länder unmöglich machen: Niedrige Steuern, kleine Haushaltsdefezite, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die Auflösung aller ausfuhrregelnder Ge- und Verbote. Nicht zuletzt sollen die armen Länder die Bedingungen für die Kapitaleinfuhr liberalisieren, bei gleichzeitiger Garantie von Gewinn- und Kapitaltransfer zurück in die Metropolen.

hh



Infostelle Peru gegründet

Spätestens am ersten Oktober 1990 wird in Bonn eine Infostelle Peru eingerichtet. Nach 15-jähriger dezentraler Arbeit zahlreicher Arbeitskreise und Solidaritätskomitees entschlossen sich die Peru-Engagierten, eine Anlaufstelle zur intensiveren Vernetzung ihrer Aktivitäten aufzubauen.

Die Gründe für diesen Schritt sind vielfältig. Sie reichen vom steigenden Arbeits- und Koordinierungsaufwand für bundesweit geplante Kampagnen, über das Bedürfnis, auf die zunehmend dramatische Situation in Peru schneller reagieren zu können, bis zum Wunsch, intensivere Lobbyarbeit für die Menschen Perus gegenüber Parlament und Parteien in der BRD leisten zu können. Eindeutig äußert sich der Trägerverein der Infostelle zum politischen Standort des Informationszentrums. „Die Infostelle verpflichtet sich, durch die Unterstützung der peruanischen Volksbewegung für die Verwirklichung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit zu arbeiten. Die Satzung wendet sich gegen die Repression des Staates und gegen menschenrechtsverletzende Praktiken jeglicher Herkunft und enthält eine klare Absage an Programm und Methoden von Sendero Luminoso.“

Weitere Informationen:
Andreas Stolze
Querenburger Höhe 287
4630 Bochum

Erneutes Verfahren nach §129a gegen Zeitungsprojekt

Ende Juli durchsuchten Zivilbeamte von Bundes- und Landeskriminalamt unter dem Schutz von Uniformierten den Freiburger Infoladen „Subito“ und beschlagnahmten diverse Materialien. Der Infoladen wird von verschiedenen Freiburger Gruppen getragen und ist Anlaufstelle zur Information über Themen, die in der bürgerlichen Presse entweder gar nicht oder sehr verzerrt dargestellt werden (Antifaschismus, Häuserkampf, Frauenwiderstand, Internationalismus, Antiimperialismus etc). Die Suche galt laut Durchsuchungsbefehl der Freiburger Monatszeitschrift Ausbruch. Diese Zeitung erschien erstmals im Anschluß an den Hungerstreik der Gefangenen in der BRD (im Februar 1989). Einer ihrer Schwerpunkte ist nach wie vor die Situation der Gefangenen, veröffentlicht werden aber auch viele Artikel zu Internationalismus und Widerstand (z.B. zur Shell-Kampagne). Laut Generalstaatsanwaltschaft unterstützt die Ausbruch „terroristische Vereinigungen“ durch die Dokumtentation von Artikeln und Erklärungen (die allerdings schon länger in anderen Zeitungen abgedruckt waren). Da gerade niemand direkt verantwortlich gemacht werden konnte, wurde gegen den Inhaber des Telefonanschlusses des Infoladens ein Ermittlungsverfahren nach Paragraph 129 a eingeleitet. Offenbar soll mit der Durchsuchung auch der Aufbau einer Gegenöffentlichkeit in Freiburg verhindert werden.

Angesichts der Kontinuität von Unterdrückung und Verfolgung von politischen Gegnern in diesem Staat überrascht dieser Kriminalisierungsversuch nicht sonderlich. Wichtig ist, sich auch weiterhin mit den Themen auseinanderzusetzen, die vom Staat als „anschlagsrelevant“ eingestuft werden: z.B. mit Gentechnologie, Konzernstrategien, Sextourismus, Rassismus, Asyl, Folter und Repression. Diese müssen zu öffentlichen Themen gemacht werden!

Wir fordern:
* Einstellung der Ermittlungsverfahren
* Weg mit dem Paragraph 129a und allen sonstigen Gesinnungsparagraphen
*Keine Kriminalisierung von Infoladen und Ausbruch

Redaktion der blätter des iz3w

Dritte Welt 7-8/ Juli-August 90
Schwerpunkt DDR: Bilanz des entwicklungspolitischen Runden Tisches/ Gespräch mit Entwicklungshilfeminister Ebeling/ Interview mit W.Krause: Solidaritätskomitee zwischen Staat und Basis/ INKOTA-Solidarität unter dem Dach der Kirche/ El Salvador: Die Dialogpolitik der FMLN/ Guatemala: Interview mit Pablo Monsanto (URNG)/ Nicaragua: 60 Tage Regierung Chamorro/ Kolumbien: Wahlen eröffnen neue Möglichkeiten/ Südafrika: COSATU tritt der Kernallianz bei/ Jemen: Noch eine Wiedervereinigung/ Palästina: Auf dem Weg zum nächsten Nahostkrieg?/ Vietnam: Über die wirtschaftliche Erneuerung in Vietnam/ Frauen: Eine neue Rolle durch die Intifada
Einzelpreis: 4.50DM, Abo 42.50 DM
Bezug: Dritte Welt, Liebigstr.46, 3550 Marburg

Gen-ethischer Informationsdienst (GID) Nr.58, August 90
Peinliche Petunien: Alles weiß / Schweizer Forscherelite auf der Flucht nach vorn/ Bedenken gegen Rinderwachstumshormon / Gen-Therapie in den USA erlaubt/ Flickschusterei beim Embryonenschutzgestz in der BRD/ KritikerInnen-Treffen in Malaysia. Außerdem: Ein Blick in die Waffenkammern der Verhütungslobby und ein Interview mit dem indischen Immunologen Talwar zu kontrazeptiven Impfstoffen.
Einzelpreis: 5.-DM, Jahresabo 60.-DM.
Bezug: GID-Redaktion, Winterfeldstr.3, 1000 Berlin 30, Tel.030/2153528

ila Nr.137, Juli/August 90
Schwerpunktthema: Guatemala — „Demokratische Öffnung" für die Aufstandsbekämpfung/ Bilanz der „Politik der verbrannten Erde"/ Geschichte der Guerilla/ Situation vor den Wahlen/ Verhandlungen zwischen Regierung und URNG/ Die Witwenorganisation CONAVIGUA/ Das neue Gewerkschaftsspektrum/ Dossier zu Kuba mit Stellungnahmen aus Frankreich, der DDR,Brasilien, Kuba und der BRD über den Umgang mit der „letzten Bastion" des Sozialismus/ Hintergründiges zu Kolumbien (Bundestagshearing), Brasilien (Wirtschaftsplan der Regierung Collor), Argentinien (Widerstand im Lager der Peronisten), Nicaragua (Entwicklung der FSLN), Mexiko (Organisation der Angehörigen der Verschwundenen)/ Solidaritätsbewegung: Kaffeeboykott-Kampagne El Salvador
Einzelpreis: 4.-DM, Jahresabo 40DM
Bezug: ila, Informationsstelle Lateinamerika e.V.,Oscar Romero Haus, Heerstr.205, 5300 Bonn 1

Kolumbien-Rundbrief Nr.20, Juli 90
Analyse der Wahlen/ Zur Situation von Frauen: Die alltägliche Violencia, Frauen in der Blumenindustrie und im Baumwollanbau/ Zum Tod des linken Präsidentenkandidaten B.Jaramillo/ Bundestagshearing zu Kolumbien/ Beiträge zum Drogenhandel, zur Bevölkerungskontrolle und zur Aufstandsbekämpfung. Außerdem: 500 Jahre Widerstand der Indianer und des Volkes in Lateinamerika
Einzelheft: 4.-DM, Jahresabo 20.-DM
Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 7440 Nürtingen

Forum Nr.147 September 90
Schwerpunkt: Kurdistan/ Geschichte/ Politische Organisationen/ PKK-Prozesse. Welche Interessen vertritt die Bundesanwaltschaft?/ Spannungsverhältnis BRD-Linke — PKK/ Kurdische Asylbewerber in der BRD/ Interviews/ EG-Binnenmarkt 92 und Konzerne: MBB/ Notizen aus der Soli-Szene/
Einzelheft: 3.-DM, Abo 36.-DM
Bezug: Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstr.14/15, 2800 Bremen 1

Migration und Rassismus in Europa Kongreß vom 27.-30.9. in Hamburg. Infos beim Institut für Migrations- und Rassismusforschung, Rutschbahn 38, 2000 Hamburg 13, Tel.040/452162

Feministischer Internationalismus — ein Seiltanz zwischen den Bewegungen? Fraueninteressen und -perspektiven in der Solidaritäts- und Internationalismusbewegung vom 21.-23.9. in Friedensdorf, 4200 Oberhausen 14 Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg50, Tel.040/393156

Kurdistanseminar vom 19.-21.10. 5800 Hagen. Nähere Informationen beim Kurdistan Informationszentrum München, Pariser Str.7, 8000 München 80, Tel.089/4484810

1.BUKO-Vorbereitungsseminar „Binnenmarkt/500 Jahre-Kampagne" vom 26.-28.10. im Jugendgästehaus in Köln. Infos bei der BUKO Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Der Tropenforstwirtschafts-Aktionsplan Rettung des Tropenwaldes? Seminar vom 12.-14.10. in Köln-Worringen.
Anmeldung bei: BUNDjugend, Eva Förster,Friedrich-Breuer-Str.86, 5300 Bonn 3, Tel.0228/467005

Afrika Krise und Perspektiven, Workshop am 1.10. in der Kath. Hochschulgemeinde, Adenauer Allee 63 in Bonn.
Anmeldung beim Buntstift e.V., Groner Tor Str.31-32, 3400 Göttingen, Tel.0551/46070

Bildungsurlaub „VR China im Umbruch?" Geschichte, aktuelle Entwicklungen und Grundlagen des wirtschaftlichen und politischen Systems vom 15.-19.10. in den Ökobildungswerken in Köln.
Anmeldung: Ökobildungswerke, Herwarthstr.22, 5000 Köln 1, Tel.0221/514029

'People Power' und 'Wir sind das Volk' — Zwei „Revolutionen" im Vergleich Seminar der ESG vom 12.-14.10.in Berlin. Anmeldung bei der Geschäftsstelle der ESG, Tunisstr.3, 5000 Köln 1, Tel.0221/235427

Bio-Pestizide Pflanzenschutzmittel der Zukunft? Seminar vom 12.-14.10. in Rüdesheim. Veranstalter: Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.,Gaußstr.17, 2000 Hamburg 50,Tel.040/393978

Fremde in Deutschland Kulturkontakt — Kulturkonflikt, Erfahrungen mit Menschen aus der Dritten Welt am 21./22.9. in Tübingen. Anmeldung beim Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit Abt. Afrika und Nahost, 7400 Tübingen, Landhausstr.18, Tel.07071/5066

Internationaler Währungsfond (IWF) - Schweiz
Kontroversen von, für und mit Frauen vor dem eventuellen Beitritt der Schweiz zum IWF am 3. November 1990 in Bern, Länggasstreff (Lerchenweg 33). Nur für Frauen! Anmeldung und Detailprogramm bei: Frauenrat für Außenpolitik, deutschsprachige Projektgruppe, Postfach, CH-4001 Basel.

André Gunnar Frank/Marta Fuentes-Frank
Widerstand im Weltsystem. Kapitalistische Akkumulation, Staatliche Politik, Soziale Bewegung.
Grün-Alternativ Verlag 1990,1160 Wien, Neulerchenfelder Str.12

Byung-Duck Hwang
Nachholende Industrialisierung und autoritärer Staat. Das Beispiel Südkorea: Politik, Ideologie und weltmarktorientierter Kapitalismus
Edition Sigma, Berlin 1989, 359 Seiten, 39.-DM

Lloyd Timberlake
Krisenkontinent Afrika
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1990, aktualisierte Neuauflage
266 Seiten, 19.80 DM

Eva Nebenfuhr
Aktuelle Tendenzen der Bevölkerungspolitik auf den Philippinen
Institut für Asienkunde, Hamburg 1990, 166 Seiten, 24.-DM—

The Interparlamentary Group for Peace (Hrsg.)
Europe, Palestine, Israel: For a Community of Peace. A Dialogue Between the Protagonists
Bezug und Info: Camera dei Deputati, 100186 Roma

Peru-Menschenrechtskoordination (Hrsg.)
Wenn wir nicht reden, dann schreien die Steine. Menschenrechte in Peru.
Bezug: Dritte Welt Haus, August-Bebel-Str.62, 4800 Bielefeld 1, 128 Seiten, 4.-DM

Marion Gebhardt
Namibias Weg in die Unabhängigkeit. Entwicklungen und Perspektiven.
Dokumentationsdienst Afrika, Hamburg 1990, 86 Seiten

Ev. Missionswerk im Bereich der BRD und West Berlin e.V. Hamburg (Hrsg.)
Wir haben immer nur den Himmel angeschaut. Leben in Südafrikas Todesfabrik.
64 Seiten, kostenlos. Bezug: Ev. Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

Margot Riemann Costa e Silva
Paulo Freire, Bilanz einer Konzeption
Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 1990, 137 Seiten, 26.DM

Abraham Ashkenasi
Nationalism and National Identity, Occasional Papers Nr.23 Ethnizität und Gesellschaft
Verlag Das Arabische Buch, Berlin 1990, 61 Seiten. Bezug: Das Arabische Buch, Horstweg 2, 1000 Berlin 19

817/ 1/168/56412

ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

D-7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733